



Politische Berichte

In dieser Ausgabe: Krise in der Sowjetunion * USA: Mumia Abu-Jamal droht die Hinrichtung * EG-Binnenmarkt und der Konkurrenzkampf in der Automobilindustrie * HAW: Druck auf kranke Arbeiter * Verfassungspläne der Reaktion

Nummer 25 / 11. Jahrgang

7. Dezember 1990

G 7756 D Preis 1,50 DM

Die Wahl — ein Rückschlag für uns alle

Die bürgerliche Rechte verankert ihre Maßstäbe in der Gesellschaft

In den Westländern erzielten der christliche Konservatismus zusammen mit den Liberalen 54,7 Prozent, in den Ostländern 56,8 Prozent. Dies ist nicht nur ein Triumph der bürgerlichen Ideologie, sondern auch der bürgerlichen Poli-

tik. Die kommende Regierungskoalition hat ein Mandat für eine Reihe reaktionärer Vorhaben, die im Wahlkampf ziemlich breit und eher konkret erörtert worden sind, während die Kritik von der Linken eher diffus blieb.

Eine Auswahl abschbarer Vorhaben: eine rechtlich und tatsächlich ausgebauter Polizei, die dem Besitzrecht des Wohlstands gegen soziale Bewegungen Geltung verschafft. Der Bundesgrenzschutz wird innenpolitisch wirksame Polizeiarmee. Die Innenminister der Länder rechnen mit einem Schub sozialen Elends. Das zeigen ihre Forderungen nach Vollmachten im Kampf gegen organisiertes Verbrechen, das auf diesem Boden wächst.

Die Staatsaufsicht über die Frauen und Familien wird vertieft, der § 218 wird ausgedehnt. Seit das Bundesverfassungsgericht die Ansätze für Ausländerwahlrecht verworfen hat, kann die BRD nicht mehr als zivilisierte Demokratie bezeichnet werden. Sie versteht sich offenbar als Blutsgemeinschaft. Außenpolitisch folgt daraus eine Schutzmachtrolle für alle Personen deutschen Stammes. Daraus ergibt sich der Bedarf einer Grundgesetzänderung zur Erleichterung von Kriegseinsätzen deutscher Truppen.

Diese Pläne wurden von den Wählern wohl mehr hingenommen als aktiv gewünscht. Die hauptsächlich mit der Rechtswahl verbundenen Erwartungen sind wirtschaftlich. Dabei treibt nicht einfach Streben nach Auskommen und Wohlstand die Überlegungen an; die Anhänger der Regierung erwarten Wohlstand für sich und durchaus auf

Kosten anderer. Die parallele Ausdehnung von Armut und Reichtum war eine typische Erscheinung bereits der letzten zehn Jahre. Mit dem DDR-Anschluß wird sie zum prägenden Moment der Gesellschaft. Kohl verspricht nicht mehr Wohlstand für alle in der DDR; die neue Sprachregelung lautet: blühende Landschaften.

Der Zentralstaat und die Konzernwirtschaft der BRD haben mit ihren Möglichkeiten, in großem Stil Fakten zu setzen, die Linke — gemeint sind damit die Gruppierungen, die sich sozialen und emanzipatorischen Interessen verpflichtet sehen — überrumpelt und in einigen Fragen vor Rätseln gestellt, die beantwortet schienen.

In der Propaganda der Grünen hat die drohende Klimakatastrophe aus gutem Grund einen hohen Rang. Die Forderung nach sofortigem Abschalten der AKWs wurde zeitgleich eher flau. Die traditionelle Aufklärungsarbeit der Grünen mündet in den Vorwurf, die Mächtigen in Staat und Wirtschaft handelten unbedacht und leichtsinnig. Die Abhilfe schien das Einfache, das nur schwer durchzusetzen ist — Abschalten. Inzwischen wird fühlbar, daß der Lebensstil, die Daseinsweise der modernen Gesellschaft, zur Lösung der aufgeworfenen Fragen völlig umgewälzt werden müßte

Reformistischen Sozialdemokraten

geht es um Gerechtigkeit, um soziale und politische Gleichberechtigung. Gleicher Lohn für gleiche Arbeit und gleiches Wahlrecht sind Beispiele. Sozialdemokratische Grundwerte geraten in einen Zielkonflikt. Das Verbot des Ausländerwahlrechts durch das Verfassungsgericht ist nicht hinzunehmen. Urteile des Verfassungsgerichts sind hinzunehmen. Der Staat hat die Aufgabe des sozialen Ausgleichs. Im DDR-Anschluß ist der Staat Initiator und Treiber der Deregulierung und Differenzierung

Die sozialistische Linke ist internationalistisch. Ihre Position im Nord-Süd-Konflikt war mit staatssozialistischen Entwicklungsvorstellungen verbunden, und auch die Unterstützung des Unabhängigkeitsstrebens der Dritten Welt war real auf die Existenz des sozialistischen Lagers aufgebaut. Heute verbreitet die imperialistische Propaganda einen dem brutalen Eigennutz nachfolgenden Fatalismus gegenüber den Verbrechen des Imperialismus.

In diesem Wahlkampf ging es dauernd um die Glaubwürdigkeit. Dahinter steckt wohl weniger ein Problem der Darstellung politischer Ziele. Unklar ist doch viel eher, wie die Wünsche und Hoffnungen von Millionen im Rahmen der durch die Herrschenden gesetzten Verhältnisse sich entwickeln sollen. — (alk, maf)



Über 4000 Menschen beteiligten sich am 24. 11. in Bonn an einer Demonstration gegen den imperialistischen Aufmarsch am Golf. Aufgerufen hatte eine Aktionseinheit aus Pax Christi, Jusos, DKP, Grüne, PDS, IG Metall Jugend u.a. Forderungen waren u.a.: Schluß mit dem militärischen Aufmarsch am Golf, keine deutschen Soldaten an den Golf, Kündigung des WHNS-Abkommens, Verbot der Rüstungsexporte. Bild: p.b.

Tarifrunde 91: ÖTV fordert 10 %

Zersplitterung erschwert Durchsetzung

Daß die Große Tarifkommission der ÖTV über ihren eigenen Diskussionsvorschlag von 7,5 bis 9,5 Prozent hinausgeht, deutet auf starken Druck aus der Mitgliedschaft hin. Gefordert werden 10 Prozent, Erhöhung der Ausbildungsvergütung um 250 DM und eine Laufzeit von 12 Monaten. Wie auch in den Vorjahren wird kein Mindest- oder Sockelbetrag gefordert, obwohl es dafür aus einigen Bezirken regelmäßig Voten gibt.

Das Forderungsvolumen wurde in der bürgerlichen Presse allgemein als zu hoch kritisiert. Regelrechte Hetztiraden blieben aber aus. Auf verschiedene Art und Weise wird jedoch Spaltung betrieben. Z. B. soll die ÖTV auf die Schiene „Solidarität mit den Ostdeutschen“ gebracht werden. Hier hatte Wulf-Mathies zwar erklärt, daß der öffentliche Dienst „keine Reservekasse für lohnpolitische Vereinigungssopfer“ sein dürfe, wohl aber zur Solidarität bereit sei. Dies wie auch die grundsätzliche Bereitschaft, finanzielle Argumente zu berücksichtigen, dürften aber Schwachpunkte sein.

Zudem steht die ÖTV derzeit in Verhandlungen über die schrittweise Übernahme (west-)bundesdeutscher Tarifverträge wie BAT und BMT-G auf das Gebiet der Ex-DDR. Wenn es ihr nicht in abschbarer Zeit gelingt, hier zu einem Abschluß zu kommen, besteht die Gefahr, daß diese Verhandlungen gegen die Einkommensstarifrunde ausgespielt werden. Im Nacken sitzt auch noch die Androhung aus dem Bundesinnenministerium, per Rechtsverordnung die Hö-

he der Verdienste im öffentlichen Dienst der Ex-DDR auf ca. 35 Prozent eines vergleichbaren hiesigen Gehalts festzusetzen. Eine entsprechende Vorlage soll am 14. 12. 90 im Bundesrat behandelt werden.

Eine andere Spaltungslinie besteht darin, für Teile der Beschäftigten im öffentlichen Dienst die Höhe der Forderung als gerecht (oder eher noch bescheiden) anzuerkennen, z. B. gilt dies in bezug auf das Pflegepersonal. Aber auch die Tatsache, daß es vor kurzem einen Abschluß über neue Eingruppierungen für Arbeiter gegeben hat, daß zur Zeit solche Verhandlungen für Technische Angestellte geführt werden und ebenso über Höhergruppierungen im Erziehungsdienst verhandelt wird, muß in die Diskussion um die Kampf-/Streikfähigkeit einbezogen werden. Die Frage, ob all diese Tarifeinsetzungen durch die Einkommensrunde gestärkt und vorangetrieben werden oder ob sie sich gegenseitig behindern, ist durchaus offen. Aufgrund der hierarchisch aufgebauten Tarifstruktur ist eine Höhergruppierung für viele Beschäftigte interessanter. Aber auch deshalb wäre eine Festgeldkomponente dringend notwendig gewesen, denn für die untersten Einkommensgruppen gibt es keine zusätzliche Verhandlungsrunde.

Die Presse jedenfalls vermerkte, daß die ÖTV zwar mit harten Verhandlungen rechnet, aber nicht von Streik geredet habe.

Quellen: div. Pressemeldungen vom 21./22. 11. 90, ÖTV-Info „Aktion 91-I“ — har

Demonstration: „Gleiches Wahlrecht für alle!“



Am Tag vor den Bundestagswahlen demonstrierten ca. 1500 Leute, vorwiegend Kurden und Türken, in Köln für ein gleiches Wahlrecht für alle. Zahlreiche Organisationen hatten zu der

bundesweiten Demonstration aufgerufen. Mehrere Redner sprachen sich für die Abschaffung der Ausländergesetze und für eine Bleiberecht für Sinti und Roma aus. — (jöd; Bild: af/mz)

Postvertriebsstück G 7756 D
Gebühr bezahlt

Brüssel: 20000 Bauern gegen Einkommensenkungen

Etwa 20000 Bauern beteiligten sich am vergangenen Montag in Brüssel an einer Demonstration gegen neuerliche Einkommensenkungen. Sie wenden sich dagegen, daß die EG-Kommission bei den Verhandlungen über ein neues Welt-handelsabkommen (GATT) einer Senkung der Agrarzölle um 30% zustimmt. Die US-Nahrungsmittelmonopole verlangen die Streichung dieser Zölle, um ihre Exporte in die EG zu steigern. Die Eroberung der Märkte in Osteuropa — auch als Lieferanten billiger Nahrungsmittel — reizt auch die EG-Konzerne, einer solchen neuerlichen Preissenkung zuzustimmen. — (rül)

Stahl: Scheitern der Tarifverhandlungen beantragt

Die Große Tarifkommission für die Eisen- und Stahlindustrie NRW, Südwestfalen und Bremen hat am 3. 12. beim Hauptvorstand der IG Metall beantragt, „unverzüglich“ das Scheitern der Verhandlungen zu erklären und den Termin für eine Urabstimmung festzulegen. Auch in der fünften Tarifverhandlung letztes Wochenende setzten die Kapitali-

sten ihren Provokationskurs fort. Sie boten 5 % mehr Lohn und die 35-Stunden-Woche ab 1996. In einer Resolution der Tarifkommission heißt es: „Die Beschäftigten in der Eisen- und Stahlindustrie lassen sich weder von der Einkommens- und Arbeitszeitentwicklung in der Metallindustrie abkoppeln noch üben sie angesichts der seit 1988 anhaltenden guten Gewinnsituation Lohnverzicht.“ Am 5. 12. soll ein letzter Verhandlungsversuch stattfinden. — (wof)

Bundeskriminalamt ermittelt auf HDW in Kiel gegen DKP

Am 13. 11. rückte das Bundeskriminalamt auf dem Werksgelände der HDW in Kiel an. Aber nicht etwa, um Blaupausen zu suchen, sondern die Beamten „besuchten“ Jan Roschmann, Mitglied der DKP und IG Metall-Vertrauensmann. Der Grund: das BKA ermittelt gegen ihn und andere wegen angeblicher Vorbereitungen der DKP zu Sabotage und bewaffnetem Aufstand, es forscht nach einer „geheimen Militärorganisation“ der DKP. Das BKA durchsuchte den Arbeitsplatz und die Wohnung von Jan Roschmann, ohne etwas zu finden. Die DKP-Betriebszeitung für HDW Kiel erklärt dazu u.a.: „Die Kampagne gegen

die DKP verfolgt den Zweck, die DKP in die Nähe von terroristischen Vereinigungen zu rücken, ihre Mitglieder zu verunsichern und die schwierige Lage der DKP auszunutzen und sie zu zerstören. In diesem »neuen« Großdeutschland soll saubergemacht werden.“ — (uld)

Kurdenprozeß: Meral Kidir ist frei

Im Düsseldorfer Kurdenprozeß wurde am 30. 11. der Haftbefehl gegen Meral Kidir gegen 50000 DM Kaution außer Vollzug gesetzt. Damit sind von den 17 Angeklagten nur noch vier — darunter der bereits vor Jahren rechtskräftig wegen Mordes verurteilte Ali Aktas — in Haft: Selahattin Erdem, Hasan Hayri Güler (den die türkische Presse schon zu Beginn der Verhaftungswelle Ende 1986 als angeblichen „Mörder von Olaf Palme“ verhaftet haben wollte) und Ali Haydar Kaytan. Die Bundesanwaltschaft hatte versucht, die Haftverschöpfung für Meral Kidir zu verhindern, indem der Haftbefehl — bisher nur wegen Mitgliedschaft in der PKK — auf „Mordverdacht“ wegen Beteiligung an einer Erschießung in einem PKK-Lager in Libanon ausgedehnt werden sollte. Das lehnte der BGH ab. — (rül)

IG Medien Hamburg: Kurdistan-Resolution

Die Mitgliederversammlung der IG Medien Hamburg hat am 12. 11. bei über 50 Anwesenden ohne Gegenstimmen eine Resolution zu Kurdistan verabschiedet, in der es u.a. heißt: „Als Gewerkschafter können wir nicht hinnehmen, daß unter dem Dach des vielbeschworenen »europäischen Hauses« ein regelrechter Völkermord legitimiert wird, und fordern deshalb die Bundesregierung auf, beim Europarat wegen des Entzugs der Menschenrechte und der Abschaffung der Pressefreiheit zu intervenieren, die Militärhilfe zu stoppen, sich in der UNO dafür einzusetzen, daß eine Kommission die Verhältnisse in Kurdistan überprüft und den kurdischen Befreiungskräften der Status einer Befreiungsbewegung zuerkannt wird. Besonders zu verurteilen ist ... der Versuch, die kurdische Opposition in der Bundesrepublik zum Schweigen zu bringen. Der Düsseldorfer Massenprozeß gegen zuerst 20, jetzt noch 16 PKK-Mitglieder und -Sympathisanten und der neue Prozeß in Celle ist so ein Versuch ... Wir fordern die sofortige Einstellung des Prozesses ...“

Quelle: Mitteilungen der AG Medien in der Volksfront, Nr. 25/90 — (rül)

Aktuell in Bonn

„Sudetendeutsche“: Erpressung

Die revanchistische „Sudetendeutsche Landsmannschaft“ versucht, die tschechoslowakische Regierung zu erpressen. Ende letzter Woche war CSFR-Ministerpräsident Calfa in Bonn. Obwohl er ausdrücklich erklärt hatte, nur mit der Bundesregierung verhandeln zu wollen, erzwangen die „Sudetendeutschen“ ein „Gespräch“. Dabei erneuerten sie ihre Forderung nach Entschädigung für nach dem zweiten Weltkrieg zur Abgeltung faschistischer Kriegsverbrechen beschlagnahmte „deutsche Vermögen“. Sollte die CSFR dieser Forderung nicht nachkommen, werde die „Landsmannschaft“ jede „Wirtschaftshilfe“ der BRD für die CSFR verhindern, drohte der Sprecher der „Sudetendeutschen“, Neubauer (CSU).

NVA-Waffen-Exporte

Die Bundesregierung verhandelt mit der polnischen und der ungarischen Regierung über Waffenexporte. Beide Regierungen wollen Teile der NVA-Waffenbestände kaufen. Die ungarische Regierung hat schon eine ganze Liste übermittelt: 360 T-72-Panzer, 350 BMP-Schützenpanzer, 72 Panzerhaubitzen, 50000 Kalaschnikow-Sturmgewehre und Munition. Mit den Waffenverkäufen, die noch vom Bundeskabinett und Bundessicherheitsrat genehmigt werden müssen, schürt die Bundesregierung die Widersprüche zwischen den Balkan-Ländern weiter. Vor nicht allzu langer Zeit hatten ungarische Parteien offen territoriale Forderungen gegenüber Rumänien erhoben.

Bundeswehr: Post-Einsatz

Nach Verhandlungen mit dem Verteidigungsministerium bestätigte Bundespostminister Schwarz-Schilling (CDU) am 27. 11., daß die Bundeswehr noch im laufenden Jahr am „Notprogramm“ für den Telefonverkehr in der ehemaligen DDR beteiligt wird. Sie soll Montage- und Reparaturtrupps für Telefonleitungen stellen. Das Zusatzprogramm für die Telekommunikation wird mit 1,8 Milliarden Mark für 1991 veranschlagt. Das bedeutet eine Erhöhung der Investitionssumme in diesem Bereich von zunächst veranschlagten 4,5 über 5,5 auf jetzt 7,3 Milliarden DM im nächsten Jahr. Die Überlegungen zur Privatisierung von Telekom (mit Grundgesetzänderung) bezeichnete Schwarz-Schilling als eine für ca. 1995, wenn die anstehende „Herkulesarbeit“ bewältigt sei.

Euro-Bank

Am ersten Dezember-Wochenende verhandelten die EG-Finanzminister in Lesmo bei Mailand über den Entwurf eines Statuts für die europäische Notenbank. Den Vorsitz hatte Bundesbankchef Pöhl. Die Einrichtung soll „unabhängig“ im Interesse der „Geldwertstabilität“ handeln, was als Durchsetzung des BRD-

Standpunkts gewertet wird. Fragen der Organisation und der Gewinnverteilung waren noch offen; die Beratungen werden diese Woche in Brüssel abgeschlossen. Der Entwurf bezieht sich auf die Endphase eines schrittweisen Übergangs.

DFF-Liquidierung

Der Rundfunkbeauftragte für die neuen Bundesländer der ehemaligen DDR, Rudolf Mühlentz (CSU), erklärte am 26. 11., daß der Deutsche Fernsehfunk (DFF) bis zum 15. Dezember nicht mehr bestehen soll. Eine der beiden DFF-Frequenzen soll die ARD kriegen, das andere soll mit „neugestaltetem Programm“ — unter wessen Verantwortung und von wem verwaltet, blieb unklar — ausgestrahlt werden. Das ZDF soll weiterhin mit einer zusätzlichen Frequenz überall in den neuen Bundesländern empfangen werden können. Die IG Medien hat Ländern der vormaligen DDR inzwischen geraten, gegen die Zerschlagung des DFF Verfassungsklage zu erheben.

Schengener Abkommen

Italien ist am 27. 11. dem Schengener Abkommen (unter anderem zur Vereinheitlichung der Abschiebung von Flüchtlingen, zu polizeilicher Zusammenarbeit und Datenaustausch) beigetreten. Bisherige Unterzeichner waren die BRD, Frankreich und die Benelux-Länder. Portugal und Spanien waren mit Beobachtern dabei und stellten in Aussicht, dem Abkommen ebenfalls in absehbarer Zeit beizutreten.

Nicht scharf genug?

Der Berater der Bundesregierung zur Überprüfung und Erfassung der Parteivermögen in der ehemaligen DDR, Volker Kähne, ist Ende November überraschend abgelöst worden. Kähne hatte kurz zuvor Ermittlungen über dubiose Geldtransaktionen der Ost-CDU in die Schweiz mitgeteilt. Außerdem hatte er sich gegen eine generelle Beschlagnahme aller PDS-Vermögen gewandt. Zeitgleich mit Kähnes Rückberufung berief die Bundesregierung sechs neue Mitglieder für die Kommission. Zum Leiter der um 162 Beamte verstärkten Kommission wurde der adlige Ministerialdirektor von Hammerstein aus dem Bundesinnenministerium ernannt.

Was kommt demnächst?

Vom 13. bis 15. 12. berät in Rom der EG-Gipfel u.a. über eine schnellere Währungsunion und die politische Union der EG. Am 19. 12. sollen nach dem ersten Zeitplan Kohls die Fraktionen von CDU/CSU und FDP erstmals über die bis dahin vorliegenden Ergebnisse der Beratung über das künftige Regierungsprogramm beraten. Am 20. 12. tritt der neugewählte Bundestag im Berliner Reichstag zusammen. Am 20. 1. 91 sind Landtagswahlen in Hessen.

Konzerne fordern enteigneten Besitz zurück

Sie setzen Enteignungen zwischen 1945 und 1949 unter „verfassungsrechtlichen“ Beschuß

Nach der Einverleibung der DDR versuchten BRD-Konzerne und Großgrundbesitzer, auch die Enteignungen, die vor dem 7. 10. 1949 auf Grundlage des Potsdamer Abkommens erfolgten, rückgängig zu machen. Dabei stoßen sie auf politische und rechtliche Probleme. Um die Annexion der DDR vollstrecken zu können, mußte sich die BRD am 15. 6. 90 auf eine „Gemeinsame Erklärung“ mit der DDR einlassen, in der es (im Gegensatz zu Enteignungen nach 1949) u.a. heißt: „Die Enteignungen auf besatzungsrechtlicher beziehungsweise besatzungshoheitlicher Grundlage (1945 bis 1949) sind nicht mehr rückgängig zu machen. Die Regierungen der Sowjetunion und der DDR sehen keine Möglichkeit, die damals getroffenen Maßnahmen zu revidieren. Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland nimmt dies in Hinblick auf die historische Entwicklung zur Kenntnis ...“ (1)

Diese Erklärung wurde Bestandteil des sog. Einigungsvertrages (Artikel 41, Absatz 1). Weiterhin verpflichtet sich die BRD in Artikel 41, Absatz 3, „keine Rechtsvorschriften (zu) erlassen, die der ... genannten Gemeinsamen Erklärung widersprechen“. Verfassungsrechtlich wird diese Regelung durch den in das Grundgesetz neu eingefügten Artikel 143 Abs. 3 abgesichert.

Gegen diese Festlegungen haben zahlreiche „Interessengemeinschaften“ von enteigneten Konzernen, Großgrundbesitzern usw. bis zum 13. 10. 90 ihre Eigentumsansprüche beim Bundesverfassungsgericht geltend gemacht. Eine Entscheidung des Gerichts liegt noch nicht vor. So erhebt beispielsweise die „IG

Farbenindustrie in Abwicklung“, als Rechtsperson immer noch existierender Nachfolger des vom Nürnberger Tribunal der Organisation des verbrecherischen Raubkrieges und zahlreicher Verbrechen gegen die Menschlichkeit überführten IG-Farben-Konzerns, Ansprüche auf Unternehmen wie die Leuna-Werke, die Buna-Werke Schkopau und die Aluminiumwerke Bitterfeld, ferner auf Grundbesitz von 151 Millionen Quadratmetern. Zum 31. 12. 1944, dem letzten Bilanzstichtag des IG-Farben-Konzerns, hatte das Vermögen auf dem Gebiet der späteren DDR einen Buchwert von 1 Mrd. Reichsmark. Die Aussicht auf evtl. doch noch durchzusetzende Ansprüche ließ den Kurs der IG-Farben-Aktie von 10 DM auf fast 30 DM hochschnellen. (2)

In den Kreis der „namhaften Verfassungsrechtler“, die gegen die „Rechtsstaatlichkeit“ von entschädigungslosen Enteignungen hetzen, hat sich auch Ex-Verteidigungsminister Rupert Scholz mit einem verfassungsrechtlichen Aufsatz begeben. „Das sozialistische System leugnete das Menschenrecht auf Privateigentum. Willkürliche und vor allem entschädigungslose Enteignungen und Kollektivierungen waren die Folge ... Es bleibt nur die Hoffnung, daß das Parlament von seiner Ermächtigung zu einer ‚abschließenden Entscheidung über etwaige staatliche Ausgleichsleistungen‘ Gebrauch macht. ... Die Opfer der Enteignungen vor dem 7. Oktober 1949 müssen ebenfalls angemessen entschädigt werden. Es bedarf rasch einer klaren gesetzlichen Regelung.“ (1)

Scholz führt aus, daß der neue Artikel 143 GG den Art. 14 GG Abs. 3 (Verbot entschädigungsloser Enteignungen) und Art. 3 GG (Gleichheitssatz) einschränkt. Für solche Fälle der „innerverfassungsrechtlichen Kollision“ habe das Bundesverfassungsgericht die rechtsstaatskonforme „Kollisionslösung“ vorgeschrieben. Hier könne man zumindest mit einer „staatlichen Ausgleichsleistung“ den Einstieg (möglichst bis zur Höhe voller Entschädigung) finden.

Ungerührt macht Scholz aus Kriegsverbrechen wie dem IG-Farben-Konzern und seinen Direktoren „Opfer“ Weder das (1945 noch nicht und erst recht nicht auf DDR-Gebiet geltende) Grundgesetz der BRD noch die (nicht mehr gültige) Weimarer Verfassung können gegen die zu Zwecken von Bodenreform und „industrieller Abrüstung Deutschlands“ getroffenen Maßnahmen auf besatzungshoheitlicher Grundlage ins Feld geführt werden.

Im Potsdamer Abkommen vom 2. 8. 1945 führten die Siegermächte unter „III. Deutschland; A. Politische Grundsätze“ als „Ziele der Besetzung Deutschlands“ u.a. an: „Völlige Abrüstung und Entmilitarisierung Deutschlands und die Ausschaltung der gesamten deutschen Industrie, welche für eine Kriegsproduktion benutzt werden kann, oder deren Überwachung.“ — Unter „B. Wirtschaftliche Grundsätze“ heißt es weiter: „... 12. praktisch kürzester Frist ist das deutsche Wirtschaftsleben zu dezentralisieren mit dem Ziel der Vernichtung der bestehenden übermäßigen Konzentration der Wirtschaftskraft, dargestellt insbesondere durch Kartelle, Syndikate, Trusts und andere Monopolvereinigungen. 13. Bei der Organisation des deutschen Wirtschaftslebens ist das Hauptgewicht auf die Entwicklung der Landwirtschaft und der Friedensindustrie für den inneren Bedarf (Verbrauch) zu legen ...“ (3)

Auf der Moskauer Außenministerkonferenz der vier Großmächte (10. 3. bis 24. 4. 1947 „kamen die Außenminister zu folgenden Abmachungen: 1. bis Ende 1947 eine Bodenreform in Deutschland durchzuführen; 2. bis zum 31. Dezember 1948 alle Befestigungsanlagen in Deutschland zu zerstören; 3. bis zum 30. Juni 1948 die Rüstungsfabriken der Kategorie I zu liquidieren.“ (4)

Gegen die völkerrechtlichen Vereinbarungen des Potsdamer Abkommens und in dessen Folge getroffene Maßnahmen ist der von Scholz angeführte Art. 46 Haager Landkriegsordnung von 1907 (wonach Privateigentum auf militärisch besetztem Gebiet nicht eingezogen werden darf) ein schwaches Schwert. Nach zwei entfesselten Weltkriegen mußten mit dem Potsdamer Abkommen neue Vereinbarungen des Völkerrechts geschaffen werden.

Quellen: (1) Die Welt 30. 10. 90; (2) Mannheimer Morgen 15. / 16. 9. 90; (3) Dokumente und Berichte des Europa-Archivs Band 6; (4) Europa-Archiv Juli 1947 — (mio)



Kautschukproduktion im kriegswichtigen Leuna-Werk der IG-Farben. Wegen ihrer führenden Rolle bei der faschistischen Aggression wurde die IG-Farben im Nürnberger Prozeß aufgelöst und enteignet. Heute verlangt die „IG Farben in Liquidation“ die Werke Leuna, Buna u.a. zurück.

Mehrheit für mehr Differenzierung

Minderheit für Grundrecht auf Bildung

CDU/CSU und FDP halten an ihrem Konzept der Konkurrenzverschärfung im Bildungswesen fest und wollen die Sekundarstufe II durch Konzentration der Bildungsinhalte

um ein Jahr verkürzen. SPD und Grüne sprechen sich demgegenüber für die Fortsetzung der Bildungsreform und für ein Grundrecht auf Bildung aus.

Der Schlußbericht der Enquete-Kommission „Zukünftige Bildungspolitik — Bildung 2000“ liegt seit dem 5. September vor. Die Kommission war vor nunmehr drei Jahren auf Antrag der Grünen und der SPD vom Deutschen Bundestag eingesetzt worden.

Sie hat sich im Verlauf ihrer Arbeit in eine Mehrheit aus CDU/CSU und FDP und eine Minderheit aus SPD und Grünen gespalten. Die beiden Gruppen haben in den entscheidenden Abschnitten des Schlußberichtes ihre unterschiedlichen Auffassungen in getrennten Beiträgen dargelegt.

Die Mehrheit definiert vier Orientierungspunkte einer zukünftigen Bildungspolitik. Der erste Orientierungspunkt ist eine „breite allgemeine und berufliche Bildung“. Breite allgemeine Bildung, weil der Produktionsprozeß in zunehmendem Maße Kommunikationsfähigkeit und praktische Intelligenz von den Arbeitern erfordert. Breite berufliche Bildung meint eine berufliche Erstausbildung, die ein höheres Maß an Veralgemeinerungsmöglichkeit bietet und

so von vornherein auch zur Umschulung qualifiziert.

Der zweite Orientierungspunkt ist eine „Werteeziehung als Sinnorientierung“. Zentraler Begriff der Werteeziehung soll natürlich die Freiheit sein, und zwar die, die den Menschen auf sich selbst stellt. Der junge Mensch soll die Probleme bei sich selber suchen und nicht in der Gesellschaft. Angewandt klingt das so: „Bildung und Ausbildung sind ein Angebot an den Menschen. Was der Mensch aus diesem Angebot macht, hat jeder selber zu verantworten.“

Orientierungspunkt drei ist die „Konzentration der Bildungs- und Ausbildungsinhalte und Straffung der gesamten Verweildauer im Bildungssystem“. Die Sekundarstufe II soll sich auf die sogenannten Kernfächer konzentrieren und um ein Jahr verkürzt werden. Die Zwischenprüfung an den Hochschulen soll als berufliche Qualifikation anerkannt werden und den Übergang ins Berufsleben ermöglichen.

Orientierungspunkt vier ist der „Erhalt der Pluralität in den Bildungsange-

boten“, womit gemeint ist, daß die Hierarchie unter den Bildungseinrichtungen beibehalten und die Differenzierung im Sinne der Elitebildung fortgesetzt werden soll.

Die Minderheit setzt den Bestrebungen der Mehrheit eine Herangehensweise entgegen, die in Bildung mehr sehen will als Qualifikation zur Berufstätigkeit. Sie fordert ein „Grundrecht auf Bildung“ als Bestandteil einer neuen deutschen Verfassung und will der Verkürzung der Sekundarstufe II nur zustimmen, wenn im gleichen Zuge eine „einklagbare Garantie, lebenslang wieder Lernzeiten beanspruchen zu können“, geschaffen wird. Um Bildung auf mehr Gleichheit zielen zu lassen, will sie „mehr Lernzeit in der Berufsausbildung als Regelfall“ und „mindestens ein 10. Schuljahr für alle“ durchsetzen.

Einige Anknüpfungspunkte also für einen grundlegenden Widerstand gegen die Elitebildung an den Schulen und fortschrittliche Forderungen z.B. nach einem einklagbarem Recht auf eine berufliche Erstausbildung. — (dpe)

Streik bei der Reichsbahn

Bundesregierung drohte mit Bundeswehreininsatz

Vom 25. bis 28. November wurde der Personenfern- und Güterverkehr auf dem Gebiet der Ex-DDR und Ostberlins bestreikt. 97 % der 225 000 GdED-Mitglieder hatten für Kampfmaßnahmen votiert. Hauptforderungen waren die Übernahme des Rationalisierungsschutzes der Deutschen Eisenbahn (DB) sowie die Anhebung der Einkommen auf 50 % bis 60 % des DB-Niveaus. Kommt kein Tarifvertrag zustande, endet der bisherige (DDR)-Rationalisierungsschutz am 31. 12. 90 im Nichts. Zusätzlich entfällt die bis dahin befristete Teuerungszulage von 300 Mark. Nach den Vorstellungen des Bundesverkehrsministers, Zimmermann ist oberster Dienstherr, sind 68 000 der 260 000 Beschäftigten bei der Reichsbahn überflüssig.

Bereits nach einem Streiktag drohte die Bundesregierung mit dem Einsatz der Bundeswehr. Nach der Aushöhlung der Tarifautonomie durch den sog. Einigungsvertrag ist dies ein weiterer schwerer Angriff auf die Gewerkschaften. Die GdED hatte angekündigt, daß sie ggfs. den Streik auf den Personennahverkehr ausdehnen werde. Auch seien die Beschäftigten bei der Bundesbahn nur schwer von Solidaritätsaktionen abzuhalten. Dies zeigte Wirkung. Nach

einem Tarifgespräch am 28. 11., das als Ergebnis u.a. die Zusage zu Gesprächen über Kündigungs- und Rationalisierungsschutz beinhaltet, wurde der Streik am 29. 11. abgebrochen.

Das genaue Ergebnis der Verhandlungen lautet: Noch im Januar werden Verhandlungen über einen „sozialverträglichen Personalabbau“ aufgenommen, die bis Ende März abgeschlossen sein sollen. Ebenfalls im Frühjahr beginnen Verhandlungen über neue Löhne und Gehälter. Diese sollen bis Mai abgeschlossen werden. Die Deutsche Reichsbahn verpflichtet sich außerdem zu einer monatlichen Zahlung von 50 DM für jedes unterhaltspflichtige Kind je Beschäftigten. Ab 1. April 1991 gilt die 40-Stunden-Woche. Ab 1. Januar 1991 werden differenzierte Urlaubsregelungen eingeführt mit Urlaubsansprüchen zwischen 26 und 30 Tagen. Als Urlaubsgeld erhalten alle am 30. 10. 90 bei der Reichsbahn Beschäftigten 300 DM. Zum Jahresende wird außerdem die in der früheren DDR übliche Jahresend-Prämie gezahlt.

Quelle: Einkommen und Arbeitsbedingungen im öffentlichen Dienst, Beilage zu den Publikationen der AG für antifaschistische Bildungspolitik, der AG für Kommunalpolitik und der AG gegen reaktionäre Gesundheitspolitik. Ausgabe vom 6. 12. 90; Handelsblatt, 30. 11. — (ber, rlf)

Die Neuordnung der sowjetischen Gesellschaft ist unausweichlich. Aber wie wird sie ausfallen?

Die Weltmarktorientierung bietet keinen Weg aus der Krise, sondern führt zu Entsolidarisierung und Bürgerkrieg

Der akute Versorgungsnotstand ist nur der schärfste Ausdruck einer tiefen Krise, die alle gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und politischen Beziehungen in der Sowjetunion erfaßt hat. Die hochzentralisierte Planwirtschaft ist in ihren Grundfesten erschüttert, eine Neuordnung unausweichlich. Die US-Zeitung *Washington Post* hat nicht ganz unrecht, wenn sie schreibt, daß die von Gor-

batschow verhängte Roßkur Radikalmaßnahmen gleichkomme, die gewöhnlich Sieger einem besiegten Land auferlegen. Die Wirtschaftsreformen entfalten eine zerstörerische Wirkung, die nicht nur das Alte vernichten, sondern auch die Produzenten, die Arbeiter und Bauern, hindern soll, sich neu zu organisieren und auf die Entwicklungsrichtung der Gesellschaft Einfluß zu nehmen. — (maf, sec)

Über die Ursachen der Versorgungskrise

Lange ist die Getreideernte in der Sowjetunion nicht mehr so gut ausgefallen wie in diesem Jahr. Kurz vor der Ernte erwarteten die Fachleute mit 260 bis 300 Mio. t (der Jahresdurchschnitt 1981-85 betrug 180,3 Mio. t) eine neue Rekord-ernte. Doch in den staatlichen Bäckereien geht das Brot aus. Bis Mitte Juli hatten die Kolchos- und Sowchoses erst 10 % der staatlich geordneten Getreidemengen abgeliefert (1) und bis Ende September nicht einmal zwei Drittel. (2)

Die Zunahme von Schiebereien, von Privat- und Schwarzmarkthandel ist eine düstere Begleiterscheinung der akuten Krise der Lebensmittelversorgung, kann sie aber nicht erklären. Ein großer Teil des Getreides verrottete auf den Feldern. Ähnlich ist die Situation bei anderen Agrarprodukten, vor allem bei Kartoffeln und Gemüse. Vermutlich wurde mehr als ein Drittel der gesamten möglichen Ernte vernichtet.

Daß in der Sowjetunion ein Teil der Ernte durch Probleme von Transport und Lagerung verlorengeht, ist eine altbekannte Tatsache. Sie hängt damit zusammen, daß die landwirtschaftliche Produktion in der Sowjetunion aufgrund der klimatischen Unbilden extremen Schwankungen unterliegt, die die Planung erschweren, wenn nicht verunmöglichen, und die Arbeitsorganisation stark belasten. Doch noch nie war das Mißverhältnis zwischen Ernterwartung und tatsächlicher Lieferung so dramatisch wie in diesem Jahr.

Im Sommer hatten sich Berichte über wachsende Unruhe unter den Kolchosbauern gehäuft, über die Bildung von Streikkomitees unter der Forderung nach besserer Ausrüstung der Kolchosen (3), über Drohungen, die Agrarprodukte zurückzuhalten, wenn sich die Lage nicht ändere. Unter hauptsächlich drei großen Problemen litten die Bauern:

Erstens fehlten Erntemaschinen und Transportmittel. Da die Industrie weder ausreichend Ersatzteile noch ausreichend neue landwirtschaftliche Maschinen lieferte, konnten defekte Traktoren und Mähmaschinen nicht repariert, ausgemusterte nicht ersetzt werden. Zweitens fehlte Benzin. Die sowjetische Erdölproduktion ist 1990 drastisch gesunken, nicht zuletzt infolge fehlender Förderausrüstungen. Obwohl 7 Mio. t Öl, die die UdSSR vertraglich an andere RGW-Staaten hätte liefern müssen, in die Landwirtschaft umgelenkt wurden, konstatierte die Prawda dort eine „Benzinlähmung“, in mehreren Kreisen gebe es überhaupt keinen Treibstoff mehr. (4) Drittens schließlich fehlten Arbeitskräfte. In allen Jahren zuvor waren hunderttausende Arbeiter und Studenten zur Erntezeit aufs Land geströmt, um die Ernte einbringen zu helfen. Erstmals weigerten sich in diesem Jahr die Betriebe, im Zuge der Reformen auf eigene Rechnungsführung umgestellt, Arbeiter freizustellen, oder Erntehelfer stellten so hohe Forderungen, daß sich die Kolchosen nicht in der Lage sahen, sie zu bezahlen.

Vor allem diese drei Faktoren sind für die Erntekatastrophe verantwortlich. Daran wird deutlich, daß die Ursache für die Versorgungskrise nicht so sehr eine Krise der Landwirtschaft ist, sondern viel mehr eine Krise der Industrie, die die Beziehungen zwischen Industrie und Landwirtschaft, zwischen Stadt und Land und schließlich auch zwischen Arbeitern und Bauern empfindlich stört.

Umriss einer wirtschaftlichen Katastrophe

Seit Anfang 1990 ist die industrielle Produktion erstmals seit Kriegsende rückläufig. Die von Gorbatschow seit 1986 betriebene Förderung der Konsumgüterindustrie hat nicht zu einer spürbaren Verbesserung der Versorgung geführt. (5) Die Betriebe unterschritten die Planvorgaben erheblich und nutzten ihren vergrößerten Spielraum hauptsächlich

dazu, die Produktion billiger Güter einzustellen und die Preise zu erhöhen. Die offizielle Preissteigerungsrate für Konsumgüter kletterte auf 17 %. Auf der Grundlage anhaltender Knappheit entwickelte sich ein riesiger Schwarzmarkt, auf dem alles zu haben ist, aber zu Preisen, die um ein Mehrfaches über den Preisen im staatlichen Einzelhandel liegen und die zwei Drittel der Bevölkerung von vielen Konsumgütern ganz ausschließen. „Der Schwarzmarkt ist so groß, daß die normalen Lieferbeziehungen zwischen der legalen Produktion und dem legalen Handel für viele Erzeugnisse nicht mehr existieren“, zitiert die „Zeit“ ein ZK-Mitglied. (6) Tatsächlich sind in den Großstädten von 1200 Konsumgütern nur 50 bis 60 regelmäßig über den staatlichen Einzelhandel zu bekommen. (7)

Der Wohnungsbau ist regelrecht eingebrochen. Die Investitionen sind rückläufig, und zusätzlich blieben 1989 begonnene Investitionen in Höhe von über 150 Mrd. Rubel unvollendet. (8) Die Produktionsanlagen veralten beschleunigt und zeigen hohe Störanfälligkeit. Die Betriebe, deren Selbständigkeit erweitert wurde, kommen seither ihren Liefer- und Zahlungsverpflichtungen immer schlechter nach; zunehmend leh-

bensmittel beliebert werden. In der sowjetischen Presse wird seit Monaten heftig die Frage erörtert, welche Republiken auf wessen Kosten lebten und welche Republiken andere „ernährten“. (10)

Die Hauptursache dafür ist das Bestreben starker Interessengruppen, die Austauschverhältnisse zukünftig an den Weltmarktverhältnissen zu orientieren.



Streikkomitee in Meschduretschensk

nen sie traditionelle Lieferverträge ohne Sonderbedingungen ab und verlangen auch im Binnenhandel Bezahlung in ausländischen Währungen.

Schließlich ließen die steigenden Importe, die durch die Krise der industriellen Produktion nötig wurden, die Außenhandelsbilanz der Sowjetunion 1989 erstmals seit 1976 ins Negative rutschen und die Auslandsverschuldung enorm steigen. Zahlungsschwierigkeiten, bislang unbekannt, führten dazu, daß die Sowjetunion Kredite nur noch zu härtesten Bedingungen bekommt und daß sie, immer öfter ihre Goldreserven angreifen muß.

Weltmarkt und Krise

Es gibt starke Anhaltspunkte dafür, daß die Erscheinungen des wirtschaftlichen Zusammenbruchs in erheblichem Umfang auf marktwirtschaftliches Handeln und nicht etwa auf das Ausbleiben von Marktwirtschaft zurückzuführen sind. Daß die Krise der alten Ordnung eine Neuorientierung, eine Neubestimmung der Produktions- und Lieferbeziehungen, der Austauschverhältnisse zwischen den verschiedenen Wirtschaftszweigen und den verschiedenen Regionen zur unabdingbaren Notwendigkeit machte, ist eine Sache. Die andere Sache ist, in welchem Interesse und nach welchen Maßstäben die Neubestimmung erfolgt.

Die Auflösung der alten Produktions- und Lieferbeziehungen und des darauf aufbauenden Finanzsystems vollzieht sich zuerst und am schärfsten in den Beziehungen zwischen den Regionen und Republiken. Die Versorgung sei insbesondere durch die Störung der Zuliefer-Abnehmer-Beziehungen über die Repu-

blik-Grenzen hinweg gefährdet, schreiben die „Nachrichten für Außenhandel“. (9) Mehrere Republiken haben die Ausfuhr von Konsumgütern in andere Republiken verboten. Einige Republiken — die baltischen, Moldawien, Armenien und Kirgisien — vereinbarten ihre Wirtschaftsbeziehungen direkt (6), unter Umgehung des Zentralstaats, aber eben auch auf Kosten der Beziehungen zu anderen Republiken. Aserbeidschan liefert dem Osten seit Monaten keine Anlagen für die Förderung von Erdöl mehr. Die Versorgung der Agrargebiete mit Benzin ist, wie gesehen, ins Stocken gekommen. Umgekehrt liefern ganze Agrargebiete ihr Getreide nicht in die Städte, sondern verkaufen es anderswo, wo sie mehr dafür bekommen. Autonome Gebiete im Norden der Sowjetunion drohten, Holz und Kohle zurückzuhalten, wenn sie nicht zuverlässig mit Lebensmitteln beliebert werden.

In der sowjetischen Presse wird seit Monaten heftig die Frage erörtert, welche Republiken auf wessen Kosten lebten und welche Republiken andere „ernährten“. (10)

Die Hauptursache dafür ist das Bestreben starker Interessengruppen, die Austauschverhältnisse zukünftig an den Weltmarktverhältnissen zu orientieren.

Bisher trugen die Preise im innersowjetischen Austausch dem Interesse an Ausgleich in gewissem Umfang Rechnung. Dort nämlich lagen die Preise für Produkte der Landwirtschaft und der Leichtindustrie verhältnismäßig über, die Preise für Maschinen, Ausrüstungen, Erdöl und Erdgas verhältnismäßig unter den Weltmarktpreisen. Das bedeutete, daß Republiken, denen in der Arbeitsteilung der Sowjetunion die Rolle von Lieferanten für landwirtschaftliche Produkte zugewiesen war, durch Umverteilung Ressourcen aus solchen Republiken erhalten haben, die hauptsächlich Maschinen etc. produzierten. Konkret waren vor allem die weniger entwickelten Republiken Mittelasiens und Kasachstan begünstigt und mußten vor allem die Russische Sozialistische Föderative Sowjetrepublik (RSFSR), die Ukrainische SSR und die Belorussische SSR umverteilen. Im Zu-

ge der Preisreform würde sich der Saldo der RSFSR im innersowjetischen Handel bei gleicher Produktmenge um 70 Mrd. Rubel verbessern; die RSFSR würde beim Austausch zu Weltmarktpreisen als einzige Republik im innersowjetischen Handel einen Ausfuhrüberschuß erzielen. Die Bilanzen der transkaukasischen und der meisten mittelasiatischen Republiken dagegen würden sich drastisch verschlechtern. (10)

Deshalb nimmt nicht wunder, daß die Bestrebungen, innerhalb der Sowjetunion Weltmarktverhältnisse durchzusetzen, ihre stärkste Basis in der RSFSR haben, wo 80 % der sowjetischen Industrie zusammengeballt sind. Demgegenüber könnten im Kaukasus und in Mittelasien nur „Militärbehörden auf Befehl des Präsidenten die Wirkungskraft der Wirtschaftsreformen garantieren“, wie die Zeitschrift „Literaturnaja gasjeta“ schreibt. (11)

Über die ungleichen Austauschverhältnisse auf dem Weltmarkt werden den Ländern des Südens Jahr für Jahr große, ja wachsende Teile ihres gesellschaftlichen Mehrprodukts entzogen. In diesen Ländern herrschen aufgrund der über den Weltmarkt durchgesetzten Arbeitsteilung Produktionszweige vor, in denen die Produktivkraft der Arbeit niedrig ist, vor allem Landwirtschaft und Bergbau. Der Tausch zwischen den Agrarprodukten und Rohstoffen des Südens und den hochentwickelten Maschinen, Ausrüstungen, Transportmitteln etc. des Nordens findet nicht zu den jeweiligen Werten statt, sondern ist bestimmt durch die höhere Produktivkraft der Arbeit in den Industrien der imperialistischen Länder. Deshalb können die unterdrückten Nationen des Südens nur einen Teil des Werts ihrer Produkte realisieren, und je niedriger die Preise ihrer Produkte sind, um so höher sind die Extraprofite der imperialistischen Konzerne. Diese Verhältnisse sind im Laufe von Jahrhunderten mit Gewalt durchgesetzt worden, und sie werden durch Gewalt aufrechterhalten. Terror, blutige Unterdrückung, Raubkriege sind die unverzichtbaren Begleiterscheinungen des imperialistischen Weltmarktes.

Die Orientierung an den Weltmarktbeziehungen führt unweigerlich zu einem schroffen Nord-Süd-Konflikt innerhalb der Sowjetunion. Die bisherige Umverteilung zugunsten der weniger entwickelten Regionen würde nicht nur beendet, sie würde umgekehrt zu einem Reichtumstransfer aus den ärmeren in die reicheren Republiken, d.h. vor allem in die RSFSR. Die Bestrebungen, dies durchzusetzen, hat binnen kurzem die Beziehungen, die bei allen Widersprüchen auf Solidarität gegründet waren, zutiefst erschüttert. Die gegenwärtige Konflikte sind Vorboten eines Bürgerkrieges, der unausweichlich scheint, wenn der Kurs der Weltmarktorientierung sich durchsetzt.

Die westliche Presse gibt zu, daß die Preisreform bekämpft wird und die Ablehnung von Marktwirtschaft und Privatisierung erheblich ist. Ob und wie sich Gegenkräfte formieren, ob und wie sich vor allem die Arbeiterbewegung organisiert, ist aber von außen derzeit schwer erkennbar. Die Alternative zum Bürgerkrieg ist die Neubestimmung der Beziehungen entsprechend den Interessen der Produzenten; das heißt in diesem Zusammenhang eine Neubestimmung der Austauschverhältnisse, die die Arbeitsteilung zwischen den Regionen und Republiken infrage stellt und dazu beiträgt, sie zu überwinden, anstatt sie durch ungleichen Austausch zu vertiefen und zu verewigen.

Quellen: (1) Frankfurter Rundschau, 23. 7. 90; (2) Financial Times, 5. 10. 90; (3) Financial Times, 28. 7. 90; (4) nach: Spiegel, 13. 8. 90; (5) Neue Zürcher Zeitung, 15. 8. 90; (6) Zeit, 12. 10. 90; (7) Bundesstelle für Außenhandelsinformation, Juli 1990, UdSSR zur Jahresmitte; (8) Neues Deutschland, 17. 8. 90; (9) Nachrichten für Außenhandel, 9. 10. 90; (10) Sowjetunion heute, September 1990, Wer wird von wem ernährt? (11) nach: Zeit vom 12. 10. 90.

Päckchen-Spekulation

Die Versorgungskrise in der UdSSR hat bei den offiziellen Stellen der BRD Besorgnis ausgelöst. Alle Welt ruft auf, für die hungernden Sowjetbürger zu spenden. Staats-, Partei-, Medienpolitik wirken zusammen, man will durch die Bevölkerung große Mittel aufbringen lassen. Die Unruhe wegen des Hungers in der UdSSR muß erklärt werden, denn in anderen Staaten hungern auch Leute, seien es soziale Randgruppen oder ganze Völker, ohne daß eine vergleichbare tätige Besorgnis entsteht. Denn: Hunger und Not, so lehrt die Wissenschaft, bieten den Armen den Anreiz zu tätigem Leben. Hunger ist volkswirtschaftlich günstig. Er hält die Lieferantenpreise aus der Dritten Welt niedrig. Er setzt ein Überangebot an Arbeitskraft frei. Allerdings rechnet sich der Hunger nur so lange, wie die politische Ohnmacht der Opfer gewährleistet bleibt.

Der Hunger, der einem Sozialhilfesatz von unter 500,- DM auf dem Fuße folgt, trifft z.B. soziale Randgruppen, die politisch schon lange ins Abseits gedrängt wurden. Die Hungersnot in der UdSSR trifft eine Bevölkerung, die politisch handlungsfähig ist und ihre Notlage in Zusammenhang mit den Versuchen erlebt, Marktwirtschaft einzuführen.

Im Nachdenken der herrschenden Klassen erscheint der Hunger in der UdSSR als Gefahr für die Einführung der Marktwirtschaft. Dies um so mehr, als zu befürchten ist, daß der Regierung Wille und Machtmittel fehlen, Hungernde niederzuhalten. Es kommt also darauf an, die Hungernden so zu bespenden, daß abflauende Neigung für die Marktwirtschaft neu belebt wird. Darauf kommt es an, nicht etwa darauf, daß irgend jemand satt wird. Dazu wird die Päckchenhilfe nämlich nicht führen. Denn wie sehen die ökonomischen Wirkungen aus?

Der Ausgangspunkt der Versorgungskrise ist die Störung der Wirtschaftsbeziehungen zwischen den Regionen, Industriebereichen, zwischen Stadt und Land usw. Dies hemmt den Austausch in den bisherigen Bahnen. Der Rubel erfährt durch den Schwarzmarkt eine Art Inflation, zum offiziellen Kurs gibt's nicht genug zu kaufen. Die Folge ist, daß alle jene, die nicht am Schwarzmarkt teilnehmen können, unterversorgt sind. Wer kann am Schwarzmarkt teilnehmen? Nur Leute, die irgendwie aus der Produktion oder Verteilung heraus was abzwacken können. Nicht die Alten, nicht die Kinder.

Die Päckchen, die bevorzugt als Form der Hilfe empfohlen werden, sollen angeblich diesen Bedürftigen zukommen. Nehmen wir einmal an, so wäre es, und die Entsolidarisierung, die die Gesellschaft erfährt und den Schwarzmarkt hervorbringt, wirkte sich aus mysteriösen Gründen auf die Päckchenverteilung nicht aus, und die milden Gaben kämen an die Armen. Diese würden die ausländischen, feinen Sachen als erstes auf den Schwarzmarkt tragen, um ausgiebigere Kost einzutauschen. Die Inflation des Rubels auf dem Schwarzmarkt würde verschärft. Eine Naturalwährung, vergleichbar der tristen Zigarettenwährung nach dem zweiten Weltkrieg, würde gefördert. Diese weitere Inflation des Rubels würde die Bedürftigen mit Sicherheit härter treffen und aus ihren Haushalten mehr Kaufkraft, d.h. Lebensmittel, abziehen, als die Päckchen bringen.

Die Strategie der herrschenden Klasse geht nach den Erfahrungen besonders mit dem DDR-Anschluß davon aus, daß die in den Päckchen enthaltenen Güter in der UdSSR einschlagen werden. Waren für den Konsum können komplexe politische Botschaften übermitteln. Zum Beispiel die Banane. In den 30er Jahren verflocht sich mit diesem Gut der Begriff der Bananenrepublik, der die Staaten Mittelamerikas meint, die im Sold von US-Firmen, v.a. der berüchtigten United Fruit, durch bewaffneten Terror Bauern vertrieben, um Platz für die Großproduktion von Südfrüchten zu schaffen. Seither sind Bananen billig. Im deutschen Anschlußgeschehen markiert die Banane wortlos, aber deutlich eine Position im Nord-Süd-Konflikt.

Die Päckchenspende läßt sich als großangelegte und für die Nutznießer kostenlose Untersuchung der Empfanglichkeit des sowjetischen Publikums für westliche Werte und Waren auswerten. Im übrigen wird, zusammen mit dem Schwarzmarkt, das Konsumverhalten der Sowjetbürger ausdifferenziert, die Hilfe überwindet Zollschränken, die geforderte Mitwirkung bei der Verteilung eröffnet Einblicke. Geschäfte winken.

Internationale Umschau



Am 15. Januar läuft das Ultimatum des UN-Sicherheitsrats gegenüber dem Irak zur Räumung Kuwaits aus. Die von Bush angeordnete Verdoppelung der Bodentruppen und der Marineeinheiten im Golf geht in vollem Tempo weiter. Die mit dem Irak vereinbarten gegenseitigen Besuche der Außenminister sollen Bush lediglich helfen, die Opposition im Innern gegen eine militärische Aggression zu schwächen. In der BRD propagiert Ex-Verteidigungs-Staatssekretär Lothar Rühl in der „Welt“ vom 1. 12. Terrorangriffe gegen den Irak: „Ein massives Bombardement der irakischen Stellungen im Frontgebiet, eine nachhaltige Unterbrechung der rückwärtigen Verbindungen und eine weitgehende Neutralisierung der irakischen Führungsanlagen wären geboten.“ Bild: US-Außenminister Baker bei US-Truppen in Saudi-Arabien. — (rül)

GB: Der neue Premier ist der „Favorit der City“

Der neue britische Premier Major gilt als „Favorit der City“. Major hat eine „aktiveren Europapolitik“ angekündigt. So erwarten die britischen Konzerne von der Regierung eine baldige Zinssenkung. Das würde den Kurs des britischen Pfundes weiter senken, was zwar Kapitalexperte erschwert, aber beim Warenhandel die Profite britischer Konzerne im Innern (teurere Importe) wie im Ausland (billigere Exporte) verbessern soll. Thatchers Gegenkandidat Heseltine wurde — wie schon einmal unter Thatcher selbst — zum Minister für Umwelt und Gemeinden ernannt und soll nun die „Poll-Tax“ (Kopfsteuer) reformieren, vermutlich verbunden mit der Übernahme kommunaler Aufgaben (u.a. des Schulwesens) durch die Zentralregierung. — (rül)

Sri Lanka: Erfolg der „Tamil Tigers“

Die tamilische Befreiungsbewegung „Liberation Tigers auf Tamil Eelam“ hat einen Militärstützpunkt der Regierung im Norden der Insel überrannt. Nach Angaben der Regierung werden 150 der 500 Soldaten des Stützpunktes „vermisst“. Die Befreiungsbewegung griff mit 1 000 Mann den Stützpunkt an. In den letzten Wochen hatte die Regierung mit Terrorangriffen versucht, die Stellungen der Befreiungsbewegung zu zerstören und eine Einstellung des bewaffneten Befreiungskampfes für einen eigenen tamilischen Staat zu erzwingen. — (rül)

CSFR-Gewerkschaften wollen für Mitwirkungsrechte streiken

Der Generalrat der Gewerkschaftsföderation der CSFR hat mit umfassenden Streikaktionen gedroht, falls in den gegenwärtig vom Parlament erörterten Arbeits- und Wirtschaftsgesetzen nicht die gewerkschaftliche Mitwirkung festgeschrieben wird. Der Vorsitzende des Bürgerforums und Finanzminister Klaus will die Streichung des Teils in einem Vorschlag für ein neues Arbeitsgesetzbuch, der die Teilnahme der Werktätigen an der Leitung und Entwicklung der Betriebe betrifft. Zudem entwickelt die Konföderation der Gewerkschaftsdachverbände (ČSKOS) zunehmend Vorstellungen über notwendige soziale Mindeststandards gegen die sich rasant entwickelnde Verarmung eines großen Teils der Bevölkerung. Sie fordert, bei den derzeitigen Lebenshaltungskosten, einen Minimallohn von rund 1 600 Kronen. Die Reallöhne waren in den ersten neun Monaten dieses Jahres um 7,2 % gesunken, ab Januar werden schließlich alle Preise freigegeben, was nochmals erheblich auf die Reallöhne drücken wird. Am Ende des dritten Quartals lag die Teuerung bereits bei 14,4 % und die Arbeitslosenzahl bei 440 000. Dies alles hatte in der jüngsten Zeit immer häufiger zu spontanen Streiks einzelner Berufsgruppen, wie z.B. der Bergleute, geführt. Quelle: Neues Deutschland, 27. und 28. November 1990 — (uga)

Polen: Linke gegen klerikale Reaktion

In der Berichterstattung der bürgerlichen Presse über das Ergebnis des ersten Wahlgangs zur Präsidentschaft in Polen steht das Abschneiden des dubiosen Exil-Polen und Millionärs Tyminski im Vordergrund, der nach Walesa (39 %) mit knapp 24 % die zweitmeisten Stimmen erhielt. Genüßlich weisen westliche Blätter darauf hin, Tyminski beherrsche noch nicht einmal die polnische Sprache — vielleicht ein Zeichen, daß Polen wieder unter fremde Verwaltung muß? Tatsächlich hat die klerikale Reaktion das Land imperialistischer Einflußnahme weit geöffnet — und damit auch den Boden bereitet für das Auftreten so gekaufter Figuren wie Tyminski. Nur ganz am Rande finden sich Hinweise auf das Abschneiden linker Kandidaten. Das frühere Mitglied der inzwischen aufgelösten „Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei“, Włodzimierz Cimoszewicz, hatte sich als „Kandidat der Linken“ zur Präsidentschaft in seinem Programm auf den Widerstand gegen den immer weiter zunehmenden Einfluß der klerikalen Reaktion in Polen konzentriert und u.a. die auf Betreiben der Kirche verabschiedeten Anti-Abtreibungsgesetze scharf kritisiert. Er erhielt im ersten Wahlgang immerhin 9,3 % und damit das viertbeste Ergebnis. Selbst die „Neue Zürcher Zeitung“ spricht von einem „Achtungserfolg“.

Die noch amtierende Regierung Mazowiecki arbeitet derzeit am Entwurf des Haushaltsplans für 1991. Dieser muß nach einer Vereinbarung des hochverschuldeten Landes mit der Weltbank spätestens in diesem Monat vorliegen und weitere Schritte zur Festigung der „Marktwirtschaft“ in Polen vorsehen, die das Land in den letzten Jahren bereits so sichtlich ins Unglück gestürzt hat. Für den nächsten Wahlgang am 9. Dezember hat Mazowiecki seine Anhänger zur Wahl Walesas aufgerufen. — (rül)



Die Befreiungsbewegung El Salvadors, die FMLN, hat am 26. 11. erstmals einen Hubschrauber der Regierungstruppen mit Raketen abgeschossen (Bild). Bei dem anschließenden Gefecht zwischen Einheiten der FMLN und Truppen der Regierung kamen 14 Regierungssoldaten ums Leben, 21 wurden verwundet. Bereits am Freitag zuvor hatte die FMLN ein anderes Flugzeug der Regierungstruppen abgeschossen. Der honduranische Vizeaußenminister forderte nach dem Abschluß der UN-Beobachter in der Region (darunter auch BRD-Beobachter) auf, den „Waffenschmuggel“ der FMLN zu unterbinden. Die FMLN selbst erklärte, sie verfüge bereits seit einem Jahr über sowjetische Boden-Luft-Raketen und US-Zielgeräte. — (rül)

EG weiter auf Ausdehnungskurs

Wenige Wochen vor dem nächsten EG-Gipfel in Rom, auf dem über einen weiteren Ausbau sowohl der Politischen Union wie der Währungsunion innerhalb der EG beraten werden soll, mehrten sich die Anzeichen für eine weitere auch territoriale Expansion dieses westeuropäischen Monopolpaktes. Die „Dresdner Bank“ bringt in ihrem neuesten „Außenwirtschaftsbericht“ neue Beitrittskandidaten zum Europäischen Währungssystem EWS ins Spiel: Österreich (dessen Währung faktisch schon seit Jahren fest an den Kurs der D-Mark angebunden ist) und die Schweiz seien „reif für einen Beitritt“. Kurz zuvor hatte die Sozialdemokratische Partei der Schweiz auch offiziell einen Beitrittsantrag der Schweiz bei der EG in die öffentliche Diskussion gebracht. In Schweden will der Reichstag bereits am 10. Dezember über die Politik des Landes gegenüber der EG beraten. Nach Presseberichten sollen sowohl die Sozialdemokraten wie die bürgerlichen Parteien inzwischen für einen Beitrittsantrag an die EG sein. Der schwedische Außenminister hat bereits verkündet, er rechne noch 1991 mit einem offiziellen Beitrittsantrag seines Landes bei der EG. Die EG-Kommission hatte zuvor jegliche Mitspracherechte von Efta-Mitgliedern bei den Entscheidungen über den EG-Binnenmarkt in Verhandlungen mit der Efta strikt abgelehnt. Die großen Konzerne der Efta-Staaten — in Schweden beispielsweise die Saab- und Volvo-Konzerngruppe, in der Schweiz Elektrokonzerne wie BBC, der Nahrungsmittelkonzern Nestlé und die großen Banken — standen damit vor der Gefahr, bei der Konzernstrategie wesentlich beeinflussten Entscheidungen der EG über industrielle Normen, öffentliche Aufträge, Außenhandelspolitik und ähnliches künftig im Gebiet der EG womöglich übergangen zu werden. Diese Drohung hat sie offenkundig bewegt, ihren Einfluß auf die Parteien dieser Länder einzusetzen, um einen Beitritt, zumindest aber eine noch engere wirtschaftliche Anbindung an die EG zu betreiben. Ein Beitrittsantrag Schwedens dürfte auch den Druck auf die finnische und norwegische Regierung in Richtung EG-Beitritt erheblich verstärken. Die norwegische Regierung hatte schon vor einigen Wochen eine Anbindung ihrer Währung an das EWS verkündet. — (rül)

Mosambik: Waffenstillstand im Beira-Korridor

Lediglich einen regional auf den Beira- und den Limpopo-Korridor und zeitlich bis Ende des Jahres beschränkten Waffenstillstand will die Renamo einhalten, die seit mehr als zehn Jahren mit Unterstützung der südafrikanischen Rassisten gegen die mosambikanische Regierung kämpft. Das war ihre Antwort auf die Ankündigung der Regierung Chissano, im nächsten Jahr allgemeine und geheime Wahlen durchzuführen. Die von der marxistischen, antikolonialen Befreiungsfront Frelimo gestellte Regierung mußte gleichzeitig zustimmen, die zimbabwischen Truppen, die seit vier Jahren beide Korridore vor Anschlägen sichern sollen, zurückzuschicken. Der Waffenstillstand soll von einer internationalen Kommission, der u.a. Portugal, Italien, die USA und die UdSSR angehören, überwacht werden. — (uld)

Kommunalwahlen in der CSFR

KPČ legt zu, Bürgerforum verliert, Nationalisten schwach

Die KPČ konnte bei den Kommunalwahlen ihre Stimmenzahl gegenüber den Nationalparlamentswahlen im Juni um rund ein Drittel steigern. In der Tschechischen Republik errang sie 17,4 %, in der Slowakei 14 %. Die Kalkulation der Regierungsparteien, die KPČ durch die Kampagnen der letzten Wochen (Ausschluß ihres Vertreters aus dem Parlamentspräsidium, Drohung der Enteignung usw.) zu isolieren, ist somit nicht aufgegangen. Die meisten Stimmen erhielt die KPČ in Orten mit weniger als 2 500 Einwohnern; hier lag die Wahlbeteiligung sehr hoch, z.T. bei fast 100 % (Landesdurchschnitt rund 68 %). Das zeigt wohl, daß große Teile gerade der Landbevölkerung erhebliche Bedenken gegen die Einführung der Marktkonkurrenz, Freigabe der Preise und somit eine entfallende Ausgleichspolitik zwischen Stadt und Land bzw. tschechischem und slowakischem Landesteil haben. Beruhigend ist diesbezüglich auch die Tatsache, daß die nationalistischen Parteien „Gesellschaft für Mähren und Schlesien“ sowie die Slowakische Nationalpartei mit 5 % bzw. 3 % weit weniger Stimmen als erwartet erhielten. Ein erheblicher Teil der Landbevölkerung sucht also auf die Marktpolitik eher eine Antwort, die von sozialen Widerstandspositionen ausgeht, als eine nationalistische. Im umgekehrten Verhältnis erhielt das tschechische Bürgerforum, das nur noch

35 % der Stimmen (gegenüber 50 %) erreichte, den Löwenanteil in den großen Städten, so etwa in Prag rund 60 %. Ihr Klientel dürfte sich also immer mehr auf die großstädtische Intelligenz konzentrieren. Die Partei hat hier Elemente des Ökologismus wie auch des Liberalismus aufgenommen und dabei noch die sozialdemokratischen Parteien unbedeutend halten können. Dies deutet vor dem Hintergrund der deutlichen Rechtsentwicklung des Bürgerforums in den letzten Monaten auf Probleme bei der Formulierung einer fortschrittlichen Kraft unter der Intelligenz hin. Die slowakische Schwesterorganisation des Bürgerforums, „Öffentlichkeit gegen Gewalt“ (VPN), fiel auf ganze 20 %. An seinem rechten Rand verloren Bürgerforum bzw. VPN in beträchtlichem Umfang Stimmen an die Christdemokraten, die im slowakischen Landesteil 24 % und im tschechischen 17 % erhielten.

Unabhängige Kandidaten konnten landesweit 10 % der Stimmen, jedoch 24 % der Mandate erringen, was damit zusammenhängt, daß sie v.a. in den kleineren Wahlkreisen auf dem Land gewonnen haben. Dies könnte teilweise mit der oben vermuteten Tendenz in der Landbevölkerung zu tun haben, die treibenden Parteien der marktwirtschaftlichen Umgestaltung nicht zu wählen.

Quellen: taz, ND, F.A.Z., NZZ v. 27. u. 28. 11. 90 — (uga)

„Gladio“ in der Türkei

Zur Putschvorbereitung und im Spezialkrieg schon tätig

Die jetzt in einigen Nato-Ländern aufgeflogene Nato-Geheimorganisation („Gladio“, „Stay behind“ oder wie sich die geheime Militärorganisation auch immer nennt) ist in der Türkei schon länger existent. Hier tauchte diese im Geheimen tätige Organisation schon in der Vergangenheit immer wieder unter den Namen „Amt für Spezialkrieg“ oder kurz als „Contra-Guerilla“ auf.

Verschiedene Aktionen gehen auf das Konto dieser Terrorgruppen. Zum Beispiel wurden am 1. Mai 1977 in Istanbul auf der größten Kundgebung in der Geschichte der Türkei 34 Menschen von unbekannten Schützen, die das Feuer in die an der Maidemonstration teilnehmende Menge eröffneten, erschossen. Auch die bis heute nicht offiziell aufgedeckten Massaker in Maras, Corum und Malatya Ende der 70er Jahre, bei denen Tausende von Menschen ermordet wurden, gehen auf das Konto dieser von Militär und Geheimdiensten gesteuerten Terrorbanden.

Verschiedene Parlamentarier und Generäle in der Türkei berichten jetzt nach dem offiziellen Aufliegen der Geheimorganisation in der türkischen Presse,

daß diese Geheimorganisation auch bei den Vorbereitungen der Militärputsche in der Türkei (insbesondere des blutigen Putsches im September 1980) direkt beteiligt war.

Auch die nicht aufgeklärte Ermordung des Journalisten Cetin Emec, der SHP-Politikerin Prof. Bayriye Üçok und des Journalisten Turan Dursun in diesem Jahr dürften auf das Konto dieser Geheimorganisation gehen.

Die Zeitschrift „Yuzyl“ berichtet, die Geheimorganisation sei außerdem verantwortlich für nicht aufgeklärte Massaker in Kurdistan, für Vergewaltigung von Frauen und Ermordung von Frauen und Kindern, die der PKK in die Schuhe geschoben worden seien, wie z.B. das Massaker in Sete 1989. Diese seien in Wirklichkeit von den Contra-Einheiten begangen worden. Die Contras operieren direkt unter der Regie des Generalstabs in Kurdistan.

Bereits 1984 hatte der Serxwebun-Verlag in einem Buch auf die Existenz dieser Geheimorganisation hingewiesen. Das Buch hieß: „Der Spezialkrieg in Kurdistan“.

Quelle: Kurdistan-Rundbrief 25/90 — (rül)

Azania: Jugendliche fliehen weiter

Die Flucht schwarzer Jugendlicher aus Südafrika geht weiter

Trotz der Reformen verlassen noch immer Hunderte von Jugendlichen Südafrika. Sie gehen in die benachbarten Länder, um dort eine militärische Ausbildung zu machen oder um dort zu studieren oder auch einfach, weil sie Zuflucht suchen vor der Gewalt, die in den townships herrscht. „Das Exil ist besser, als zu Hause zu verkommen oder wie ein Tier gejagt zu werden“, sagte Sibiso Ndebele, ein ANC-Funktionär in Natal. Die Jugendlichen mögen einen Erfolg der politischen Reformen für möglich halten, aber sie fürchten, vorher getötet zu werden.

Regierung und Vertreter der Vereinten Nationen in Swasiland sagten, daß allein in diesem Jahr Hunderte von Jugendlichen aus Südafrika gekommen seien. Die Jugendlichen kommen illegal in Gruppen von bis zu 60 Personen und ersuchen um Asyl. Viele von ihnen werden nach Zambia in Guerillacamps gebracht. Der Flüchtlingsstrom reicht wahrscheinlich jedoch weiter als Zambia oder Tanzania, die einzigen Frontstaaten, die in ihrem Land südafrikanische Guerillacamps zulassen. Botswana sagte, man habe in diesem Monat ein Lager der radikalen Black Consciousness Bewegung entdeckt und eine geheimgehaltene Anzahl von Leu-

ten inhaftiert.

Benny Ntoele, PAC-Funktionär in Johannesburg, sagte, man suche intensiv nach Schulplätzen für Anhänger, die zu Hause keine Möglichkeit haben zu studieren, und daß die militärische Ausbildung weitergehe. Mankahlana von SAYCO (South African Youth Congress), einer dem ANC nahestehenden Organisation, sagte, daß eine militärische Ausbildung notwendig sei trotz der zeitweiligen Einstellung der 30jährigen bewaffneten Kampagne seitens des ANC. Auch Chris Hauni, militärischer Leiter des ANC, sagte, daß Hunderte von Jugendlichen beantragt haben, sich seinen Guerillas anzuschließen. Aktivisten im Land äußern, daß die politischen Veränderungen dieses Jahres wenig dazu beigetragen haben, den Exodus der 1976 begann, einzudämmen. Chilame, der für den ANC im Nordtransvaal und in einem Verbindungskomitee mit der Regierung arbeitet, sagte, wenn Jugendliche aus seinem Gebiet ermutigt würden, das Land zu verlassen, würde er untersuchen, ob das im Interesse der Reformen sei. Der ANC organisiert derzeit die Rückkehr von mehr als 20 000 im Exil lebenden ANC-Mitgliedern.

Quellenhinweis: Sar. 31. 10. 90, zit. nach Azania-Nachrichten Nr. 12/90 — (rül)

Mumia Abu-Jamal droht die Hinrichtung

Am 2. Oktober lehnte der Oberste Gerichtshof der USA den Antrag seiner Verteidigung für ein Berufungsverfahren ab

Durch eine Entscheidung des Obersten US-Gerichtshofs am 2. Oktober 1990 ist die Möglichkeit der Hinrichtung des schwarzen Journalisten und ehemaligen Black Panther Mumia Abu-Jamal in bedrohliche Nähe gerückt. Mumia selbst schreibt dazu: „... Vor ein paar Stunden habe ich erfahren, daß das U.S. Supreme Court meinen Antrag auf ein Berufungsverfahren gestern abgelehnt hat — am ersten Tag nach der Rückkehr aus der Sommerpause. Das bedeutet, daß ich an der Schwelle zum Tode stehe — wo mich meine Feinde seit Jahren haben wollten. Es ist kein guter Platz, aber noch bin ich hier ...“

Der Berufungsantrag war mit nur einer Gegenstimme und ohne weitere Begründung abgelehnt worden.

Mumia Abu-Jamal ist der einzige der über 150 politischen Gefangenen in den USA, dessen Leben von der Todesstrafe bedroht ist. Sein Fall ist in mehrfacher Hinsicht ein Beispiel für die brutale staatliche Repression gegen den schwarzen Widerstand in den letzten 25 Jahren.

Mumia wuchs in den Ghettos der Großstadt Philadelphia auf und radikalisierte sich gegen Ende der 60er Jahre. Mit 16 Jahren wurde er Informationsminister der Black Panther Party in Philadelphia. 1972 ging er ins Panther-Hauptquartier nach Oakland in Kalifornien und arbeitete dort an der Black Panther Zeitung. Zu diesem Zeitpunkt waren die Black Panther schon lange Zielscheibe des staatlichen Aufstands- und Bekämpfungsprogramms COINTELPRO geworden. Im Zeitraum von 1968 bis 1974 wurden 30 Black Panther Aktivistinnen von Polizisten teils auf offener Straße, teils im Schlaf erschossen. Hunderte von Panthers und UnterstützerInnen des schwarzen Befreiungskampfes wurden mit Hilfe einer rassistischen Justiz in die Gefängnisse gebracht. Noch heute werden ca. 30 Black Panther mit lebenslangen Haftstrafen in den Knästen festgehalten, wie z.B. Geronimo Pratt, der seit 21 Jahren mit kurzen Unterbrechungen in Isohaft sitzt.

Mumia, der Anfang der 70er Jahre im Rahmen der Repressionsprogramme vom FBI im „Agitatoren-Index“ gespeichert wurde, wurde nach der Zerschlagung der Panther durch COINTELPRO zu einem nationalweit bekannten Radiojournalisten in Philadelphia. Aufgrund seiner kritischen und engagierten Berichterstattung wurde er auch von der bürgerlichen Presse als „Stimme der Umerdrückten“ bezeichnet. Zur Zielscheibe der staatlichen Repression wurde Mumia allerdings nicht nur durch sei-

ne Mitgliedschaft bei den Panthers. 1978 belagerte die Polizei von Philadelphia ein Haus der militanten Organisation MOVE, die seit 1971 in Philadelphias Ghettos alternative und autonome Lebensformen durchzusetzen versuchte. MOVE-Mitglieder — überwiegend schwarze Frauen und Männer, aber auch Weiße und Hispanics — lebten in Gemeinschaftshäusern, ernährten sich vegetarisch und bauten ihre eigenen Nahrungsmittel an, weigerten sich, ihre Kinder in staatliche Schulen zu schicken und traten offensiv für das Recht auf bewaffnete Selbstverteidigung gegen rassistische Polizeigriffe ein. Bei der Belagerung des MOVE-Hauses 1978 kam es zu einem Schußwechsel, bei dem ein Polizist getötet wurde. Nach der Räumung des Hauses wurden 10 MOVE-Mitglieder wegen angeblichen „gemeinschaftlichen Polizistenmordes“ zu 30 bis 100 Jahren Knast verurteilt. Mumia berichtete in seinen Reportagen über den Prozeß nicht nur die offizielle Version der Geschehnisse, sondern machte auch Interviews mit den MOVE-Gefangenen und dokumentierte die Folterungen der Polizei an den Gefangenen. Philadelphias damaliger Bürgermeister, Frank Rizzo, fühlte sich und seine Polizeimacht durch Mumias Berichterstattung derart bedroht, daß er öffentlich ankündigte: „Diese neue Ausgeburt von Journalismus muß um jeden Preis beseitigt werden“. Vernichtet werden sollte auch MOVE — und aus der Rhetorik des Bürgermeisters wurde im Mai 1985 mörderische Realität, als Philadelphias Polizei ein MOVE-Haus aus der Luft mit Phosphorbomben bewarf. 11 Menschen — darunter 5 Kinder — starben in dem Flammeninferno. Die einzige erwachsene Überlebende, Ramona Africa, wurde zu 7 Jahren Knast wegen „Aufwiegelung zum Widerstand“ verurteilt.

Philadelphias Polizei intensivierte nach der Drohung von Frank Rizzo die Observation und Schikanen gegen Mumia. Trotzdem wurde er 1980 zum Präsidenten der schwarzen Journalistenvereinigung in Philadelphia gewählt. Philadelphias Polizeikräfte, die für ihre rassistische Brutalität U.S.-weit bekannt sind — alleine zwischen 1971 und 1981 wurden in der Stadt 300 schwarze Männer von Polizisten auf offener Straße erschossen, weitere 700 durch Polizeikugeln verletzt — warteten nicht lange, um den Befehl des Bürgermeisters in die Tat umzusetzen. Während einer nächtlichen Razzia gegen Schwarze mit Dreadlocks wurde Mumias Bruder aufgrund eines angeblichen Verkehrsverstoßes festge-

nommen. Mumia, der zufällig in einem Taxi vorbeifuhr, stieg aus, um seinem Bruder zu helfen. Mumias nächste Erinnerung ist, daß er mit einer lebensgefährlichen Bauchschußverletzung am Straßenrand lag. Darüber hinaus lag ein toter Polizist auf der Straße. Nachdem die Polizisten Mumias Identität festgestellt hatten, stand die offizielle Version fest, daß nur er den Polizisten umgebracht haben konnte. Mumia und seine AnwälteInnen gehen davon aus, daß die Festnahme seines Bruders eigentlich schon Mumia selber gegolten habe, und daß der Polizist durch die Schüsse eines Kollegen getötet wurde.

Der anschließende Prozeß gegen Mumia wurde vom Richter und Staatsanwalt in einen Schauprozeß gegen den schwarzen Widerstand umgewandelt. Mumias Wahlverteidiger wurde abgelehnt, die Geschworenengjury setzte sich aus 10 Weißen und einem schwarzen Geschworenen zusammen. EntlastungszeugInnen der Verteidigung wurden nicht zugelassen, und Sonia Sanchez, eine bekannte schwarze Schriftstellerin, die zugunsten Mumias aussagte, wurde vom Staatsanwalt als „Terroristenfreundin“ beschimpft.

Bis heute hat die Staatsanwaltschaft noch nicht einmal eine angebliche Tatwaffe als Beweismittel gegen Mumia präsentiert. Stattdessen befragte der Staatsanwalt Mumia zu politischen Erklärungen, die dieser während seiner immerhin fast 10 Jahre zurückliegenden Mitgliedschaft bei den Black Panthers gemacht hatte, um Mumia dann als „potentiellen Polizistenmörder, der seit Jahren nur auf eine Gelegenheit zum Mord gewartet habe“, zu bezeichnen. Auf Polizistenmord steht in Pennsylvania automatisch die Todesstrafe. Trotzdem behauptete der Staatsanwalt gegenüber den Geschworenen, daß sie Mumia ruhigen Gewissens „schuldig“ sprechen könnten, da er „eine Berufungsmöglichkeit nach der anderen“ haben würde und daher niemals tatsächlich hingerichtet würde. Die Geschworenen folgten der Argumentation des Staatsanwalts, und Richter Albert Sabo — bekannt als der „Henker von Philadelphia“ aufgrund der 25 Todesurteile, die er in 15 Jahren Amtszeit ausgesprochen hat — verhängte die Todesstrafe.

Seit jetzt mehr als 9 Jahren befindet sich Mumia im Todestrakt des Hochsicherheitsgefängnisses von Huntingdon, einer Kleinstadt im ländlichen Pennsylvania. Hier werden ca. 1500 Gefangene, vor allem schwarze Männer aus den Großstädten Philadelphia und Pitts-

burgh festgehalten. Die Stadt wird vom faschistischen Ku-Klux-Klan kontrolliert, der öffentlich verbreitet, daß „in Huntingdon nichts ohne die Zustimmung des Klan geschehen kann“. Auch die Mehrheit der Schließer sind im Ku-Klux-Klan organisiert und für ihre Brutalität gegen die Gefangenen bekannt. Im Knast von Huntingdon befindet sich auch der größte Todestrakt im Bundesstaat Pennsylvania mit 68 Gefangenen.

Todestrakt bedeutet Isohaft: 22 Stunden täglich Einschluss in der Zelle, Hofgang nur in einem speziellen Gitterkäfig sowie Anwaltsbesuche und Besuche von Angehörigen nur mit Trennscheibe und optischer Überwachung, wobei der Gefangene während des gesamten Besuchs mit Handschellen gefesselt ist und vor und nach dem Besuch Körperdurchsuchungen unterworfen wird.

Für Mumia sind diese Haftbedingungen noch zusätzlich verschärft worden, weil er sich weigert, seine Dreadlocks, die seine Identität als African American und als MOVE-Mitglied symbolisieren, abzuschneiden. Er darf kein Radio- oder Fernsehgerät haben, seine Post wird zensuriert, die regulären zweimonatlichen Telefongespräche mit der Familie sind gestrichen, JournalistInnen erhalten keine Interviewerlaubnisse mehr, er darf nur Bücher mit religiösen oder juristischen Inhalten erhalten, und Besuchserlaubnisse werden willkürlich entzogen oder erteilt. Bis heute sind alle seine Anträge auf einen Berufungsprozeß abgelehnt worden. Der Antrag vor dem Supreme Court war Mumias letzte direkte Berufungsmöglichkeit. Seine AnwälteInnen haben angekündigt, noch einmal einen Antrag beim Supreme Court auf ein neues Verfahren zu stellen in der Hoffnung, Zeit für einen Revisionsantrag vor einem niedrigeren Gericht in Pennsylvania zu gewinnen. Allerdings schätzen die AnwälteInnen die Möglichkeiten, Mumias Hinrichtungen auf juristischem Weg zu verhindern, eher pessimistisch ein. In Pennsylvania werden alle Richter in allgemeinen Wahlen für eine 10-jährige Amtszeit gewählt. Das bedeutet de facto, daß sie genauso wie z.B. der Gouverneur von Pennsylvania auf die Unterstützung der einflussreichen Polizeigewerkschaft angewiesen sind. Deren Vorsitzender hat im Sommer dieses Jahres bei einer Kundgebung Mumias sofortige Hinrichtung gefordert. Die letztendliche Entscheidung über die Hinrichtung liegt bei Gouverneur Robert Casey, der sich noch nicht öffentlich zu Mumias Fall geäußert hat. Casey hat in den letzten 4 Monaten 9 Hinrich-

tungsbefehle unterschrieben, und die erste Hinrichtung in Pennsylvania seit 1962 ist für Dezember dieses Jahres anberaumt worden. Damit liegt Pennsylvania im allgemeinen „law and order“ Trend, der in allen Bundesstaaten im letzten Jahr zu vermehrten Hinrichtungen geführt hat. Insgesamt befinden sich in den U.S. Todestrakten 2347 Gefangene, die zu über 50 % Schwarze sind.

Eine breite, internationale Solidaritätskampagne mit Mumia hat dazu geführt, daß inzwischen über 30000 Petitionen mit der Forderung nach Mumias sofortiger Freilassung oder zumindest der Aufhebung der Todesstrafe gegen ihn beim Gouverneur eingegangen sind. Diese Kampagne soll in den nächsten Monaten international eskaliert werden, um Mumias Hinrichtung zu verhindern, indem ausreichender öffentlicher Druck auf den Gouverneur ausgeübt werden soll. — (H.K.; Bilder: AGIPA-Press)

Informationen und Petitionen zu Mumias Fall sind bei AGIPA-Press, Eichenbergerstr. 53, 2800 Bremen 1, Tel. 0421-35 4029 erhältlich.

Mumia freut sich über Post (er kann auch Photos und Kopien bekommen): Mumia Abu Jamal AM-8335 Huntingdon SCI Drawer R Huntingdon, PA 16652 USA

Telegramme und Briefe an: Gouverneur Robert Casey Main Capitol Building Room 225 Harrisburg, PA 17120 USA



Mumia Abu-Jamal mit seinem Sohn

Menschenrechtskonferenz in den USA

Vom 7. bis 10. Dezember 1990 wird in New York eine internationale Menschenrechtskonferenz stattfinden. Es soll ein Tribunal werden, das sich in der Tradition der Russell-Tribunale in den 70er Jahren versteht. Den inhaltlichen Schwerpunkt stellt die Situation der politischen Gefangenen in den USA dar (und zwar indianische, schwarze, mexikanische, puertorikanische und weiße antiimperialistische politische Gefangene sowie einige Gefangene aus europäischen Nationalitäten, die dort in den USA inhaftiert sind). Das Tribunal selbst basiert auf Symposien, die es hierzu bereits gab bzw. geben wird, wie eines in Manhattan am 28. April 1990, an dem mehr als 300 Menschen teilnahmen, eines in New York am 28. Juli 1990, das sich hauptsächlich mit „religiösen Führern“ der verschiedensten Konfessionen befaßte (anwesend waren 45 „religiöse Führer“), und eines, das am 24. Oktober stattfand. Letzteres war eine literarische Sitzung in Solidarität mit den politischen Gefangenen, zu der Schriftsteller aus der 3. Welt und aus Nordamerika geladen waren. Die Ergebnisse dieser Symposien sollen gedruckt und veröffentlicht werden und so z.B. von Lehrern und Professoren im Unterricht und von Menschenrechtsorganisationen anderweitig verwendet werden.

Den Abschluß soll nun das oben erwähnte Tribunal bilden, das wiederum

in verschiedene Phasen auf gegliedert ist, zuerst Definition „politischer Gefangener“, dann Menschenrechtsverletzungen gegen politische Gefangene in den USA und deren Haftsituation. Das Tribunal findet in New York im Hunter College vom 7. bis 10. Dezember statt, wobei am letzten Tag, dem internationalen Menschenrechtstag, eine Pressekonferenz stattfinden wird. Die Ergebnisse des Tribunals sollen in eine dynamische Kampagne zur Freilassung aller politischen Gefangenen münden. Sie werden gedruckt und Mitgliedern des US-Senats und des Repräsentantenhauses sowie der UNO und deren Menschenrechtsorganisationen und der Presse gegeben. Sie sollen ferner als Arbeitsbasis für die UNO-Menschenrechtskommission in Genf, die Menschenrechtskommission der Organisation Amerikanischer Staaten und die internationale Menschenrechtskonferenz in Moskau 1991 dienen. Letztendlich soll alles in Buchform veröffentlicht werden. Die Info-Büros in der BRD und andere Interessierte sind herzlich zur Teilnahme eingeladen, für Unterkunft wird gesorgt.

Interessierte wenden sich an den Koordinator:

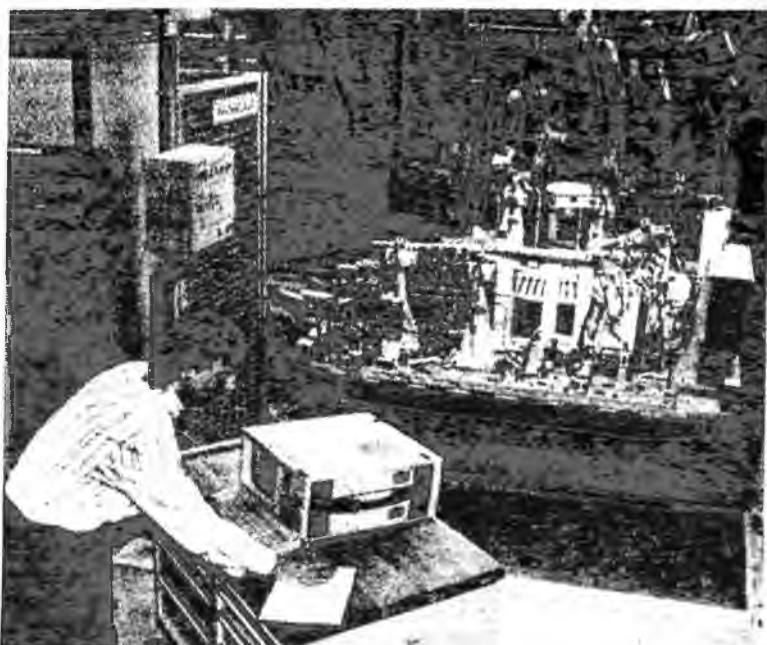
Dr. Louis Niever Falcon
Human Rights Conference
24 East 116th Street
New York, NY 10029
Telefax: 212-860-4101
Tel. 212-860-4101



Bremen: Demonstration am 11. November 1989



Komponenten (im Bild Kotflügel von Motorrädern) werden von BMW immer häufiger an Zulieferer zum Fertigen gegeben.



Bei BMW bleiben insbesondere sehr kapitalintensive Fertigungen. Das Bild zeigt Arbeiten im Werk Regensburg.

Lage der Zulieferindustrie

Der BMW-Konzern will die Fertigungstiefe senken

Das Ziel von BMW ist es, die Fertigungstiefe bis 1995 um ca. 13 % zu senken. Das bedeutet, daß immer weniger Teile in Eigenfertigung produziert werden. Die Aufträge sollen nur noch an zwei Zulieferer vergeben werden, wobei die Verträge mit festgeschriebenen Preissenkungen abgeschlossen, die Wareneingangskontrolle zum Zulieferer verlegt wird, und BMW natürlich auch den Preis selbst bestimmt. Damit sind die Zulieferer von einzelnen Werken abhängig und können nahezu beliebig gedrückt werden, geliefert wird im Just-in-time-Prinzip.

Bei BMW wird zunehmend personalintensive Eigenproduktion abgebaut. So laufen bestimmte Teile nur noch im Versuch bis zur Serienreife und werden dann zur Produktion an Zulieferer vergeben. Damit soll für die Zukunft erreicht werden, daß bei den Herstellern eine privilegierte Stammebelegschaft bleibt und die Arbeitsplatzrisiken auf die Zulieferer abgewälzt werden.

Weil die Rationalisierung von Fertigung, Lagerhaltung und Einkauf von den Herstellern konsequent vorangetrieben wird, sind die Zulieferer zur Anpassung gezwungen und trimmen die eigene Fertigung auf einen Höchststand an Automation und Flexibilisierung. Bei Bosch ist die Fertigung von Kleinteilen derart effizient, daß kein Billigangebot aus Fernost mithalten kann.

Ausländische Zulieferer haben die Qualität ihrer Produkte wesentlich verbessert und können teilweise ihre Währungs- und Kostenvorteile gegenüber deutschen Zulieferern ausspielen. Durch Einkaufsbüros der Hersteller in der ganzen Welt sichert man sich jederzeit den Zugriff zu solchen Zulieferern und kann natürlich damit das internationale Angebot optimal nutzen. Die Zulie-

ferer bauen ihrerseits ein System von Sublieferanten auf und operieren längst international.

Die Hersteller vergeben zunehmend Versuchs- und Entwicklungsaufträge. In Zukunft wird es nicht mehr so sein, daß ein Werk zahllose Einzelteile bezieht, sondern es werden nur noch vormontierte einbaufertige Baugruppen, wie Türenverkleidung samt Fensterheber, komplette Armaturentafeln oder Getriebe geordert. Die Zahnradfabrik z.B. hat einen Auftrag erhalten, ein komplettes Getriebe zu entwickeln. Der Zulieferer, der sich als Systemführer einer Baugruppe empfiehlt, gewinnt doppelt: Er erhöht seine Wertschöpfung und sichert seinen Absatz. Die Lieferung erfolgt im Just-in-time Prinzip. Dies hat zur Folge, daß nur kapitalkräftige Zulieferer, die sich den enormen Aufwand für Forschung und Entwicklung, sowie modernste Fertigungstechniken leisten können, überleben, 8-10 % werden erforderlich sein.

Der Vorsprung in der Technologie hat für einen Zulieferer einen immer höheren Preis, denn die Modell-Zyklen werden immer kürzer, die Chance, über große Stückzahlen den Aufwand hereinzuholen, verringert sich. Zulieferer mit einem Aufwand von 1-3 % vom Umsatz für Forschung und Entwicklung werden nicht überleben, 8-10 % werden erforderlich sein.

Große Konzerne wie Thyssen, Bayer, BASF oder Siemens bauen ihre Position aus. Siemens hat in Regensburg sieben Motorenprüfstände und eine rechnergesteuerte Fertigungshalle für Autoelektronik eingerichtet. Kooperationen deutscher Konzerne mit ausländischen Zulieferern sind bereits perfekt, weitere sind geplant, um die internationale Präsenz und damit auch die Absatzmärkte zu sichern.

EG-Binnenmarkt und der Konkurrenzkampf in der Automobilindustrie

Dokumentiert: Beiträge gegen den Binnenmarkt der Europäischen Gemeinschaft

Im Rahmen des antiimperialistischen Kongresses hatte sich bei BMW eine Arbeitsgruppe gebildet, um eine Veranstaltung gegen den EG-Binnenmarkt vorzubereiten, bei der das Interesse der BMW AG an der EG geklärt werden sollte. Insgesamt wurden drei Punkte für diese Veranstaltung vorbereitet. Es stellte sich heraus, daß die Debatte in der Arbeitsgruppe über die Themen stärker war als erwartet

und daß eine Vereinheitlichung nicht zustande kam. Damit schien eine gemeinsame Veranstaltung in der geplanten Weise nicht durchführbar. Die folgenden geplanten Redebeiträge geben daher nur die Meinung der einzelnen Autoren wieder. Der Beitrag über den Zusammenhang von EG, Drittes Reich und einem Großkonzern wie BMW folgt in einer der nächsten Ausgaben dieser Zeitung. — (mm)

Bis 1990 soll es eine weltweite Produktionskapazität von 47 bis 51 Millionen Autos geben. Die Nachfrage beträgt aber nur ca. 42 Millionen Autos. Die Überkapazität von neun Millionen Autos — davon etwa sechs Millionen in den USA und rund zwei Millionen in der EG — werden den schon seit den 80er Jahren verschärften Konkurrenzkampf noch weiter zuspitzen. Abgesehen von der Sowjetunion sind alle führenden imperialistischen Länder Autoproduzenten. Es zeichnen sich drei Blöcke in der Automobilindustrie mit drei Schwerpunktmarkten ab: Japan mit dem asiatischen Raum, die USA und Europa. Europa ist der größte Produzent mit dem größten Markt, denn ca. 40 % der Autos werden in der EG gebaut. Die sich insgesamt ungleichmäßig entwickelnden imperialistischen Blöcke führen zur wirtschaftlichen und machtpolitischen Verschiebung, die sich auch im Konkurrenzkampf der Automobilkonzerne widerspiegelt: Japan und insbesondere Deutschland aufsteigend, die USA absteigend. Zwischen den drei Blöcken gibt es erhebliche Unterschiede in den Wachstumsraten und in den gegenseitigen Exportquoten.

Der EG-Binnenmarkt soll die Ausgangsposition in diesem Kampf verbessern. Einerseits kann der Markt abgeschottet werden, andererseits sind die besseren Möglichkeiten in ihm das Sprungbrett für die Eroberung des Weltmarktes. Über diese beiden Richtungen läuft seit längerem ein Streit zwischen Italien und Frankreich einerseits und Deutschland andererseits.

Trotz des schon verschärften Konkurrenzkampfes in den 80er Jahren, gehören die Automobilkonzerne zu den stärksten und profitabelsten Konzernen der Welt. Nach Ermittlungen der IGM lagen die Gewinne der deutschen Konzerne 1987 um 255 % höher als 1980. Viele nur auf Autoproduktion beschränkte Konzerne steckten einen Teil ihrer Profite in andere Bereiche, insbesondere in die Rüstung. Die Ursachen dieser enormen Gewinnsteigerung liegen einerseits in einer rasanten Produktionssteigerung durch Roboter- und Computertechnik und andererseits in der damit verbundenen verschärften Ausbeutungsoffensive. Lt. Gewerkschafter 1/90 sind seit 1979 400.000 Automobilarbeitsplätze in Westeuropa vernichtet worden, vor allem in Italien, Frankreich und England. Der verschärfte Konkurrenzkampf wird auf dem Rücken der Beschäftigten ausgetragen. In immer kürzerer Zeit muß sich das investierte Kapital rentieren, gleichzeitig wachsen die Investitionen für neue Anlagen und Modelle aufgrund der rasanten technischen Entwicklung in immer größere Dimensionen. Von 1987-89 investierten allein die fünf größten Konzerne 24 Mrd. DM. Nach „Ludvigsen-Report“ der EG-Kommission stieg der Umsatz pro Beschäftigten in den EG-Autokonzernen von 1982-87 um 85 %. Für die 90er Jahre sind noch größere Wachstumsraten geplant. Weitere Flexibilisierung und Lohnabbau wird die Folge sein! Ferner: Rationalisierung durch den weiteren Einsatz von Computern und Robotern, Verringerung der Fertigungstiefe, andere Arbeitsorganisation und Durchforsten der Facharbeiterabteilungen, Ausdehnung der Maschinenlaufzeiten und schleichernder und offener Lohnabbau. Der verschärfte Konkurrenzkampf drückt sich auch in Aufkäufen, Kartellabsprachen, strategischen Allianzen und Kapitalverflechtungen aus.

Wer im Konkurrenzkampf den Hauptgewinn kassieren will, muß mit den neuen Modellen der erste sein. Immer neuere Anlagen werden gebraucht, die aber immer schneller veralten. Riesige Kapitalsummen müssen in kürzester Zeit verwertet werden. Dies erfordert größere Stückzahlen und erhöhte Kapazitäten. Dieser Tanz treibt die Autoindustrie in die nächste Überproduktionskrise hinein. In der BRD ist jeder sechste

Arbeitsplatz vom Auto abhängig. So zeichnete sich auch die Weltwirtschaftskrise Anfang der 80er Jahre ab, als die Automobilindustrie in Absatzschwierigkeiten geriet. Von der damaligen Überproduktionskrise waren die westdeutschen Autokonzerne nicht so sehr betroffen, da Daimler, BMW und Audi teure Autos bauen. Deren Käuferschichten waren von der Wirtschaftskrise weit weniger betroffen, als die Arbeiter, potentielle Käufer der Kleinwagen. In den letzten Jahren hat sich aber die Situation verändert. Auch im Bereich der teuren Modelle werden in einem harten Konkurrenzkampf neue Kapazitäten aufgebaut. Gleichzeitig drängen andere Autokonzerne in diesen Bereich, da sie sich dort höhere Gewinne versprechen. Vor allem in den USA tobt bei den Luxusautos ein enormer Kampf. Selbst BMW hat die Preise in den USA bis zu 500 Dollar gesenkt. Obwohl der Absatzrückgang in den USA durch eine Offensive in den westeuropäischen Ländern und in Japan wieder ausgeglichen wurde, hat der US-Markt für BMW eine Vorreiterrolle. Neben der Globalisierung der Verkäufe hat BMW den Kampf um den US-Markt als „Labor für die Welt“ eingeschätzt. Die „Vorbereitung auf den härtesten Wettbewerb“, so Kuenheim auf der Aktionärsversammlung am 31.4.90, läßt für die BMW-Beschäftigten nichts Gutes erwarten. Lagen die jährlichen Investitionen bei BMW gegen Ende der 70er Jahre bei 800 Millionen DM, so stiegen sie in den 80er Jahren auf 2 Mrd. DM an. Lt. Capital 9/88 gibt es keinen Autokonzern, der so wenig Kapital — bezogen auf seinen Umsatz — durch Lagerhaltung oder Kredite bindet, wie BMW. Auch hinsichtlich der Flexibilisierung der Arbeitszeiten („Regensburger Arbeitszeiten“) und der Einbindung in die just-in-time der Zulieferer ist BMW ein Vorreiter.

Die Entwicklung im Ostblock eröffnet neue Absatzmöglichkeiten. Schätzungsweise wird sich die Automobilproduktion in Osteuropa bis zum Jahr 2000 von 3,0 auf 5,7 Millionen Einheiten fast verdoppeln. Die westdeutschen Autokonzerne haben bei der Erschließung dieses Marktes die Nase vorn. Ihre auf Grundlage modernster Anlagen konzipierten

Werke dort werden die Überkapazitäten weiter steigern, weil ein Teil der Produktion in die Schlacht um andere Märkte geworfen wird. Auch wenn teure Autos in Osteuropa nicht in Mengen verkauft werden, verspricht sich BMW eine „Sogwirkung“, weil der Gebrauchtwagenmarkt von „Ostlern“ leer gefegt ist. Der Bedarf in Osteuropa kann zwar eine neue Überproduktion hinauszögern, aber nicht verhindern. In einer neuen Krise werden die Auto-Konzerne noch stärker betroffen sein. Für die USA erwarten Beobachter, daß bis 1992 von 81 Montagewerken 15 schließen müssen. Nach Industriemagazin 4/90 sei eine zweite Chrysler-Sanierung nach dem Muster der 80er Jahre ausgeschlossen. Was in den letzten 15 Jahren die Stahlindustrie erschüttert hat, wird jetzt auf die Automobilarbeiter zukommen. Praktisch herrschen schon bei allen westdeutschen Automobilherstellern seit zwei bis drei Jahren Einstellungsstopp und Kostensenkungsprogramme.

Wir Anti-Imperialisten haben die Aufgabe, in dieser Auseinandersetzung die politischen Zusammenhänge zum EG-Binnenmarkt herzustellen, so daß die Automobilarbeiter zu einer führenden Kraft im Kampf gegen eine europäische Supermacht unter deutscher Führung werden. Im Geschäftsbericht von BMW heißt es dazu unter „Aufwind für Europa“: „Die ... Welt hat sich seit Herbst 89 verändert. Alle Thesen, wonach sich die Zentren des wirtschaftlichen Geschehens von Europa über Amerika in den pazifischen Raum verschoben, sind überholt.“ ... „Die europäische Industrie hatte frühzeitig die Vision eines politisch und wirtschaftlich vereinten Europas entwickelt und sich mit wachsender Dynamik auf diesen größten Markt der Welt vorbereitet.“ Über die Rolle des vereinten Deutschlands heißt es: „... Seine zentrale Lage verleiht ihm eine besondere Verantwortung für das Zusammenwachsen Westeuropas mit den Ländern des früheren Ostblocks. Eingebettet in die Partnerschaft Amerikas eröffnet sich für Europa die Chance, eine prägende Stellung in der Welt weit über die Jahrtausendwende hinaus zu behalten.“ Das ist — schön verpackt — der dritte Anlauf zur Eroberung der Welt!

Wirtschaft aus erster Hand

manager



MANAGEMENT

Hilfe,
die Helfer

KAPITALMÄRKTE

Der tiefe
Sturz der

FAKTE

Zerwürnis
für die

Die Wirtschaftszeitungen sagen in den letzten Monaten immer häufiger eine Krise der Automobilindustrie voraus.

Kurdistan Solidaritätstage

Die Nachrichtensperre wurde durchbrochen

Bielefeld. Mit den insgesamt acht Veranstaltungen haben die beteiligten Gruppen ihr Ziel — Information von möglichst vielen Menschen über die Lage in Kurdistan und die Rolle der BRD zu verbreiten — weitgehend erreicht. Die Nachrichtensperre wurde durchbrochen. In zwei Artikeln berichtete die größte Tageszeitung „Neue Westfälische Zeitung“ über die Veranstaltungen mit Hella Schlumberger (siehe unten) und Claudia Roth, MdE, Die Grünen. Unter der Überschrift „Menschenrechte gelten nicht mehr“ und „Das kurdische Volk vor dem Exodus“ wurden die Referentinnen wörtlich zitiert. Über eine Pressekonferenz des Kurdistan-Zentrums wurde ebenfalls objektiv berichtet, ohne die Aussagen der Vertreter des Kurdistan-Zentrums zu verfälschen. Die antifaschistische, grün-alternative Stadtteilzeitung „Schlag nach“, die in einer Auflage von 20000 vertrieben wird, bot dem Kurdistan-Zentrum zum ersten Mal die Gestaltung einer ganzen Seite an.

Der organisatorische Zusammenhang zwischen den Leuten, die sich in Bielefeld um das Thema kümmern, wurde verbessert. Es bildete sich ein Koordinationsausschuß, der ein- oder zweimal die Woche Vor- und Nachbereitungsgespräche durchführte. Ihm gehören Leute von den Grünen, SJD — die Falken, Kurdistan-Zentrum, Autonome Nahostgruppe, Volksfront, VSP, BWK, und Rote Hilfe an. DIDF, Bielefeld, und EKIM waren ebenfalls meistens anwesend. Sie unterstützen die Aktionen und riefen in ihren eigenen Publikationen zusätzlich auf. DIDF, EKIM und die Ortsgruppe der BRNK machten zusammen ein Flugblatt zur Lage der Menschenrechte in Nordwest-Kurdistan.

Es ist nicht gelungen, die DKP und den Flüchtlingsrat zur Unterstützung zu gewinnen. Die DKP reagierte gar nicht. Noch immer bezeichnen sozialdemokra-

tische Mitglieder im Flüchtlingsrat die PKK als „terroristisch“. Grüne Mitglieder des Flüchtlingsrates haben da ebenfalls noch Probleme, bezeichneten aber die um die Veranstaltungen herum geführten Gespräche als nützlich. Auf verschiedenen Versammlungen und Sitzungen, z.B. beim Kreisvorstand der Grünen oder der VSP, sowie bei den Falken, erhielten Leute vom Kurdistan-Zentrum die Möglichkeit, zu sprechen und zu diskutieren.

Die Veranstaltungen waren unterschiedlich besucht. 200 Leute, darunter viele Kurdinnen und Kurden, waren bei der Veranstaltung des Kurdistan-Zentrums, 100 bei der Veranstaltung der Grünen mit C. Roth und Medico International; nur 30 waren bei der Veranstaltung zum Düsseldorfer Prozeß. Die wenigsten westdeutschen Besucher waren bei der Veranstaltung zur drohenden Vollstreckung der Todesurteile in der Türkei, auf der der Türkei-Verantwortliche von amnesty international sprach.

Bei den zahllosen Gesprächen und auf den Veranstaltungen äußerten viele den Wunsch, die als Abschluß der Kurdistan-Tage geplante Demonstration „Gegen den imperialistischen Krieg im Nahen Osten“ mit Schwerpunkt auf die Solidarität mit dem Befreiungskampf des palästinensischen und kurdischen Volk durchzuführen. Diese Demonstration findet jetzt am Samstag, den 8.12. statt. Der Demonstrationsaufzug enthält auch die Forderungen: „Schluß mit dem Krieg gegen das kurdische Volk! Stop der Militärhilfe an die Türkei! Wehrpflichtige, verweigern den Kriegsdienst! Einstellung der I29a Verfahren gegen Kurdinnen und Kurden in der BRD! Freilassung!“ Es rufen u.a. auf: Die Grünen, ERNK, EKIM, DIDF-Bielefeld, Radikale Linke, Ausschuß für Internationales an der kirchlichen Hochschule Bethel. — (stb)

Demonstration zum Jahrestag von Conny's Tod

Göttingen. 8000 haben nach Angaben des Jusi-Antifa-Plenums am 17.11. in Göttingen zum Jahrestag des Todes von Conny demonstriert. Die Demonstration forderte die Wiederaufnahme des Verfahrens, die Auflösung des Zivilen Streifenkommandos der Polizei, die Einstellung aller Verfahren gegen Antifaschisten. Über Göttingen war ein Ausnahmezustand verhängt, wie er in den letzten 20 Jahren ohne Beispiel ist. Den Autonomen wurde „Tötungsbereitschaft“ vorhergesagt. Den Schulen wurde freigestellt, schulfrei zu geben, Geschäfte vernagelten die Scheiben, die Bevölkerung wurde aufgerufen, die Innenstadt zu meiden. Die Demonstration gestaltete sich durch mehrere Reihen Polizei rechts und links mehr zum Gefangenentransport. Trotzdem nahmen viele teil, eine Isolierung der autonomen Antifaschisten gelang nicht. — (kek)

US-KdV-Organisationen wenden sich an GIs

Stuttgart. Das „Military Counseling Network“ hat sich zusammen mit der DFG/VK mit einem Flugblatt „You have the Right to leave the Army“ an die US-Truppen gewandt. Das Flugblatt regt die GIs zum Nachdenken an und erläutert die Rechtslage: „Ein Krieg braut sich im Persischen Golf zusammen. Viele der Szenarien, die Du geübt hast, werden Wirklichkeit. ... Vielleicht denkst Du das erste Mal in Deinem Leben darüber nach, jemanden aktuell töten zu müssen. Vielleicht stellst Du dir folgende Fragen: Kann ich einen anderen Menschen umbringen, nur weil er zum ‚Feind‘ erklärt worden ist? Kann ich Befehlen Folgen leisten, auf zivile Ziele wie Schulen, Krankenhäuser oder Ölförderanlagen zu schießen? Kann ich an einem Konflikt teilnehmen, der vielleicht durch den Gebrauch von chemischen und/oder Atomwaffen dazu führt, daß Tausende, wenn nicht Millionen von Menschen getötet werden?“ (eig. Übers.) — (zem)

Kritik an Informationspflicht des neuen Ausländergesetzes

Hamburg. Der Hamburger Datenschutzbeauftragte hat Kritik an den Bestimmungen des neuen Ausländergesetzes geübt. Die ausländischen Mitbürger seien auf den Schutz ihrer persönlichen Daten besonders angewiesen, weil ihre „Lebensplanung“ in hohem Maße davon abhängt, welche Informationen die Verwaltung über sie erhält. Insbesondere kritisierte er, „daß alle öffentlichen Stellen auf eigene Initiative die Ausländerbehörde unterrichten müssen, wenn sie von einem möglichen Ausweisungsgrund erfahren“. Der Arbeitskreis Kinder- und Jugendarbeit forderte inzwischen eine Dienstabweisung, die die öffentlichen Stellen von der Informationsverpflichtung entbindet. — (scc)

Golfkriegsvorbereitungen in Baden-Württemberg

Stuttgart. Seit zwei Monaten laufen in der I. Luftlandedivision (LLDiv) verschiedene Vorbereitungen für den Kriegseinsatz im Irak. Die I. LLDiv umfaßt die Luftlandebrigaden (LLBrig) in Calw, Nagold, Saarlouis, Leebach, Merzig, Iserlohn, Wildeshausen. In Sanitätskursen werden ausführlich die Folgen des Einsatzes chemischer Waffen behandelt, die mit Unterstützung zahlreicher BRD-Firmen hergestellt werden. Da den Giftgasgranaten Blausäure beigemischt wird, welche die Atemschutzmaske zerfrisst, gibt es für die Soldaten keine Überlebenschance. Ihnen wird beiläufig empfohlen, sich in einem solchen Fall sofort die Kugel zu geben. Teile der Fallschirmjägerbataillone (die sog. Key-Companies) werden Anfang Januar 1991 zu einem Großmanöver in die Türkei verlegt. Bei einem Krieg im Grenzgebiet des Irak ist im nachhinein schwer festzustellen, ob die Bundeswehrseinheiten sich noch im Rahmen des vom GG gezogenen Aktionsradius bewegt haben oder nicht. Teile des Fallschirmspringerkaders sind geradezu geil auf einen Einsatz im Golfgebiet. Sie stellen sich die Sache als kurzes Abenteuer vor und glauben, den irakischen Truppen bzgl. der technischen Ausrüstung und dem Ausbildungsstand haushoch überlegen zu sein und einen entzweiten Erstschieß landen zu können. Gegenteilig die Stimmung bei den W12ern, die fürchten, in einen Kriegseinsatz am Golf — v.a. nach dem UN-Sicherheitsbeschluß vom 29.11. — hineingezogen zu werden. Es kommt deshalb vereinzelt zu Kriegsdienstverweigerungen und zur Verweigerung von Springerübungen, um nicht kriegseinsatzfähig zu werden. — (sim)



Stuttgart. „Er wird für die Wüste geimpft“ und „Fußlahm in den Golfkrieg“ schreibt die Stuttgarter Zeitung am 22.11.90 unter diese Bilder. Es folgt eine fast lustige Darstellung, wie Soldaten Testamente erstellen, Lebensversicherungen abschließen usw. Die Kriegsvorbereitungen werden derzeit in den bürgerlichen Blättern als normal, der Krieg selbst als notwendig und als Abenteuer geschildert. — (evv)

Skin-Terror in Burgdorf, reaktionäre Rechnung scheiterte

Burgdorf. Seit Monaten randalieren Skin-Head-Banden in Burgdorf und greifen vorzugsweise auf Festen Linke und Ausländer an. Ein weiteres Ziel war das Jugendzentrum, wo sie gerade bei Rock-Konzerten Besucher terrorisierten. Bei einem der letzten Konzerte wurden die Skins verprügelt. Die Stadtverwaltung verbot bis auf weiteres Rock-Konzerte im Haus der Jugend. Daraufhin wurde von verschiedenen antifaschistischen Initiativen eine Demonstration in Burgdorf gegen den Skin-Head-Terror und für eine selbstbestimmte Jugendarbeit organisiert. Die Demonstration wurde ein großer Erfolg, die von den konservativen Kräften gewünschten Auseinandersetzungen blieben aus. Die Stadtverwaltung bot daraufhin Gespräche mit dem Ziel der Wiederaufnahme der Rockkonzerte an. — (a,b,c)

Alternativer Juristentag: Kritik der Freiheitsstrafe

Hannover. 250 Teilnehmer des Alternativen Juristentages, u.a. von der AG Sozialdemokratischer Juristen, dem Republikanischen Anwältenverein, der AG Demokratie und Recht der Grünen, der Humanistischen Union organisiert, kritisierten in einer fast einmütig verabschiedeten Resolution die Freiheitsstrafe als „weder legitimierbare noch geeignete Reaktion auf strafbares Verhalten“. Da sie Menschen zerstöre, müsse sie abgeschafft werden. Als ersten Schritt dahin forderten sie Abschaffung der lebenslänglichen Freiheitsstrafe, der Sicherheitsverwahrung, Schließung aller Isolierstationen und -trakte, Wegfall der Mindeststrafen und mehr Möglichkeiten für Bewährungsstrafen. — (scc)



Gleiche Rechte — Wahlrecht

Aktionen gegen rassistischen Wahlkampf

Berlin. Am 1. Dezember demonstrieren rund 1500 Menschen gegen die rassistische Wahlkampagne, für gleiche Rechte, einschließlich Wahlrecht und gegen das Ausländergesetz. Ein Bündnis antifaschistischer Gruppen und Ausländerorganisationen hatte aufgerufen. Erneut richtete sich der polizeiliche Einsatz auf Provokationen (Spazier, ständiges Fotografieren, Versuche einzelne Leute aus den Reihen zu holen). Das geschlossene Vorgehen der Demonstration verhinderte, daß Innensenator Pätzold erneut mit Knüppelorgien sein Buhlen um rechte Wähler fortsetzen konnte. Bei mehreren Kundgebungen in Kreuzberg und Neukölln erreichten die Beiträge gegen Asylverhinderung, gegen das Ausländergesetz und das Urteil des Bundesverfassungsgerichts viele Menschen. In der Woche vorher waren über 5000 Plakate verklebt worden. CDU- und REP-Wahlstände hatten eine andere Aussage bekommen. Über 20000 Flugblätter waren an Ständen und Verteilaktionen in der Stadt verbreitet worden. Eine Veranstaltung mit 30 Teilnehmern befaßte sich mit dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts.

Das Bündnis richtete sich gegen den REP- und CDU-Wahlkampf, der extrem gegen die ausländische Bevölkerung gerichtet war. Ausländer wurden in den Zusammenhang von Kriminalität

(„Ausländische Straftäter, Drogenhandel, Jugendbanden, Schwarzarbeit, Asylmißbrauch“) gerückt.

Bei den Republikanern strotzte die Wahlwerbung von Ausländerhetze („Hilfe, die Polen kommen“). Sie verbreiteten zu ihrer Hetze u.a. das (Feind-) Bild eines türkischen Antifaschisten, aufgenommen bei einer REP-Gegendemonstration. Mit einem Zwangsgeld von 500000 DM bekamen sie dies gerichtlich untersagt. Ihr Fernseh-Wahlspot war erneut mit „Spiel mir das Lied vom Tod“ unterlegt. Gezeigt wurden bettelnde Roma im Zusammenhang mit der Entleerung zweier Mülltonnen. „SOS-Rassismus“ stellte Anzeige wegen Volksverhetzung, weil der Spot Flüchtlinge verächtlich macht, unterstellt werde: „Sie sind Dreck und gehören in den Müllwagen.“

In der aufgeheizten Stimmung werden immer öfter nichtdeutsche Einwohner angegriffen. Bei einem Vorfall wurde ein aufgetetzter Ostberliner Jugendlicher durch einen Messerstich tödlich verletzt. Die Republikaner bezeichneten ihn als ihr Mitglied. Die Anheizer von gewalttätigen Angriffen versuchen jetzt, aus dem Toten Kapital zu schlagen. In einer Abgeordnetenhausitzung erschienen sie mit schwarzen Armbinden und versuchten, eine Schweigeminute durchzusetzen. — (ard)

Kulturwochen „Gegen — Gewalt“

Großer Erfolg trotz Angriffen von Reaktion und Faschisten

Rotenburg/Wümme. „Alle demokratischen Kräfte müssen den Anfängen von Ausländerfeindlichkeit, Antisemitismus und Rassismus entgegenzutreten“, so begründete der Stadtrat die Kulturwochen „Gegen — Gewalt“. Unmittelbarer

Anlaß „waren die sehr konkret gewaltandrohenden Aktionen der FAP und ihrer Sympathisanten in Rotenburg, das relativ gute Abschneiden der REPs bei der Europawahl“, heißt es in dem Aufruf.

Zu „Kunst und Aktionen gegen Rassismus“, von September bis November 90, trugen so verschiedene Organisationen und Einrichtungen bei, wie DFG/VK, Bundeswehr, amnesty international, Rotenburger Anstalten, Volkshochschule, Künstler, Arbeitskreis Asyl, Jugendzentrum und kommerzielles Kino. Gegen die CDU beschlossen SPD, Grüne und der ehem. DKPler im Stadtrat die Schirmherrschaft und einen Zuschuß von 36000 Mark. Während der Bundespräsident noch alles Gute wünschte, formierte sich die Reaktion.

Die Theatergruppe des Ratsgymnasiums durfte nicht in der eigenen Schule auftreten. Der Oberkreisdirektor wandte die Satzung an, die politische Veranstaltungen in kreisreigen Räumen verbietet. Der Stadtdirektor „vergaß“ die 30 Veranstaltungen im städtischen Terminkalender zu veröffentlichen. Dem Kantor der Stadtkirche wurde die Mitarbeit untersagt.

Der Sprecherin der Kulturwochen, einer SPD-Ratsfrau, wurden Hakenkreuze ans Haus geschmiert. „Grauwölfe“, örtliche Jung-Faschisten, standen mit Nazi-Fahne vor ihrem Haus herum. Mit

Hitlergruß und Rufen wie, „wir wollen Gewalt“, versuchten sie, ein Theaterstück über den Mord am oppositionellen Bischof in El Salvador, Oscar Romero zu stören. Sie schlugen mehrfach Schüler zusammen und besuchten die Redaktion der Rotenburger Rundschau, um zu erfahren, wer in der Zeitung gegen sie geschrieben hatte.

Wegen ihrer Androhungen wurde das Theater der Gymnasiasten „Von der Weimarer Republik zum Nationalsozialismus“ polizeilich geschützt.

Die REPs wollten nicht im Aufruf zu den Kulturwochen mit der FAP in einen Topf geworfen werden. Sie terrorisierten die Sprecherin von „Gegen-Gewalt“ telefonisch, forderten von ihr eine Rehabilitierungserklärung und drohten mit einer Strafanzeige.

CDU-Kreise polemisierten dagegen, daß zur Eröffnung der Kulturwochen 300 Menschen für etwa tausend Mark aus der Stadtkasse türkischer und vietnamesischer Imbiß gereicht wurde. Ihnen wurde geantwortet, daß sie sich wohl nicht so billig abspesen lassen würden.

Daß ausgerechnet der sozialistische



Hella Schlumberger

Foto: Fülle

trum derzeit in Bielefeld und Umgebung.

Hella Schlumberger hatte eigentlich eine Informationstour geplant, die sie schließlich verheißt wurde. Der Grund: Im Gästebuch der Vogelzuchtstation hatte sie geschrieben „... für eine freie Türkei mit einem gleichberechtigten Kurdistan, nieder mit den Völkern“, in der Türkei jedoch existiert Kurdistan seit langem offiziell nicht mehr. Sprache und Schrift sind verboten. Jede Berichterstattung über das Gebiet wird von der Regierung unterbunden.

War das Wort Kurdistan dennoch ausgesprochen oder gar aufgeschrieben — in welcher Weise auch immer — verurteilt, muß mit empfindlichen Gefängnisstrafen rechnen. So wurde auch Hella Schlumberger nach Paragraph 111 des türkischen Strafgesetzbuches angeklagt, der zum Beispiel für die Verletzung des türkischen Nationalge-

Wieder wurde Geld verschenkt!

Tarifabschluß bei den Banken unbefriedigend

Frankfurt. Aus dem bunten Strauß der Gewerkschaftsforderungen suchten sich die Bankarbeitgeber wie im Vorjahr diejenigen heraus, die ihren Geschäftsberechnungen entsprachen sowie diejenigen, wo sie echten Druck von Beschäftigten verspürten. Dies war zum einen die prozentuale Lohnforderung.

Hier endete die Tarifrunde mit sechs Prozent, für den Mindestbetrag wurde von Seiten der HBV überhaupt nicht mehr verhandelt, geschweige denn dafür öffentlich mobilisiert. Auch für die Auszubildenden gab es keine Festbeträge. Der Mindestbetrag von DM 300 ist damit allein für die Tarifgruppe 9 durchgesetzt.

Daß öffentlich bekundete Forderungen von Beschäftigten auch zu tariflichen Teilerfolgen führen können, beweist die Erhöhung der Schichtzulagen im 3- bzw. 2-Schichtbetrieb auf 475 DM (bisher 380 DM) und 220 DM (bisher 170 DM). Die HBV Fachgruppe Frankfurt sammelte noch innerhalb einer Woche die Unterschriften fast aller in Frankfurter Großrechnenzentren Beschäftigten für diese Tarifforderung.

Die Laufzeit des Tarifvertrages beträgt 14 Monate bis zum 31.12.1991. Zum Ausgleich dafür gibt es im November und Dezember 1990 jeweils noch 250 DM für alle. Dies darf aber nicht als Zugeständnis der Arbeitgeber an die

Mindestforderung gewertet werden, sondern als Arbeitserleichterung für die Personalabteilungen. Mit der verlängerten Laufzeit schaffen sich die Arbeitgeber zudem das Problem vom Hals, kurz vor Jahresende Änderungen in der Lohnbuchhaltung durchführen zu müssen, und können in Zukunft gemühtlich in den Januar hinein verhandeln.

Der Anspruch auf Vorruhestand wurde bis Ende 1993 verlängert. Dies kommt den Rationalisierungsabsichten der Banken zwecks Schaffung olympiareifer Mannschaften entgegen.

Ohne jeglichen Widerstand von HBV wurde der Geltungsbereich der Banktarifverträge auf das Gebiet der Bundesrepublik und Westberlins in den Grenzen vor dem 3.10.1990 beschränkt.

Dies straft diejenigen Lügen, die sich von einem Anschluß der Gewerkschaften aus dem ostdeutschen Kolonialgebiet an die westdeutsche HBV eine Stärkung der dortigen Gewerkschaftsbewegung erhofft hatten. HBV unterstrich in der ersten Verhandlungsrunde am 12.10. „die Wichtigkeit, die Einkommens- und Arbeitsbedingungen für die Bankangestellten in den neuen fünf Bundesländern möglichst zügig an die in der bisherigen BRD üblichen anzupassen.“ (Protokoll der ersten Verhandlungsrunde). Eine Forderung zu diesem Thema wurde aber nicht gestellt. — (gst)

IG-Medien-Mitglieder gegen Golfkrieg und Vorbereitungen

Stuttgart. Am 27.11.1990 beschloß die Mitgliederversammlung IG Medien einstimmig: „Die Mitgliederversammlung sieht mit großer Sorge Bestrebungen, die Verfassung abzuändern, um weltweite Einsätze von Soldaten der Bundeswehr zu ermöglichen. — Wir wenden uns gegen alle Versuche, deutsche Soldaten in einem Krieg im Nahen Osten und in der Golfregion einzusetzen und lehnen auch alle Vorbereitungen dazu ab. — Aus Sorge um den Erhalt des Friedens appellieren wir an die Soldaten und Rekruten der Bundeswehr: Wenn Ihr den Befehl bekommt, in einen Krieg irgendwo auf der Welt zu gehen, dann sagt nein und verweigert den Wehrdienst.“ Eine Unterstützung der Grünen gegen die staatliche Verfolgung wegen Aufrufs zur Fahnenflucht fand keine Mehrheit. — (ulk)

Kurzzeitbeschäftigung von Nicht-EG-Bürgern

Karlsruhe. Ab Januar 1991 kann das Hotel- und Gaststättengewerbe nach einer neuen Rechtsverordnung Arbeitsverträge über drei Monate mit ausländischen Arbeitskräften aus Nicht-EG-Staaten abschließen. Dies teilte die Bundesregierung auf eine parlamentarische Anfrage des Baden-Badener FDP-MdB Feldmann mit. In Baden-Württ. will der Hotel- und Gaststättenverband 15000 bis 25000 dieser Verträge abschließen, allein in Karlsruhe 700. Der Verband fordert Saisonarbeitsverträge ähnlich dem „Schweizer Modell“ für sechs, besser sieben Monate, die Beschleunigung der Visa-Erteilung und die Beschäftigungserlaubnis von Asylbewerbern. — (rub)



Stuttgart. Für die Umsetzung der 36-Stundenwoche ab 1. April 1993 hat die Bosch-Geschäftsführung Arbeitskreise eingerichtet. Die erste Schicht am Samstag dürfte kein Tabu mehr sein. Zwei mal Neun-Stunden-Schichten sollen in der Fertigung Einzug halten. Schranken wie das Nachtarbeitsverbot für Arbeiterinnen würden neue Schicht-Rhythmen erfordern. Bild: „Frauenarbeit“ Scheinwerfermontage. — (rkw)

Überstundenkampagne bei der Jungheinrich AG

Hamburg. Der Umzug der Fertigungslinie der Gabelstapler-Großgeräte ETX in diesem Sommer von Norderstedt nach Hamburg-Wandsbek hat zu erheblichen Lieferrückständen geführt, die nach Meinung der Firma im normalen Zeitrahmen nicht mehr aufzuarbeiten waren. Nun hatten es die Betriebsräte von Jungheinrich in den vergangenen zwei Jahren gerade geschafft, den Überstundendurchschnitt auf 1,5 bis 2 Prozent einzugeregulieren. Daher berief der BR für diesen Ausnahmefall eine Abteilungsversammlung in der Fertigung ein. Dort wurden die Grundsätze folgender Vereinbarung zwischen Vorstand und Betriebsrat festgelegt: Der Betriebsrat stimmt einer Überstundenkampagne bis Januar 1991 mit maximal 40 freiwilligen Überstunden pro Mitarbeiter (maximal zwei Überstunden pro Tag) jeweils für die Monate November, Dezember und Januar 1991 zu. In diesem Überstunden-volumen sind je zwei Samstage enthalten. Die Beschäftigten können tarifgemäß sechs Monate lang Freizeitausgleich für die geleistete Mehrarbeit nehmen. Zusätzlich zu den geleisteten Überstunden werden 20 Prozent der Stundenzahl als Aufwandsstunden, die mit einem Zuschlag von 50 Prozent vergütet werden, bezahlt. Jeder, der zur Samstagsschicht antritt, erhält DM 150,- brutto, davon werden DM 100,- bei Schichtbeginn ausgezahlt. Die abzurbeitenden Fahrzeuge werden mit Kundennummer, letztmöglichem Liefertermin und dem Betrag der angedrohten Konventionalstrafe aufgelistet. Ab Februar 1991 wird der Betriebsrat keinen Überstunden wegen Umzug und Lieferverzügen zustimmen. — (he)

IG Chemie protestiert gegen den DEA-Erlass

Köln. Die Betriebsführung des DEA-Mineralölkonzerns hat einen „internen Erlass“ über die Pflichten der Beschäftigten herausgegeben. Dazu soll nicht nur gehören, die im Arbeitsvertrag festgelegten Tätigkeiten ordentlich zu erfüllen, sondern die Leute, die bei der DEA arbeiten, sollen zu faschistoiden Spitzeldiensten verpflichtet werden: „Jeder Mitarbeiter ist verpflichtet, vermutete Unregelmäßigkeiten unverzüglich seinem unmittelbaren Vorgesetzten oder einem Vorgesetzten seines Vertrauens zu melden.“ Zu den zu meldenden, vermuteten „Unregelmäßigkeiten“ sollen u.a. gehören: „die Schlechterfüllung vertraglicher Pflichten“, „das Verschweigen eindeutiger Verdachtsmomente“ und die „Verletzung der Gehorsamspflicht“. Die IG Chemie lehnt dies ab. Im Kölner DEA-Werk fanden Protestversammlungen statt. — (uid)

IGM Vertrauenskörper Grau für 300 DM Festgeld

Heidelberg. Der IGM-Vertrauenskörper Grau hat am 30.11.90 folgenden Tarifforderungsvorschlag beschlossen: „1. Erhöhung der tariflichen Monatslöhne und Tarifgehälter um einheitlich 300 DM! 2. Anhebung der Ausbildungsvergütungen um 300 DM bzw. den Betrag der Ecklohngruppe VI! 3. Laufzeit: Zwölf Monate! Erläuterungen: Die amtliche Preissteigerungsrate lag im Oktober in Bd.-Wtbg. bei 3,7 %. 1989 waren bereits 1,2 Mio. bundesdeutsche Haushalte überschuldet ... 300 DM als Festbetrag entspricht im Volumen einer Prozentforderung von 9,6 %. Die Verteilung erfolgt hier am gerechtesten und der Einkommensspreizung wird am ehesten entgegengewirkt. Auch eine mögliche Strukturforderung von z.B. 200 DM festem Sockelbetrag plus 3 % würde unsere Unterstützung finden ...“ Die Ortsverwaltung hat sich am 3.12. geeinigt, der Delegiertenkonferenz am 5.12. als Forderung 230 DM + 3 % vorzuschlagen. — (aro, has)

Resolution gegen den Golfkrieg der HBV-Delegiertenkonferenz

München. Auf der Delegiertenkonferenz am 28.11. wurde auch ein Initiativantrag zur Kriegsvorbereitung am Golf verabschiedet: „... Die BRD, die Militärs und das Verteidigungsministerium betonen ihre „Bündnispflichten“. Das Grundgesetz soll so geändert werden, daß Bundeswehrsoldaten weltweit eingesetzt werden können ... Wir wollen eine friedliche Lösung des Konflikts im Interesse aller beteiligten Völker ... Wir wollen: — kein militärisches Eingreifen am Golf, — keine deutschen Soldaten in die Türkei und an den Golf, — keine Ausweitung des Einsatzbereiches von NATO und Bundeswehr, — keine Änderung der Verfassung.“ — (dar)

Druck auf kranke Arbeiter

Personalabbau beim Hamburger Aluminiumwerk beabsichtigt

Hamburg. Seit Jahren führt der Betriebsrat im Hamburger Aluminiumwerk eine Auseinandersetzung mit der Geschäftsführung, um die Entlassung kranker Arbeiter zu verhindern. Jetzt hat die Geschäftsführung einen neuen

Vorstoß unternommen. Personalabbau soll durch Senkung des Krankenstandes durchgesetzt werden. Einen im „europäischen Maßstab“ vergleichbaren Krankenstand will HAW durchsetzen.

Auf der Betriebsversammlung Anfang Oktober dieses Jahres erklärte der Geschäftsführer der Belegschaft, der hohe Krankenstand gefährde den Bestand des Unternehmens. Wenn HAW in der europäischen Konkurrenz bestehen wolle, müsse auch der Krankenstand im europäischen Maßstab vergleichbar sein. Hinter diesem offen vorgetragenen Angriff, der sich bemüht, die Belegschaft in Kranke und Gesunde zu spalten, steht die Absicht, Personalabbau zu betreiben. Die Geschäftsführung von HAW rechnet wie jedes Unternehmen: Können die Fehlzeiten um eine bestimmte Quote gesenkt werden, dann kann um diese Quote auch der Personalstand gesenkt werden.

Es gibt gegenwärtig keine Anzeichen, daß die Belegschaft sich spalten ließe. Zu offensichtlich ist, daß der Krankenstand mit den Arbeitsbedingungen zusammenhängt: Kontschichtarbeit, Belastungen durch Staub und Hitze vor allem. Unter diesen Bedingungen arbeiten viele nun schon seit 15 Jahren. Ein Blick auf die Altersstruktur zeigt, daß viele Arbeiter über 45 Jahre alt sind. Es ist allen klar, daß man krank werden muß,

wenn man in diesem Alter Tag für Tag diesen Arbeitsbedingungen unterworfen ist. Und sei es nur, weil einfach die Kraft fehlt.

Doch die Auseinandersetzung ist nicht einfach. HAW ist fest entschlossen, den Personalstand zu senken. Fieberhaft arbeitet die Geschäftsführung an der Durchführung eines Investitionsprogramms, daß die Energiekosten senken und gleichzeitig die Produktion erhöhen soll. 1995 stehen der HAW neue Strompreise bevor. Der Strompreisvertrag mit der HEW läuft nach 20jähriger Laufzeit aus. Die Extraprofite aufgrund des vergleichsweise sehr niedrigen Strompreises (2,7 Pf/KWh) drohen dahinzuschmelzen. Dies will HAW durch brutale Senkung des Krankenstands z.T. wieder reinholen. Senkung des Krankenstands kann aber nur heißen: Entlassung von kranken Arbeitern und Verschärfung des Drucks auf die Belegschaft. Dies soll mit der Drohung erreicht werden, daß die Existenz des Betriebes 1995 auf dem Spiel stünde, wenn der Krankenstand nicht sinkt.

Arbeitsbedingungen, die der Arbeiter auch bis zum Rentenalter durchhalten

kann und dann auch noch einige Jahre lebt — dieses einfache menschliche Erfordernis tritt den Ansprüchen der westdeutschen Konzerne an die menschliche Arbeitskraft immer schärfer entgegen. Es kann in den betrieblichen Auseinandersetzungen mit den Mitteln des Betriebsrats gar nicht vollständig verteidigt oder durchgesetzt werden. Dennoch müssen Belegschaften und ihre Betriebsräte diese Auseinandersetzungen aufnehmen und auch dafür sorgen, daß die Forderungen öffentlich erhoben werden.

Jetzt im Dezember führt HAW vor dem Arbeitsgericht einen Prozeß gegen den Betriebsrat. Das Unternehmen will durchsetzen, daß wieder sogenannte „Krankengespräche“ geführt werden dürfen. Der Betriebsrat hatte in einer Einigungsstelle durchgesetzt, daß diese Art Gespräche untersagt sind. Es dürfen lediglich Untersuchungen des Betriebsarztes durchgeführt werden. HAW will die „Krankengespräche“, um Druck ausüben zu können. Am 17. Dezember ist der erste Termin vor dem Arbeitsgericht. Es wird mit Sicherheit eine öffentliche Auseinandersetzung. — (gdt)

Hannover als Europa-Region

Die Industrie- und Handelskammer macht mobil

Hannover. Kaum ist der Anschluß der ehemaligen DDR vollzogen, meldet sich die Industrie- und Handelskammer zu Wort und stellt ihre wirtschaftspolitischen Forderungen an die Landesregierung. „Neben der Beseitigung von Hemmnissen in Ostdeutschland muß aber auch die Landesregierung den Weg freimachen“, heißt es in einem Papier der IHK: „Die Europa-Region Hannover im vereinten Deutschland“. Wir wollen die Leser im folgenden über die Forderungen der in der Industrie- und Handelskammer vereinigten Kapitalisten aufklären, sowie Anhaltspunkte bieten, welche Auswirkungen ihre Durchsetzung auf die arbeitende Bevölkerung hätte. Man darf dabei nicht aus den Augen verlieren, daß diese Forderungen die SPD/GRÜNE-Regierung unter Druck setzen werden, da sie zum Teil deutlich gegen erklärte Wahlaussagen und Teile des Regierungsprogramms gesetzt sind.

Ausbau des Schienenverkehrs hat sich die SPD/GRÜNE-Regierung auf die Fahnen geschrieben. Die IHK hält dagegen: „Wie sollen z.B. Güter von Halle nach Holzminden mit zeitlich engen Just-in-Time-Vorgaben auf der Schiene transportiert werden? Wie sollen gefährliche Güter in Kesselwagen abseits der Hauptstrecken transportiert werden, wenn Bahnlinien stillgelegt werden?“ Und weiter: „Die Kammer vermißt ein in sich geschlossenes Verkehrskonzept des Landes. Mit der politischen Vorgabe einer einseitigen Förderung des Schienenverkehrs lassen sich die starken Verkehrsströme nicht bewältigen ...“ Die Forderungen, die die Kammer erhebt, sind deswegen: Schließung der Autobahnbrücke Halle - Magdeburg, Bau einer vierspurigen Fernstraße von Holzminden über Seesen, Nordhausen nach Halle sowie nach Paderborn, vierspuriger Ausbau der B 6 zwischen Neustadt und Nienburg, der B 217 Hannover - Hameln und die Anbindung Holzmindens.

Die Gründe für diese Forderungen sind oben genannt: Just-in-Time Produktion, Transport gefährlicher Güter. Verlagerung des Ersatzteillagers auf die Straße (VW, Conti) und flexiblere sowie schlechter zu kontrollierende Abfallbeseitigung: Das ist es also, was das Kapitalisten-Herz bewegt und wofür „vierspürige Fernstraßen“ nach Osten und Westen gebaut werden sollen. Das ist es auch, was jährlich tausende von Menschenleben auf den Fernstraßen kostet und wofür Erholungslandschaften geopfert werden. Umweltschutz hat sich die „rot“-grüne Regierung auf die Fahnen geschrieben. Die IHK hält dagegen: „Umwelt und Abfallentsorgung von ideologischem Ballast befreien! Auch die niedersächsische Umweltpolitik muß zur Kenntnis nehmen, daß Nieder-

sachsen keine Insel der Glückseligkeit werden kann. Es ist kontraproduktiv, den Betrieben in Niedersachsen die Abfallentsorgung und den Kommunen die vernünftige Müllentsorgung zu verweigern. Man zwingt damit nur zur Produktionsverlagerung an Standorte, an denen Umweltpolitik sich nicht an der Ideologie ausrichtet.“

Konsequenz fordert die Kammer die Müllverbrennung von Haus-, Gewerbe- und Sonderabfällen, die die Landesregierung bisher ablehnt. Den Ausbau der Abfallentsorgung im Bereich der Nukleartechnologie sowie eine klare Aussage zur Deckung des künftigen Energiebedarfs ohne die „schwärmerische Befürwortung der Wind- oder Sonnenenergie als Alternative“. Man mag - zu Recht - nicht viel von sozialdemokratischer Umweltpolitik halten, jedoch wirft dieser Passus aus dem Papier der IHK ein noch deutlicheres Licht auf die Menschenverachtung, mit der sich die niedersächsische Wirtschaft an die Durchsetzung ihrer Interessen macht. Dem Widerspruch zwischen wirtschaftlichen Interessen der Kapitalisten einerseits und dem Recht auf integre Lebensbedingungen der Werktätigen andererseits in die obige Formel von der „Insel der Glückseligkeit“ zu fassen, ist in seiner Menschenverachtung auf demselben Niveau, wie der Ausspruch eines bekannten NS-Generals: „Hunde, wollt ihr ewig leben?“ Denn die Häufung von Leukämie-Fällen in der Nähe der Depo-nie Münchenhagen sind nicht zu übersehen. Des weiteren spricht sich die Kammer für einen Abbau von Subventionen im Bereich der Landwirtschaft, der Kohle und der Werften aus. Die hierbei gesparten Steuermittel sollen einmal zur Finanzierung der Reform der Unternehmenssteuern dienen (diese sollen nämlich ab 91/92 gesenkt werden, und das ist auch der Grund, warum sich CDU/FDP gegen eine generelle Steuererhöhung aussprechen). Originalton der Kammer: „Ein Verzicht auf die Reform der Unternehmenssteuern kommt indes nicht in Frage, weil das gerade der verkehrte Weg ist, macht doch erst eine Senkung der Unternehmenssteuer Mittel für die von allen gewünschten Investitionen frei.“ Zum anderen zur Anschaffungsfinanzierung für Wagnisse in der ehemaligen DDR. Die Kammer macht hier Druck auf die Landesregierung und möchte deren Zustimmung zur Einführung einer Maut-Gebühr, die vor allem die Werktätigen finanzieren werden.

Alles in allem ist das Papier der Kammer ein Aufruf zu hemmungsloser Marktwirtschaft und steht in vielen Punkten in erklärtem Gegensatz zu formulierten Grundsätzen der Landesregierung. Man wird sehen, wie diese sich hierbei bewegt und welche Interessen sie wirklich wahrnimmt. — (abc)



Hannover. 250 Wohnungslose demonstrierten Anfang November durch die hannoversche Innenstadt, um auf ihre hoffnungslose Lage aufmerksam zu machen. In der Nacht vom 5. auf den 6. November erforderte der Wohnungslose Nils K. bei einer Temperatur von minus zwei Grad in der Eilenriede. 12000 Wohnungssuchende gibt es in Hannover, 400 Leute übernachteten ständig auf der Straße, die Notunterkünfte sind hoffnungslos überfüllt und unzumutbar. Am 16. 11. besetzten Wohnungslose ein leerstehendes Haus in der Eisenstraße. Die Stadt droht mit Räumung. — (rec)

Aus Ländern und Gemeinden

Auflösung des „Vertriebenen“ beirats!

Essen. Die Fraktion der Grünen hat in der letzten Ratssitzung die Auflösung des Kreisbeirates für „Vertriebenen“-fragen gefordert. Ein entsprechender Antrag wurde abgelehnt, von der Mehrheitspartei SPD aus formalen Gründen, da ein solcher Beirat für Landkreise und kreisfreie Städte gesetzlich vorgeschrieben ist. In der Begründung für den Antrag wies die GAL darauf hin, daß sich der Beirat fast ausschließlich mit der „Integration deutscher Übersiedler“ befaßt hat. Der Grenzvertrag mit der Republik Polen müsse zur Folge haben, „daß Gremien aufgelöst werden, die rechtlich wie auch symbolisch einen Gebietsanspruch auf ehemals deutsche Gebiete jenseits von Oder und Neisse repräsentieren.“ Die Versorgung von Flüchtlingen solle — „ungeachtet einer bestimmten Staats- oder Volkszugehörigkeit“ — einem neu zu bildenden Flüchtlingsausschuß des Rates übertragen werden, der u.a. vom Ausländerbeirat beschickt wird. Möglichkeiten, den „Vertriebenen“beirat formal korrekt einzuschleifen und auf eine Änderung der gesetzlichen Lage hinzuwirken, wurden bisher nicht erörtert. — (wof)

GEW gegen Berufsverbotepraxis in der ehemaligen DDR

Karlsruhe. Die GEW-Kreisdelegiertenversammlung beschloß am 19. 11. 90: „Die KDV fordert den Landesvorstand auf, beim Bundesvorstand, bei den Kultusbehörden und den GEW-Gliederungen der ehemaligen DDR-Länder dafür einzutreten, daß es nicht zu einer neuen Welle und Neuaufgabe der Berufsverbotepraxis, die sich auf den Ministerpräsidentenbeschluß von 1972 beruft, kommt.“ In der Begründung des Antrags heißt es: „Es sollte niemand aufgrund seiner Zugehörigkeit zu einer politischen Partei von der Ausübung seines Berufes ausgeschlossen sein.“ Die KDV verweist darauf, daß „Lehrer(innen) generell für ihre ehemalige SED-Zugehörigkeit und/oder ihre PDS-Mitgliedschaft abgestraft werden...“ — (tua)

Steuern von Kapitalisten sinken, Gebühren für Müll steigen

Stuttgart. Der Gemeinderat der Stadt Stuttgart hatte im letzten Jahr eine Gewerbesteuererhöhung auf 430 Punkte beschlossen, die jetzt in Kraft tritt. Dennoch bleiben die Einnahmen aus dieser Steuer weit hinter den Erwartungen zurück. Die weitere Expansion von Daimler-Benz (mehr Umsatz außerhalb Stuttgarts), der geänderte Finanzausgleich zwischen den Kommunen und die erhöhte Abführung für den Fonds deutsche Einheit veranlaßten OB Rommel von einem Haushalt mit Risiken zu sprechen. Weitere Gewerbesteuererhöhungen lehnt die Mehrheitsfraktion von CDU und Freien Wählern ab. Auf der Einnahmenseite soll vor allem durch steigende Gebühren von den Lohnabhängigenhaushalten ein Ausgleich geschaffen werden: 47 Millionen Mark sollen hauptsächlich durch um 15 bis 41 % steigende Abgaben für Abfall und Abwasser aufkommen; auch die Gebühren für die städtische Kinderversorgung und die Mieten in städtischen Wohnungen sollen angehoben werden. Die Grünen, die zwar für die Besserstellung städtischer Beschäftigter eintreten, erheben hiergegen keinen Protest. — (alk)

Gesetzentwurf der Grünen NRW zum Ausländerwahlrecht

Köln. Am 16. 10. brachten die Grünen einen Gesetzentwurf zum kommunalen Ausländerwahlrecht in den Landtag ein. Der Entwurf sieht ein aktives und passives kommunales Wahlrecht für Ausländerinnen und Ausländer vor, die seit drei Jahren in der BRD leben und orientiert sich dabei an anderen europäischen Ländern, die ein solches Wahlrecht seit Jahren praktizieren. Da aufgrund des Urteils des Bundesverfassungsgerichts bei der ersten Lesung im November die Gefahr bestand, daß der Gesetzentwurf abgelehnt wurde ohne inhaltliche Debatte, zogen die Grünen ihn zurück. Verabschiedet wurde von SPD und Grünen ein Antrag, der Erleichterungen beim Erwerb der deutschen Staatsbürgerschaft fordert und eine Bundesratsinitiative zur Grundgesetzänderung. — (u.b.)

Untersuchungsausschuß über MBB-Geschäfte?

München. Die bayerische FDP fordert wegen der „mutmaßlichen Verwicklung von MBB“ in die Giftgasproduktion des Irak die Einrichtung eines parlamentarischen Untersuchungsausschusses. Die Begründung des Landesvorsitzenden Grünbeck: „Nach zuverlässigen Informationen sollen Tochtergesellschaften von MBB — man spricht von insgesamt 80 — am Export von Know-how und Personal zur Giftgasproduktion in den Irak beteiligt gewesen sein.“ Außerdem will die FDP, daß der Freistaat seine Beteiligung von 17 Prozent an MBB abstoßt und sich generell nicht mehr an Rüstungsgeschäften beteiligt. — (chl)

Polizei löst Kundgebung kurdischer Kinder mit Gewalt auf

Nürnberg. Seit mehreren Wochen befinden sich Hunderte von Kurden in verschiedenen Städten Europas im Hungerstreik, um ihre Empörung und Trauer über die Suspendierung der Menschenrechte in Kurdistan kundzutun. Aus diesem Anlaß fand am 17. 11. 90 in Nürnberg am Plärrer eine Solidaritätskundgebung von 20 kurdischen Kindern im Alter von 6-12 Jahren statt. Diese Kundgebung sollte darauf aufmerksam machen, daß auch Kinder Opfer des fortschreitenden Völkermordes in Kurdistan sind. Nach kurzer Zeit schon trafen mehrere Funkstreifen ein, die den Verkehr noch mehr behinderten als die Kinder. Die Kinder wurden von der Polizei befragt, fotografiert und angepöbelt, wenn sie nicht die richtige Antwort gaben. Ein Student aus München, der die Polizeibeamten darauf hinweisen wollte, daß sich ihre Gewalt gegen Kinder richte und ein älterer Kurde, der bei den Umstehenden um Verständnis plädierte, wurden dabei angegriffen. Der Student, den der Einsatzleiter der Polizei wie von Sinnen gewürgt hatte, erlitt „nur“ Prellungen und eine Gehirnerschütterung, der ältere Kurde liegt noch mit einem Herzinfarkt und einem gebrochenen Handgelenk auf der Intensivstation. Solche Übergriffe verdeutlichen, auf was sich die Kurden in der BRD gefaßt machen können, wenn das neue Ausländergesetz, eines der Gesetzespakete, die auf die Entmündigung kritisch denkender und handelnder Menschen in der BRD gerichtet ist, in Kraft tritt.

Ausführlicher Artikel in den Lokalberichten München Nr. 24 und den Antifaschistischen Nachrichten Nr. 25. — (jew)

Ein unmenschliches Gefängnisregime

Die Bundesanwaltschaft will Widerstand der Gefangenen mit allen Mitteln brechen

Hamburg. Die vorhandene und durch die Unruhen manifestierte Unzufriedenheit der Gefangenen in den Fuhlsbütteler Strafanstalten bilde, so hatte der Senat der Bürgerschaft im Juli mitgeteilt, ein „ständiges Gefahrenpotential... wenn darauf nicht entsprechend reagiert wird“. Ende Mai hatten, wir berichteten darüber, bis zu 250 Gefangene in der Anstalt II und ca. 50 in der Anstalt VIII gegen die Haftbedingungen rebelliert. Seither haben die Justizbehörden „entsprechend reagiert“ und etliche Maßnahmen ergriffen, um des „Gefahrenpotentials“ Herr zu werden:

24 Gefangene wurden, entgegen den Zusagen von Justizsenator Curilla, in andere Gefängnisse verlegt. Zahlreiche Gefangene wurden zeitweilig 23 Stunden am Tag isoliert, einigen sogar der Hofgang gestrichen. Die Besuche wurden erschwert, die Postkontrolle und -zensur verschärft. Nach einer weiteren kurzen Rebellion im Oktober wurde in der Anstalt VIII der täglich mehrstündige Aufschluß auf eineinhalb Stunden alle drei Tage zusammengestrichen und damit die Möglichkeit der Gefangenen, zusammenzukommen, zu duschen oder andere notwendige Dinge zu erledigen.

Während die Unterdrückung der Unzufriedenheiten angezogen wurde, blieben die Ursachen der Unzufriedenheit unangestastet. Nach einigen ergebnislosen Zusammenkünften stellten die Justizbehörden die verbindlich zugesagten Gespräche mit Gefangenenvvertretern ein. Keine einzige der von den Gefangenen erhobenen Forderungen — sei es gegen Isolationsmaßnahmen, nach besserem Essen, besserer ärztlicher Versorgung, besserer Bezahlung, gegen die besondere Unterdrückung der Gefangenen ausländischer Nationalität — wurde erfüllt.

Dabei kamen vor dem inzwischen einberufenen Untersuchungsausschuß

„Versagen im Hamburger Strafvollzug“ auch die Anstaltsleiter nicht umhin, wenigstens einige katastrophale Zustände zuzugeben, z. B. beim Essen und der medizinischen Versorgung. So ist für über 600 Gefangene in vier Anstalten nur stundenweise ein Arzt anwesend, zum Teil sogar nur zweimal in der Woche! Trotzdem konnte sich Justizsenator Curilla, im Ausschuß befragt, keinen anderen Grund für die Rebellion denken als — Nachahmung. Die Gefangenen hätten wohl Bilder von den Gefangenenaufständen in Großbritannien und Bulgarien im Fernsehen gesehen, gab er zynisch zu Protokoll, da hätte sich dann im Unterbewußtsein festgesetzt, „daß man so etwas ja auch mal machen könnte“.

Die Rebellion der Gefangenen hat Licht auf das soziale Elend geworfen, das die bürgerliche Gesellschaft in den Gefängnissen wegsperrt. Aus den Antworten, die der Senat im Gefolge der Rebellion auf verschiedene Große Anfragen gab, geht hervor:

Zwei Drittel der insgesamt knapp 2400 Untersuchungs- und Strafgefangenen in Hamburg hat keinen Schulabschluß. Die Zahl der drogenabhängigen Gefangenen steigt sprunghaft an. Der Anteil der Gefangenen ausländischer Nationalität wächst seit Jahren kontinuierlich und hat inzwischen 27 % erreicht. Im Untersuchungsgefängnis liegt sie sogar bei fast 50 %. Wer kann die Zusammenhänge übersehen? Konkurrenz und Unterdrückung stoßen Menschen aus der Gesellschaft aus, ermöglichen ihnen nicht, ein auskömmliches Leben zu führen, rauben ihnen von früh an jede Hoffnung. Der Senat bringt den hohen Anteil von Gefangenen ausländischer Nationalität mit der wachsenden sogenannten Drogenkriminalität in Verbindung. Einen Zusammenhang damit,

daß Flüchtlingen in der BRD Arbeitsverbot auferlegt und ihnen damit sogar die erbärmliche Freiheit des Lohnarbeiters genommen ist, sich ausbeuten zu lassen, um leben zu können, stellt er nicht her.

Das Gefängnis dann, wohin das soziale Elend weggesperrt wird, ist, auch darauf warf die Gefangenerebellion ein grelles Licht, ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit. Ganz beiläufig teilt der Senat mit, daß die Einzelzellen, in die „gelegentlich“ auch zwei Gefangene eingesperrt werden, z. T. weniger als 10 qm groß sind. Über 400 Gefangene sind zu mehr als vier in einer Zelle mit durchschnittlich 7 bis 9 qm pro Person. Die meisten Gefangenen arbeiten, und zwar in solchen Tätigkeiten, in denen sie außerhalb des Gefängnisses einen zum Leben halbwegs reichenden Lohn bekommen. Im Gefängnis bekommen sie dafür monatlich 195,11 DM, etwas wird an die Arbeitslosenversicherung überwiesen, rentenversichert sind sie nicht, so daß sie im Alter doppelt bestraft sind. Dazu das schlechte Essen, die mangelnde ärztliche Versorgung, unhygienische Zustände, die nach einem ausgeklügelten System von Belohnen und Strafen verhängten Schikanen bis hin zu strenger Isolation...

Vor wenigen Tagen wurde bekannt, daß nicht nur die Hamburger Staatsanwaltschaft gegen die Gefangenen ermittelt. Die Bundesanwaltschaft hat sich eingeschaltet. Sie wittert in dem Versuch der Gefangenen, ihren Anspruch auf erträgliche und menschenwürdige Lebensbedingungen auch im Gefängnis kollektiv zu artikulieren und durchzusetzen: „Nötigung eines Verfassungsgesetzes“ nach § 105 StGB. Die Strafandrohung beträgt bis zu zehn Jahren Gefängnis! — (scs)



Stimmung für samstags schulfrei

Gelingt es, den Widerstand der CDU zu brechen?

Stuttgart. Die Diskussion um den schulfreien Samstag hat sich in Baden-Württemberg zu einer größeren gesellschaftspolitischen Diskussion entwickelt. Viele Fürsprecher des freien Samstags haben sich zu Wort gemeldet, so die großen Lehrverbände, die Gewerkschaften, Teile der Kirchen, viele Eltern und natürlich die direkt Betroffenen, Schüler und Lehrer. Zunächst hatte es den Anschein, daß auch die CDU mitzieht. Dies wäre ein Gewinn fürs Familienleben, meinte im Frühjahr noch die Staatssekretärin im Kultusministerium (CDU). Doch bald setzte in der CDU ein Meinungsumschwung ein. Der Landeselternbeirat, eine von der CDU beherrschte landesweite Elternvertretung, setzte eine tendenziöse Umfrage an den Schulen in Gang. Vor Verteilung der Fragebögen sprach sich die Vorsitzende des Landeselternbeirates, Frau Renate Heinisch (CDU), im Namen dieses Gremiums gegen den freien Samstag aus und in der Umfrage wurde mit mehr Nachmittagsunterricht gedroht.

Soviel Parteiliches mußte auf breite Kritik stoßen. In Stuttgart organisierte

die Elternvertretung eine eigene Umfrage. Ergebnis der landesweiten, tendenziösen Umfrage, wobei viele Eltern aus Protest die Fragebögen nicht ausgefüllt hatten: Trotz aller Meinungsvorgaben sprachen sich 43,6 Prozent der Eltern für den freien Samstag aus, 56,4 Prozent für die Beibehaltung der geltenden Regelung. Vor vier Jahren hatten sich landesweit noch 66 Prozent der Eltern für den Schulsamstag ausgesprochen. Ergebnis der alternativen Stuttgarter Umfrage: 65 Prozent der Eltern stimmten für den schulfreien Samstag. Die 19000 Stuttgarter Fragebögen sind allerdings bei der landesweiten Erhebung nicht berücksichtigt worden. Und die Schüler selbst konnten in beiden Umfragen ihre Meinung nicht äußern.

Das Kultusministerium nahm das Umfrageergebnis zum Anlaß, die Forderung nach dem freien Samstag vom Tisch zu wischen. Der Unmut unter den Elternbeiräten über das parteiiche Vorgehen des Landeselternbeirates wuchs daraufhin: Die Arbeitsgemeinschaft Elternbeiräte an den Gymnasien Nordwürttembergs setzte Renate Heinisch als

Vorsitzende ab. Weshalb geht die CDU auf Konfrontation zu den Eltern?

Das Wirtschaftsministerium und das Sozialministerium drängen auf flexible Arbeitszeiten. Die Industrie verlangt die Ausweitung der Maschinenlaufzeiten, besonders im Hinblick auf den EG-Binnenmarkt und auf die Umsetzung der Arbeitszeitverkürzung in der Metallindustrie ab 1. April 1993. Konzerne wie Bosch wollen Arbeitszeitmodelle wie von BMW Regensburg einführen, das heißt zwei Neun-Stunden-Schichten täglich und regelmäßige Samstagsarbeit und zum Zeitausgleich größere Freizeitblöcke. Daimler-Benz arbeitet weiter an seinem Flexi-II-Modell. Das Wochenende und vor allem der Samstag soll auf Verlangen der Konzerne in die Arbeitszeitverteilung einbezogen werden. Gelänge es der Schüler- und Elternbewegung, den schulfreien Samstag tatsächlich zu erkämpfen, dann wäre dies ein Argument gegen Samstagsarbeit im Betrieb und ein Schlag gegen Konzerninteressen. Und die Interessen der Lohnabhängigen würden gestärkt werden. — (ros)

Verfassungspläne der Reaktion

Die zentrale Staatsmacht soll weiter gestärkt, die Verfassung noch stärker völkisch-großdeutsch gestaltet werden

Er sei gegen eine totale Grundgesetzrevision, aber für eine „Generalüberholung“. Dieser Beitrag des ehemaligen baden-württembergischen CDU-Innenministers und jetzigen Präsidenten des Bundesverfassungsgerichts, Prof. Roman Herzog, am 2. Dezember im „Deutschlandfunk“ (siehe auch den Bericht der „FAZ“ vom 3.12.) ist der bislang letzte Vorstoß einer umfangreichen Grundgesetzkommunikation, die keineswegs auf die Linke begrenzt ist, sondern auch auf der politischen Rechten schon vor Monaten begonnen hat. Das Ziel der Rechten ist, durch Verfassungsänderungen den Staatsorganen mehr Handlungsspielraum für die Unter-

drückung von Opposition im Innern und zur Expansion nach außen zu verschaffen. Damit will die Reaktion der erheblichen territorialen Ausdehnung der BRD durch die Annexion der DDR und der damit einhergehenden Umwälzung der Gesellschaft in Richtung Kolonialregime Rechnung tragen. „Deutsche Volksgruppenrechte“ für den Aufbau fünfter Kolonnen in Osteuropa, Bundeswehreinsetzung ins Ausland, keine Schranken gegen faschistische Organisationen, Strafverfolgung von Abtreibungen auch auf dem Gebiet der früheren DDR sind nur einige der angestrebten und z.T. bereits erreichten Änderungen. Für diese Änderungen benö-

tigen Union und FDP die Zustimmung der SPD. Zu verhindern, daß die SPD den von den Reaktionären gewünschten Änderungen zustimmt, beim Asylrecht, beim Bundeswehreinsetzung ins Ausland, ist damit eine der Aufgaben der nächsten Zeit. Der „Rote Tisch“ hat auf seiner Konferenz in Leverkusen im Oktober nach Fertigstellung der Broschüre mit sozialistischen Positionen zur Verfassungsdiskussion die Diskussion über die Vorhaben der Rechten begonnen. Diese Diskussion soll auf der nächsten Tagung im Januar fortgesetzt werden. Die folgende Dokumentation ist ein erstes Ergebnis dieser Diskussion. — (jöd, nil)

Bundeswehreinsetzung außerhalb der NATO

In der von der militaristischen „Gesellschaft für Wehrkunde“ herausgegebenen „Europäischen Wehrkunde“ wird dieses Vorhaben so propagiert: „Kann sich Deutschland — durch seine Bindung an den Westen geborgen und von der Drohung aus dem Osten befreit — sein bisheriges Verhalten fürderhin leisten, also Partner des Paktes die Kastanien aus den Flammen holen lassen, wenn ein Konflikt jenseits des NATO-Raumes deutsche Interessen berührt? ... Der Zuwachs an Größe und Gewicht, den unser Staat aus seinen Alliierten verdankt, bringt die Verpflichtung zur Verantwortung.“ (Wolfram von Raven, Oberst der Reserve und Chefredakteur des Blattes, in der Ausgabe 9/90). Bisher hat sich die BRD zumeist indirekt militärisch engagiert — durch Militärhilfe für Belgien und Frankreich für deren Militäreinsätze in Afrika, Portugal wurde bei seinem Kolonialkrieg in Angola, Mozambique und Guinea-Bissau in den 60er Jahren unterstützt, die USA im Vietnam-Krieg, das türkische Militärregime gegen den kurdischen Befreiungskampf, das weiße südafrikanische Kolonialregime gegen die schwarze Bevölkerung des Landes. Nun soll die Bundeswehr direkt intervenieren, z.B. in Osteuropa, in Kurdistan ... Die entsprechende Verfassungsänderung wurde im August von Kohl angekündigt. Die Zeitung „Die Welt“ berichtete am 21.8.: „Er (Kohl, d. Red.) erörtere am Abend mit Parteichef Vogel und Kanzlerkandidat Lafontaine von der SPD sowie den Vorsitzenden der CSU und FDP, Theo Waigel und Otto Graf Lambsdorff, die Möglichkeit einer Verfassungsänderung. Mit dabei waren die Minister Genscher, Seitz und Stoltenberg.“ Unmittelbar nach den Wahlen soll der Antrag auf eine entsprechende Verfassungsänderung im Bundestag eingebracht werden, hat Kohl angekündigt.

Im Augenblick lauten die entsprechenden Passagen des Grundgesetzes:

Artikel 87 a, Abs. 2: „Außer zur Verteidigung dürfen die Streitkräfte nur eingesetzt werden, soweit dies Grundgesetz es ausdrücklich zuläßt.“

Art. 24 (Kollektives Sicherheitssystem): „(1) Der Bund kann durch Gesetz Hoheitsrechte auf zwischenstaatliche Einrichtungen übertragen. (2) Der Bund kann sich zur Wahrung des Friedens einem System gegenseitiger kollektiver Sicherheit einordnen ...“

Als letzteres gilt z.B. die Nato.

Umweltschutz als Staatsziel

Die von allen Parlamentsparteien propagierte Aufnahme des Umweltschutzes als Staatsziel ins Grundgesetz ist in der letzten Legislaturperiode gescheitert. Von Unions- und FDP-Seite war eine Zusatzklausel verlangt worden: „Das nähere regeln die Gesetze“. Weil die SPD dieser Einschränkung nicht zustimmen wollte, verfehlte der Antrag der Regierung die Zweidrittelmehrheit. Die Anträge der SPD (Umweltschutz als Staatsziel ohne Einschränkung) und der Grünen (Umweltschutz als Staatsziel und individuell einklagbares Grundrecht) scheiterten ebenfalls.

Asylrecht

Hier liegt seit Oktober ein Antrag der baden-württembergischen Landesregierung auf Verfassungsänderung im Bundesrat vor (Bundesratsdrucksache 684/90). Danach soll in Artikel 16 GG der Satz: „Politisch Verfolgte genießen Asylrecht“ durch folgende Zusätze eingeschränkt werden: „Durch Bundesgesetz können die Voraussetzungen geregelt werden, unter denen die Bundesregierung durch eine Rechtsverordnung Staaten benennen kann, in denen nach allgemeiner Überzeugung keine politische Verfolgung stattfindet.“ Flüchtlinge aus solchen behördlich für „freiheitlich“ erklärten Staaten sollen bereits an der Grenze zurückgewiesen oder sofort

abgeschoben werden können. Zusätzlich soll für Asylbewerber der Rechtsweg (gerichtliche Klage gegen ablehnende Asylbescheide) aufgehoben werden. Das Asylrecht, Schutzrecht gegen staatliche Willkür, wäre in sein Gegenteil verkehrt: In staatliches Willkür-Recht gegen Flüchtlinge.

Ausländerrecht, deutsch-völkisches Staatsbürgerrecht

Hier operieren die Reaktionäre mehrleisig. Erstens direkt über das Ausländerrecht. Mit der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts, selbst ein kommunales Wahlrecht für Ausländer sei mit dem Grundgesetz nicht vereinbar, ist der völkisch-deutsche Grundzug der geltenden BRD-Verfassung bekräftigt. Die Rechtlosigkeit von über 4 Millionen Ausländern in der BRD soll fortgelten, um den BRD-Konzernen auch künftig die Extraprofite aus der Ausbeutung dieser Lohnabhängigen zu sichern.

Gleichzeitig gilt Artikel 116 des Grundgesetzes fort. Er definiert „Deutsche“ in direkter Anknüpfung an die NS-Volksgruppenpolitik:

„(1) Deutscher im Sinne dieses Grundgesetzes ist vorbehaltlich anderweitiger gesetzlicher Regelungen, wer die deutsche Staatsangehörigkeit besitzt oder als Flüchtling oder Vertriebener deutscher Volkszugehörigkeit oder als dessen Ehegatte oder Abkömmling in dem Gebiete des Deutschen Reiches nach dem Stande vom 31. Dezember 1937 Aufnahme gefunden hat ...“

Das auf Grundlage dieser völkisch-großdeutschen Staatsbürgerschaft noch heute geltende „Vertriebenengesetz“ unterscheidet weiter zwischen „Reichsdeutschen“ und „Volksdeutschen“. Als „Heimatgebiete“ von „Volksdeutschen“ nennt dieses Gesetz sämtliche Gebiete in Osteuropa und der UdSSR, in die sich die BRD einmischen will: „die zur Zeit unter fremder Verwaltung stehenden deutschen Ostgebiete, Danzig, Estland, Lettland, Litauen, die Sowjetunion, Polen, die Tschechoslowakei, Ungarn, Rumänien, Bulgarien, Jugoslawien oder Albanien“. Als Kriterium der Zugehörigkeit zu „Volksdeutschen“ genügt ein sichtbares Bekenntnis zur deutschen Sache.

Auf Grundlage dieser völkischen Definition der Staatsbürgerschaft beansprucht die Bundesregierung für ihre 5. Kolonnen in anderen Staaten eine „Obhutspflicht“. Diese „Obhutspflicht“ verstößt direkt gegen Grundsätze des Völkerrechts, insbesondere den der Nichteinmischung in innere Angelegenheiten fremder Staaten.

Völkisch-großdeutsche Einmischung in benachbarte Staaten — die Vertriebenenverbände verlangen u.a. massive Entschädigungen für die Beschlagnahme reichsdeutschen Besitzes nach der Niederschlagung des Hitlerfaschismus in diesen Ländern, Wahlrecht von „Volksdeutschen“ in Polen und der CSFR bei den Wahlen zum Bundestag usw. — und rassistische Unterdrückung aller „fremdvölkischen“ Ausländer im Inneren — diese zwei Seiten der Expansionspolitik der BRD will die Bundesregierung EG-weit absichern. Kanzleramtsminister Stavenhagen (CDU) propagierte auf dem Kongreß des (christdemokratischen) Parteienbündnisses „Europäische Volkspartei“ (EVP) im Oktober in Dublin eine „europäische Staatsbürgerschaft“. Gemeint ist eine EG-Staatsbürgerschaft, die durch Addition der bestehenden Staatsbürgerschaften der Einzelstaaten entstehen soll. Der Streit um das Wahlrecht wäre EG-intern aufgehoben, da jeder EG-Staatsbürger EG-weit wählen dürfte. Für Türken, Kurden, Jugoslawen, also die Masse der ausländischen Lohnabhängigen in der BRD, würde die Verweigerung des Wahlrechts und anderer politischer Rechte fortgelten. Drittens wäre die völkisch-großdeutsche Staatsbürgerschafts-Bestimmung der BRD EG-weit abgesichert, die Vertriebenenverbände und andere Revanchisten könnten sich bei ihrer aggressiven Förderung von

„volksdeutschen“ 5. Kolonnen in Osteuropa künftig auf die EG berufen.

„Neuordnung der Länder“

Die Diskussion darüber wurde im Vorfeld der DDR-Annexion von den Unionsparteien, aber auch der SPD (Senator Gobrecht aus Hamburg) losgetreten. Ihr gingen längere Polemiken u.a. durch Vorstandssprecher der Deutschen Bank gegen „Kleinstaaterei“ voraus. Dabei geht es den Konzernen und ihren politischen Parteien u.a. um eine Neufassung von Artikel 29 GG („Neugliederung des Bundesgebiets“), der für eine solche Neugliederung ein Bundesgesetz mit Zustimmung der betroffenen Länder und einen Volksentscheid zwingend vorschreibt. Die Reaktionäre betrachten diese Bestimmung für die Schaffung größerer Länder, in denen sie bei Investitionsentscheidungen ungehindert als bisher operieren wollen, als „Sperrklausel“ und wollen sie aufheben. Ihr Ziel ist eine weitere Zentralisation der Staatsmacht und eine weitere Unterhöhnung kommunaler und länderbezogener Rechte.

EG-Binnenmarkt

Der EG-Binnenmarkt soll 1992 in Kraft treten. Von reaktionärer Seite ist verschiedentlich darauf hingewiesen worden, daß damit Verfassungsänderungen verbunden sein können. Um nur die wichtigsten zu nennen: Im Falle einer EG-Währungsunion ginge die Währungshoheit an die geplante EG-Zentralbank „Eurofed“ über, diese soll jeder Kontrolle durch die Parlamente der Ein-

zelstaaten entzogen sein. Faktisch ist geplant, daß die Bank sich nur mit den Vorständen der größten EG-Monopole abstimmen muß. Bisher gelten auf diesem Gebiet u.a. Artikel 88 („Der Bund errichtet eine Währungs- und Notenbank als Bundesbank“) sowie Art. 73 (die sogenannte „ausschließliche Gesetzgebung“ des Bundes über „4. das Währungs-, Geld- und Münzwesen“). Mögliche weitere Verfassungsfolgen könnte eine Neuordnung der Steuern sein. Von reaktionärer Seite wird hier u.a. die Beseitigung der (kommunalen) Gewerbesteuer verlangt. Tangiert hiervon wären u.a. die Artikel 106f. GG, in denen die Gewerbesteuer direkt genannt wird und Bestimmungen zur Finanzverteilung zwischen Bund und Ländern enthalten sind. Die Zentralisation der Staatsmacht im Zuge der DDR-Annexion und der „Neugliederung der Länder“ soll so mit einer Zentralisation der Steuerhoheit und der staatlichen Finanzmittel einhergehen. Weitere Entrechtung der Gemeinden und weitere Ausschaltung von öffentlicher Einflußnahme auf ihre wirtschaftlichen Entscheidungen ist das Ziel der Konzerne.

Verbot der Faschisten

Im Gebiet der DDR ist das Verbot faschistischer Organisationen schon im Vorgriff auf die Annexion beseitigt worden. Bisher gab es in der antifaschistischen Bewegung der BRD einen breiten Konsens, für ein Verbot faschistischer Organisationen nach Artikel 139 GG einzutreten. Dieser lautet: „Die zur Befreiung des deutschen Volkes von Natio-

nalsozialismus und Militarismus erlassenen Rechtsvorschriften werden von den Bestimmungen dieses Grundgesetzes nicht berührt.“ Damit waren von der Anti-Hitler-Koalition fixierte Normen wie das Verbot faschistischer Propaganda, faschistischer Organisationen u.ä. gemeint. Nach der Aufhebung der noch verbliebenen Rechte der Vier Mächte bezüglich Deutschland als Ganzes ist dieser Artikel 139 GG — ganz abgesehen davon, daß die Reaktionäre ihn schon lange für ungültig erklärt hatten — nun tatsächlich gegenstandslos geworden. Die Forderung nach Verbot faschistischer Organisationen kann sich rechtlich nur noch auf Normen des internationalen Rechts stützen, beispielsweise auf Beschlüsse der UNO.

Immerhin hat die Sowjetunion im „2 + 4“-Vertrag die Bundesregierung zu einem Briefwechsel veranlaßt, der Bestandteil des Vertrags ist und in dem es heißt: „Sie (die sog. „freiheitlich-demokratische Grundordnung“, d. Verf.) bietet die Gewähr dafür, daß Parteien ... sowie Vereinigungen, die sich gegen die verfassungsmäßige Ordnung oder den Gedanken der Völkerverständigung richten, verboten werden können. Dies betrifft auch Parteien und Vereinigungen mit nationalsozialistischen Zielsetzungen.“ Hervorhebung v. d. Verf.) Für die antifaschistischen Kräfte in der BRD enthält dieser Vertrag also noch einen völkerrechtlichen Ansatzpunkt, um weiterhin für eine gesellschaftliche und gesetzliche Ächtung faschistischer Organisationen und ihrer Propaganda einzutreten.

Verfassungsänderungen und Vorhaben im „Einigungsvertrag“ und „2 + 4“-Vertrag

1. Änderungen und Pläne im sog. „Einigungsvertrag“

»Artikel 4

Beitrittsbedingte Änderungen des Grundgesetzes

Das Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland wird wie folgt geändert:

1. Die Preamble wird wie folgt gefaßt: „Im Bewußtsein seiner Verantwortung vor Gott und den Menschen, von dem Willen beseelt, als gleichberechtigtes Glied in einem vereinten Europa dem Frieden der Welt zu dienen, hat sich das Deutsche Volk kraft seiner verfassungsgebenden Gewalt dieses Grundgesetz gegeben. Die Deutschen in den Ländern Baden-Württemberg, Bayern, Berlin, Brandenburg, Bremen, Hamburg, Hessen, Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, Saarland, Sachsen, Sachsen-Anhalt, Schleswig-Holstein und Thüringen haben in freier Selbstbestimmung die Einheit und Freiheit Deutschlands vollendet. Damit gilt dieses Grundgesetz für das gesamte Deutsche Volk.“

2. Artikel 23 wird aufgehoben.

3. Artikel 51 Abs. 2 des Grundgesetzes wird wie folgt gefaßt: „(2) Jedes Land hat mindestens drei Stimmen, Länder mehr als zwei Millionen Einwohnern haben vier, Länder mit mehr als sechs Millionen Einwohnern fünf, Länder mit mehr als sieben Millionen Einwohnern sechs Stimmen.“

4. Der bisherige Wortlaut des Artikels 135a wird Absatz 1. Nach Absatz 1 wird folgender Wortlaut angefügt:

„(2) Absatz 1 findet entsprechende Anwendung auf Verbindlichkeiten der Deutschen Demokratischen Republik oder ihrer Rechtsträger sowie auf Verbindlichkeiten des Bundes oder anderer Anstalten des öffentlichen Rechts, die mit dem Übergang von Vermögenswerten der Deutschen Demokratischen Republik auf Bund, Länder und Gemeinden im Zusammenhang stehen und auf Verbindlichkeiten, die auf Maßnahmen

der Deutschen Demokratischen Republik oder ihrer Rechtsträger beruhen.“

5. In das Grundgesetz wird folgender neuer Artikel 143 eingefügt:

»Artikel 143

(1) Recht in dem in Artikel 3 des Einigungsvertrags genannten Gebiet kann längstens bis zum 31. Dezember 1992 von Bestimmungen dieses Grundgesetzes abweichen, soweit und solange infolge der unterschiedlichen Verhältnisse die völlige Anpassung an die grundgesetzliche Ordnung noch nicht erreicht werden kann. Abweichungen dürfen nicht gegen Artikel 19 Abs. 2 verstoßen und müssen mit den in Artikel 79 Abs. 3 genannten Grundsätzen vereinbar sein. (2) Abweichungen von den Abschnitten II, VIIIa, IX, X und XI sind längstens bis zum 31. Dezember 1995 zulässig. (3) Unabhängig von Absatz 1 und 2 haben Artikel 41 des Einigungsvertrags und Regelungen zu seiner Durchführung auch insoweit Bestand, als sie vorsehen, daß Eingriffe in das Eigentum auf dem in Artikel 3 dieses Vertrags genannten Gebiet nicht mehr rückgängig gemacht werden.“

6. Artikel 146 wird wie folgt gefaßt:

»Artikel 146

Dieses Grundgesetz, das nach Vollendung der Einheit und Freiheit Deutschlands für das gesamte deutsche Volk gilt, verliert seine Gültigkeit an dem Tage, an dem eine Verfassung in Kraft tritt, die von dem deutschen Volke in freier Entscheidung beschlossen worden ist.“

Artikel 5

Künftige Verfassungsänderungen Die Regierungen der beiden Vertragsstaaten empfehlen den gesetzgebenden Körperschaften des vereinten Deutschlands, sich innerhalb von zwei Jahren mit den im Zusammenhang mit der deutschen Einigung aufgeworfenen Fragen zur Änderung oder Ergänzung des Grundgesetzes zu befassen, insbesondere: — in bezug auf das Verhältnis zwischen Bund und Ländern entsprechend dem Gemeinsamen Beschluß der Ministerpräsidenten vom 5. Juli 1990,

— in bezug auf die Möglichkeit einer Neugliederung für den Raum Berlin/Brandenburg abweichend von den Vorschriften des Artikels 29 des Grundgesetzes durch Vereinbarungen der beteiligten Länder, — mit den Überlegungen zur Aufnahme von Staatszielbestimmungen in das Grundgesetz sowie — mit der Frage der Anwendung des Artikels 146 des Grundgesetzes und in deren Rahmen einer Volksabstimmung ...

Artikel 30

Arbeit und Soziales

(1) Es ist Aufgabe des gesamtdeutschen Gesetzgebers, 1. das Arbeitsvertragsrecht sowie das öffentlich-rechtliche Arbeitszeitrecht einschließlich der Zulässigkeit von Sonn- und Feiertagsarbeit und den besonderen Frauenschutz möglichst bald einheitlich neu zu kodifizieren, 2. den öffentlich-rechtlichen Arbeitsschutz in Übereinstimmung mit dem Recht der Europäischen Gemeinschaften und dem damit konformen Teil des Arbeitsschutzrechtes der Deutschen Demokratischen Republik zeitgemäß neu zu regeln ...

Artikel 31

Familie und Frauen

(1) Es ist Aufgabe des gesamtdeutschen Gesetzgebers, die Gesetzgebung zur Gleichberechtigung zwischen Männern und Frauen weiterzuentwickeln. (2) Es ist Aufgabe des gesamtdeutschen Gesetzgebers, angesichts unterschiedlicher rechtlicher und institutioneller Ausgangssituationen bei der Erwerbstätigkeit von Müttern und Vätern die Rechtslage unter dem Gesichtspunkt der Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu gestalten ...

(4) Es ist Aufgabe des gesamtdeutschen Gesetzgebers, spätestens bis zum 31. Dezember 1992 eine Regelung zu treffen, die den Schutz vorgeburtlichen Lebens und die verfassungskonforme Bewältigung von Konfliktsituationen

Fortsetzung S. 11, linke Spalte unten

Dokumentiert: Grundgesetz-Diskussion in der Presse

1989: Erste Überlegungen zu Regierbarkeit, EG, Föderalismus

Unter veränderten politischen und sozialen Rahmenbedingungen müssen die „Grundgegebenheiten“ der Demokratie, die sich unter der 40jährigen Ägide des Grundgesetzes herausgebildet haben, ihre „Bewährungsprobe“ bestehen. Darin waren sich die Referenten der Tagung „Christen und Grundgesetz“ ... einig. Und so war an diesem Wochenende im Kölner „Maternushaus“ viel von „Erosionen“ die Rede — in Kirche, Staat und Gesellschaft. Konrad Repgen, Paul Mikat, Axel von Cammerhausen, Hans Maier und Roman Herzog analysierten vor geladenen Gästen — unter ihnen der Bundespräsident, der Kölner Kardinal Meisner und Bischof Lehmann, Vorsitzender der Deutschen Bischofskonferenz — die Herausforderungen für die grundgesetzliche Ordnung ... Auch als Optimist ... ließ Herzog es sich nicht nehmen, eindringlich vor „Gefährdungen der verfassungsmäßigen Ordnung“ zu warnen. Mehr und mehr schwinde das Verständnis für den Wert des Wohlstands, damit schwinde zugleich die Überzeugungskraft eines Verfassungskonsenses, „der diesen Wohlstand in wesentlichen Teilen ermöglicht hat“. Im Zeichen eines „Auseinanderdriftens der weltanschaulichen Positionen“ sei die ... pluralistische Ordnung an ihre Grenzen gestoßen; es fehle an integrierenden Elementen. Nationale Idee oder das Gefühl der militärischen Bedrohung seien verblaßt ...

Die Welt, 3.4.1989

Fortsetzung von S. 10 unten

schwangerer Frauen vor allem durch rechtlich gesicherte Ansprüche für Frauen, insbesondere auf Beratung und soziale Hilfen besser gewährleistet. Zur Verwirklichung dieser Ziele wird in dem in Artikel 3 genannten Gebiet mit finanzieller Hilfe des Bundes unverzüglich ein flächendeckendes Netz von Beratungsstellen verschiedener Träger aufgebaut ...

Quelle: Bt-Drucksache 11/7760 vom 31. 8. 90

Festlegungen des „2 + 4“-Vertrags

„Artikel 1

- (1) Das vereinte Deutschland wird die Gebiete der Bundesrepublik Deutschland, der Deutschen Demokratischen Republik und ganz Berlins umfassen. Seine Außengrenzen werden die Grenzen der Deutschen Demokratischen Republik und der Bundesrepublik Deutschland sein und werden am Tage des Inkrafttretens dieses Vertrags endgültig sein. Die Bestätigung des endgültigen Charakters der Grenzen des vereinten Deutschland ist ein wesentlicher Bestandteil der Friedensordnung in Europa.
- (2) Das vereinte Deutschland und die Republik Polen bestätigen die zwischen ihnen bestehende Grenze in einem völkerrechtlich verbindlichen Vertrag.
- (3) Das vereinte Deutschland hat keinerlei Gebietsansprüche gegen andere Staaten und wird solche auch nicht in Zukunft erheben.
- (4) Die Regierungen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik werden sicherstellen, daß die Verfassung des vereinten Deutschland keinerlei Bestimmungen enthalten wird, die mit diesen Prinzipien unvereinbar sind ...

Artikel 3

- (1) Die Regierungen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik bekräftigen ihren Verzicht auf Herstellung und Besitz von und auf Verfügungsgewalt über atomare, biologische und chemische Waffen ...

Gemeinsamer Brief

(Genschers und de Maizieres an die Außenminister der vier Mächte, d. Red.) ... 3. Der Bestand der freiheitlich-demokratischen Grundordnung wird auch im vereinten Deutschland durch die Verfassung geschützt. Sie bietet die Grundlage dafür, daß Parteien, die nach ihren Zielen oder nach dem Verhalten ihrer Anhänger darauf ausgehen, die freiheitlich-demokratische Grundordnung zu beeinträchtigen oder zu beseitigen, sowie Vereinigungen, die sich gegen die verfassungsmäßige Ordnung oder gegen den Gedanken der Völkerverständigung richten, verboten werden können. Dies betrifft auch Parteien und Vereinigungen mit nationalsozialistischen Zielsetzungen ...

Quelle: Bulletin der Bundesregierung, 14. 9. 90

... Die Integration Europas ist in ein Stadium zunehmender Dynamik gestiegen. Die Terminierung des Binnenmarktes für 1992 hat Integrationsdruck erzeugt. Nach 1992 sollen 80 Prozent aller nationalen Gesetze europäischen Ursprungs sein. Dies bedeutet eine gewaltige Verlagerung von Kompetenzen und damit Entscheidungsmacht der Mitgliedstaaten auf Europa.

Der Machtverlust geht zu einem hohen Anteil zu Lasten der Länder, speziell der Landesparlamente ... Europäische Regelungen und Kontrollen erstrecken sich neuerdings auf angestammte, ureigene Länderbereiche wie Medienrecht, Kultur, regionale Wirtschaftspolitik ...

Handelsblatt, 21.11.89

Grüne, Frauen, Humanistische Union und andere Beiträge

Die Humanistische Union hat ... Vorschläge gemacht, die wir im Wortlaut dokumentieren ...

... Diese neue Verfassung ... muß ... insbesondere folgenden Anforderungen entsprechen:

1. Friedensstaatlichkeit und Umweltschutz müssen als Grundlagen des Staates zusätzlich in die Verfassung aufgenommen werden.
2. Niemand darf zu Wehr- oder Ersatzdienst verpflichtet werden.
3. Die Grundlage eines jeden demokratischen Staates ist der Wille der Bevölkerung. Deshalb müssen ihre Gestaltungsrechte gestärkt und Volksbegehren sowie Volksentscheid in die Verfassung verankert werden.

Das Wahlrecht steht allen im Staatsgebiet lebenden Männern und Frauen unabhängig von ihrer Staatsangehörigkeit zu.

4. Der Staat hat in allen Meinungs- und Glaubensfragen neutral zu sein. Die Trennung von Staat und Kirche muß daher ebenso gewährleistet werden wie die freie vom Staat unbeflößte Religionsausübung. Religion ist Privatsache.
5. Der Schutz der Privatheit muß ausgebaut werden. Hierzu ist auch die Erweiterung des Datenschutzes erforderlich. Verfassungsschutz- und Staatssicherheitsbehörden haben in dem neuen deutschen Staat keinen Platz ...
6. Zum Schutz der Privatheit gehört auch die Achtung vor der Entscheidung der Frau, ob sie eine Schwangerschaft austragen will oder nicht ...
9. Der schon heute im Grundgesetz angelegte Sozialstaat ist so auszubauen, daß Staatsziel auch die Verschaffung eines Arbeitsplatzes, von ausreichendem Wohnraum und von gleichen Bildungschancen für jeden wird.

Frankfurter Rundschau, 10. 3. 90

Für eine „breite öffentliche Verfassungsdiskussion“ mit Absicherung im zweiten Staatsvertrag haben sich die Journalistin Lea Rosh und der ehemalige Bundesverfassungsrichter Helmut Simon ausgesprochen. Sie kündigten in Karlsruhe als Mitglieder des am 16. Juni gegründeten „Kuratoriums für einen demokratisch verfaßten Bund deutscher Länder“ weitere Aktionen an ... Prominente Mitglieder sind der Schriftsteller Günter Grass, Otto Schily, Bärbel Bohley und Friedrich Schorlemmer ... sprechen für das Kuratorium die frühere Ministerin am Runden Tisch der DDR, Tatjana Böhm, sowie Wolfgang Templin, ein ... DDR-Bürgerrechtler ...

Süddeutsche Zeitung, 18. 7. 90

Die Bundesregierung weigert sich, die deutsche Verantwortung gegenüber Opfern der NS-Zeit in der Prämie des Grundgesetzes zu verankern ... Heinz Galinski wollte hier die „Verantwortung für die Vergangenheit und die Ver-

pflchtung gegenüber allen Opfern des Faschismus festschreiben“ ...

Die Tageszeitung, 21. 9. 90

„Positive Rechte können eingeklagt werden“. Angeregt durch den Entwurf des Runden Tisches für eine neue Verfassung machen sich inzwischen Frauen verschiedener politischer Hintergründe für mehr Frauenrechte in der Verfassung stark ...

„Was erhoffen Sie sich von der Initiative „Frauen in bester Verfassung“? Renate Sandrozinski: Wir wollten deutlich machen, daß in der Diskussion über eine neue Verfassung ... Frauen unbedingt mitmischen müssen. Wir stellten uns eine paritätisch besetzte verfassungsgebende Versammlung vor und eine Verfassung, in der Frauenrechte explizit aufgenommen werden müßten ...

Christiane Bretz: ... Wir haben vorgeschlagen, daß in Artikel drei als Staatszielbestimmung die Chancengleichheit von Frauen und Männern stärker definiert werden muß. Ein zweiter Punkt ist, wie das Recht auf einen Kindergartenplatz definiert werden kann. Ein weiterer Punkt ist, obwohl wir da immer auf Granit beißen, das Recht auf Arbeit. Aber nicht so, wie die DDR das definiert hat: Jeder soll und muß arbeiten, und damit verbunden ein gewisser Arbeitszwang. Das lehnen wir ab. Ein weiterer Punkt ist die Gleichstellung der Geschlechter, und damit die Förderung von Frauen, die notfalls auch eine Bevorzugung sein kann ...

Anzeige

ROTTER TISCH

BRD- und DDR-Linke

diskutieren über die Verfassung

36 Seiten, Preis 3,50 DM

Bestellung: GNN, Zülpicher Str. 7, 5000 Köln 1

*

„Frauen für eine neue Verfassung“. Unter diesem Titel lädt die Frankfurter Dezerntin für Frauen und der Schwerpunkt „Frauenforschung“ der Goethe-Universität am Samstag, den 29. 9. zu einem großen Forum in die Paulskirche in Frankfurt/Main ... ein. Am Ende soll dort ein gemeinsames Manifest verabschiedet werden.

„Frauen in bester Verfassung“ heißt eine Initiative der „Humanistischen Union“, das Grundgesetz um eine Reihe von Grundrechten zu ergänzen, die die Gleichberechtigung und den Schutz von Frauen verbessern sollen.

DGB-Frauen und DDR-Politikerinnen fordern öffentlich ein in der Verfassung verankertes Recht auf Arbeit und Kinderbetreuung, sowie Frauenfördermaßnahmen.

Die Bundesarbeitsgemeinschaft „Lesbenpolitik“ der Grünen sammelt seit Monaten Unterschriften für eine Erweiterung des Artikels 3 des Grundgesetzes um den Passus, daß keine Person „wegen ihrer sexuellen Orientierung“ diskriminiert werden darf ...

Renate Sandrozinski, Autorin und langjährige Streiterin gegen den Paragraphen 218, ist Mitautorin des Aufrufs „Frauen in bester Verfassung“. Christiane Bretz, stellvertretende Vorsitzende des DGB Westberlin, hat den Aufruf der DGB-Frauen und DDR-Politikerinnen mitverfaßt ...

Die Tageszeitung, 25. 9. 90

Kongreß der Grünen und des Bündnis 90 für eine neue Verfassung ... Zum Auftakt eines zweitägigen rechtspolitischen Kongresses in Berlin haben sich führenden Politiker der Grünen und des Bündnis 90 für die Schaffung einer neuen Verfassung ... ausgesprochen ...

Die Tageszeitung, 16. 10. 90

Beiträge von FDP, SPD und aus Unionskreisen

Für eine Weiterentwicklung des Grundgesetzes hat sich auch die stellvertretende Bundesvorsitzende der FDP, Irmgard Adam-Schwaetzer, am Wochenende in Stuttgart ausgesprochen. Auf dem Liberalen Jugendtag forderte sie ... die Aufnahme von Elementen der direkten Demokratie ins Grundgesetz, wie zum Beispiel den Volksentscheid. Außerdem ... „Staatszielbestimmungen“ für den Umweltschutz, für das Recht auf Wohnung, auf Ausbildung und auf den Schutz der eigenen Daten. Genschler meinte, daß die Deutschen ... darüber abstimmen sollten, ob Bundeswehresoldaten künftig an Einsätzen der UN-Friedenstruppen teilnehmen sollten.

Die Tageszeitung, 16. 10. 90

Plädoyer für einen neuen Parlamentarischen Rat. Von Dieter Grimm, Richter am Bundesverfassungsgericht ...

... Aus inhaltlichen Gründen besteht daher keine Notwendigkeit für eine neue Verfassung. Gleichwohl verlangt die Situation vom deutschen Volk eine Entscheidung über die Verfassung, unter der es nach seiner Vereinigung leben will ... Der vom Grundgesetz gefasste Staat vergrößert sich in Kürze um einen Bevölkerungsteil, der die Qualität des Grundgesetzes nur vom Hörensagen kennt ... Die Bevölkerung der DDR war an der Ausarbeitung des Grundgesetzes nicht beteiligt ... Die beste Möglichkeit, eine Pflicht zur Neukonstituierung festzulegen, bietet der zweite Staatsvertrag. In ihm sollte daher die Einberufung eines Verfassungsrates nach dem Muster des Parlamentarischen Rates für 1991 vereinbart werden, der die notwendigen Änderungen des Grundgesetzes berät, mit Zweidrittelmehrheit verabschiedet und dann dem Volk zur Abstimmung unterbreitet ...

Die Zeit, 10. 8. 90

Bundesländer wollen Grundgesetz ändern ... Nordrhein-Westfalen, Baden-Württemberg, Bayern, Hessen, Rheinland-Pfalz und das Saarland haben im Bundesrat einen Antrag zur Änderung des Grundgesetzes eingebracht, wonach künftig jede Übertragung von Hoheitsrechten auf zwischenstaatliche Einrichtungen nur mit Zustimmung des Bundesrates zulässig sein soll ...

FAZ, 1. 3. 90

Das letzte Wort dem Volke. Von Ernst Benda ... Die meisten Vorschläge, die ... zu einer Änderung oder Ergänzung des Grundgesetzes aus der DDR gekommen sind und die etwa in dem Verfassungsentwurf des „Runden Tisches“ ihren Ausdruck gefunden haben, haben wenig Überzeugungskraft ... Aber auch wenn ... wenig Änderungsbedarf für eine Verfassungsordnung gesehen wird, die sich bewährt hat, ist dies kein ausreichender Grund, einer Diskussion auszuweichen ... Je intensiver und offener der Dialog geführt wird, desto größer ist die Chance, daß der Konsens, der das Grundgesetz im Bewußtsein der Bürger der Bundesrepublik getragen hat, künftig die Menschen in ganz Deutschland erfaßt ...

Die Zeit, 14. 9. 90

... CSU-Politiker um den Abgeordneten Scheu befürchten schon ... das Ziel der SPD sei eine „andere Republik“. Daher warben sie bei den Führungen der Unionsparteien ... für eine dritte Strategie: Änderungsbegehren selbst zuvorkommen und das Grundgesetz alsbald dem Volk zur Abstimmung vorzulegen. „Der Artikel 146 macht den zum Sieger, der die Initiative ergreift“, sagt Scheu ...

FAZ, 24. 9. 90

Der Diskussion um eine Verfassungsreform sollte mehr Spielraum eingeräumt werden ... Steuergesetze fallen so differenziert aus, daß nur noch die Steuerberater sie durchschauen. Die Farbe der Dachziegel auf dem Eigenheim schreibt derselbe Staat vor, der sich nicht in der Lage sieht, die Abfallkörbe ... regelmäßig zu entleeren. Im Mietrecht greift der Staat in die freie Vertragsgestaltung ein, im Arbeitsrecht hingegen verabschiedet er sich stillschweigend ... Einfache Volkszählungen gelingen heute nur mühsam im zweiten Anlauf. Gleichzeitig bilden sich in den Städten Enklaven, in die der Arm der Polizei kaum noch hineinreicht ... Der Befund ist nicht geeignet, die bundesdeutsche Verfassung als Prunkstück ohne Fehl und Tadel zu feiern ...

Der Zusammenschluß von Ost und

West bietet daher eine nahezu ideale Gelegenheit, darüber nachzudenken, wie ... gleichzeitig die Mängel unserer eigenen Verfassung ausgebügelt werden können. Dem schwerwiegenden Funktionsmangel, der von der bürokratisch-politischen Kooperation im Bundesrat ausgeht, ließe sich beikommen, wenn die Kandidaten der zweiten Kammer direkt gewählt würden ...

Wirtschaftswoche, 29. 6. 90

Weitere Materialien zur Verfassungsdiskussion: Die Welt, 16. 8. 90 (Prof. Kriele zu Forderungen von SPD und Grünen); Die Welt, 21. 8. 90 (Bundeswehreinsatz im Ausland); Die Welt, 23. 4. 90 (Staatsrechtler Dürig und Häberle zur Verfassungsreform); FAZ, 7. 4. 90 (Prof. Benöhr zum „Recht auf Arbeit“); Der Spiegel, 15. 10. 90 (Lau-fende Diskussion bei SPD und Regierung); FAZ, 10. 3. 90 (W. Hennis zur Verfassung „des zukünftigen Deutschland“); Die Welt, 2. 7. 90 (Franz Gress zur Föderalismus-Diskussion); Handelsblatt, 16. 7. 90 (Bericht von einer SPD-Verfassungsreform-Tagung); FAZ, 28. 7. 90 (B. Rüthers zur Diskussion um „soziale Grundrechte“); FAZ, 2. 8. 90 (F.K. Fromme zur laufenden Diskussion). Von Bedeutung für die Diskussion der politischen Rechten ist noch immer der Schlußbericht der „Enquetekommission Verfassungsreform“ aus dem Jahre 1976 (Drucksache 7/5924). Diese hatte sich u.a. mit Volksbegehren und Volksentscheid, Wahlterminen der Länder, Stellung der Gemeinden, EG befaßt.

Politische Berichte

Zeitschrift des Bundes Westdeutscher Kommunisten — erscheint vierzehntäglich. Herausgeber: Bundesdelegiertenkonferenz des Bundes Westdeutscher Kommunisten (BWK) 5 Köln 1, Zülpicher Straße 7, Postfach 260 226 Tel.: 0221/21 64 42.

Herausgeber für die Bundesdelegiertenkonferenz des BWK: Christoph Cornides, Jörg Delfen, Martin Fochler, Christiane Schneider. Sie erscheint im Verlag GNN Verlagsgesellschaft Politische Berichte m.b.H., 5000 Köln 1, Zülpicher Str. 7, Tel. 0221/21 16 58, Datenlefon: 0221/24 69 15, Telefax: 0221/21 53 73. Konten: Postgromat Köln, BLZ 370 100 50, Kto. Nr. 104 19-507 und Bank für Gemeinwirtschaft, BLZ 370 101 11, Kto. Nr. 11 44 39 36 00.

Bezugsbedingungen: Einzelpreis: 1,50 DM. Ein Halbjahresabonnement Politische Berichte kostet 26,- DM, ein Jahresabonnement Politische Berichte 52,- DM. Bestellungen bitte an die unten angegebenen regionalen Versandstellen richten.

Verantwortliche Redakteure: für Aktuelles aus Politik und Wirtschaft: Ulrike Delfen, für Auslandsberichterstattung: Rüdiger Lötzer, für Reportagen und Berichte regional: Günter Baumann; für Aus Kultur und Wissenschaft: Angela Lux; für Aus Verbänden und Parteien — Diskussion, Dokumentation: Spezialberichte: Alfred Küstler. Bei der regionalen Berichterstattung wirken mit: Nachrichtenverband niedersächsischer Betriebs- und Lokalzeitungen, Arbeitsgemeinschaft Landesberichterstattung Nordrhein-Westfalen, Nachrichtenverband baden-württembergischer Betriebs- und Lokalzeitungen, Nachrichtenverband bayerischer Betriebs- und Lokalzeitungen. Quellenhinweis: Artikel und Nachrichten der AG Stahl- und Metallindustrie: AGM, der AG Medien in der Volksfront: AGMe, des NH Chemische Industrie: AGCH, der AG für Beschäftigte im Dienstleistungsgewerbe: AGD, der AG gegen reaktionäre Gesundheitspolitik: AGG, der AG gegen Militarismus und Repression in der Volksfront: AGJ, der AG für antifaschistische Bildungspolitik: AGB, der AG für Kommunalpolitik: AGK, der Antifaschistischen Nachrichten der Volksfront: VF. Druck: Neuer Weg Verlag und Druck GmbH, 4300 Essen 1. — Beilagenhinweis: Regelmäßig vierteljährlich: Beilage „Gesammelte Beiträge aus der Diskussion der Linken“.

Im GNN-Verlag erscheinen ebenfalls vierzehntäglich:

Nachrichtenhäfte, hrsg. von AG Stahl- und Metallindustrie, 8 S., 1,20 DM AG Medien in der Volksfront, 4 S., 0,50 DM Herausgeberkreis Nachrichten Chemische Industrie, 4 S., 0,50 DM AG Beschäftigte im Dienstleistungsgewerbe, 6 S., 0,80 M AG gegen reaktionäre Gesundheitspolitik, 8 S., 1,20 DM AG gegen Militarismus und Repression in der Volksfront, 4 S., 0,80 DM AG für antifaschistische Bildungspolitik, 8 S., 1,20 DM AG für Kommunalpolitik, 8 S., 1,20 DM

Antifaschistische Nachrichten, hrsg.: Volksfront gegen Reaktion, Faschismus und Krieg, 16 S., 1,60 DM

Bezugsbedingungen Ein Halbjahres- bzw. ein Jahresabonnement kostet Einzelpreis plus 1,- DM Portopauschale mal Anzahl der Lieferungen.

Bestelladressen:

GNN Verlagsgesellschaft Politische Berichte m.b.H. 5000 Köln 1, Zülpicher Straße 7, Postfach 260 226 GNN Verlag Schleswig-Holstein/Hamburg Güntherstr. 6a, 2000 Hamburg 76 GNN Verlagsgesellschaft Westberlin Czernikstr. 5, 1000 Westberlin 62 GNN Verlag Niedersachsen/Bremen Grenzweg 4, 3000 Hannover 1 GNN Nordrhein-Westfalen Zülpicher Straße 7, 5000 Köln 1 GNN Verlag Hessen Postfach 11 08 22, 6000 Frankfurt 11 GNN Verlagsgesellschaft Baden-Württemberg Gutenbergstr. 48, 7000 Stuttgart 1 GNN Verlagsgesellschaft Bayern Holzstr. 2, 8000 München 5

Kurdistan-Rundbrief, Hrsg.: Kurdistan-Komitee in der BRD, Feyka Kurdistan und versch. Solidaritätsgruppen, 4 S., 0,80 DM. Jahresabo: 30 DM.

Angehörigen-Info, Hrsg.: Angehörige der politischen Gefangenen in der BRD, 8 S., 1,20 DM. Halbjahresabo 28,60 DM.

Bestellungen für die beiden zuletzt angeführten Zeitschriften bitte nur an GNN-Verlag, Zülpicher Str. 7, 5000 Köln 1.

Politische Berichte zum Abonnieren — zum Kennenlernen

Hiermit bestelle ich ... Stück pro Ausgabe der Politischen Berichte (zutreffendes bitte ankreuzen)

- ☐ 10 Ausgaben für 10 Mark (belegen) zum Kennenlernen.
- ☐ im Jahresabonnement (52.— DM bei Einzelabo).
- ☐ im Halbjahresabonnement (26.— DM bei Einzelabo).
- ☐ Zahle nach Rechnungserhalt.

☐ Bankeinzug: Ich ermächtige den GNN-Verlag widerruflich, die Rechnung zu Lasten meines Kontos abzubuchen.

Name:

Straße:

Postleitzahl/Ort:

Konto-Nr./BLZ:

.....

(Bank Unterschrift)

Einsenden an: GNN, Zülpicher Str. 7, 5000 Köln 1 oder regionale Bestelladresse

25/90

Kurdische Geschichte, Sprache, Kultur, Politik

Erste kurdische Kulturwoche in Stuttgart

Der kurdische Arbeiter- und Kulturverein in Stuttgart veranstaltete vom 5. bis 10. November 1990 in Stuttgart eine kurdische Kulturwoche. Auf dieser Kulturwoche wurden verschiedene Themen wie die Geschichte, Sprache, Kultur, Politik und Literatur sowie die soziale und wirtschaftliche Lage Kurdistans aufgegriffen. Es kamen Kurdologen, Soziologen, Geschichtswissenschaftler und kurdische Politiker aus der Türkei, der Sowjetunion, der Schweiz und der BRD, die zu diesen Themen referier-

ten. Die ganze Woche wurde dreisprachig — kurdisch, türkisch, deutsch — abgehalten. Auf der Eröffnungsveranstaltung wurden Grußbotschaften vorgelesen, darunter auch Grüße der politischen Gefangenen in der Türkei und Kurdistan. Während der ganzen Woche wurde eine Bilderausstellung gemacht. Rund 2600 Leute besuchten die Veranstaltungen, die Zahl der deutschen Besucher war gering. Zum Abschluß fand eine große Kulturveranstaltung statt. — (Kurdischer Arbeiter- und Kulturverein in Stuttgart. rub)

Das kurdische Volk — eines der ältesten Völker Mesopotamiens, das man als Wiege der Zivilisation kennt — ist im Besitz einer reichen nationalen Kultur und Erbe einer Sammlung von Kunst und Literatur. Diese Werte sind

genauso bedeutend und wichtig wie unsere anderen nationalen Werte. Die folkloristischen und kulturellen sowie die historischen Reichtümer wie die Sprache, Kultur, Tänze, Lieder, Sitten und Gebräuche, Legenden,

Märchen, Heldentaten und Monumente, Geschichten und Schriften waren für das kurdische Volk eine inhaltreiche Schöpfung des geistigen Fortschritts und eine bedeutende Realität im Kampf, die bis zum heuti-

gen Tag verwendet wird. Diese Werte, die ein untrennbarer Teil des kurdischen Volkes sind, das sich geistig formt und nationalisiert, wurden ständig von Seiten der Kolonialisten zuerst zerstört und dann versucht zu vernichten.

Die kolonialistischen Mächte versuchten, unser Volk von diesem Standpunkt aus seiner Identität zu berauben, indem sie die Existenz unseres Volkes verleugneten und seine nationalen kulturellen Reichtümer ausplünderten.

Wie man sieht, wurde die Existenz des kurdischen Volkes in seiner Geschichte ständig verleugnet und seine Sprache verboten. Unter kolonialistischer türkischer, arabischer und persischer Herrschaft waren die Kurden nicht nur von Massakern betroffen, sondern auch einer Kulturausbeutung ausgesetzt. Diese Kulturausbeutung fand auf dem Gebiet der Sprache, Kultur und Kunst statt. Außerdem war die Kultur auch noch verboten und von Assimilationspolitik betroffen.

Vor allem wurde die Sprache von Seiten der türkischen Kolonialisten verboten, die kulturellen und künstlerischen Werte wurden ausgeraubt, und mit einer unglaublichen Betrügerei wurden unsere nationalen Werte durch Übertragung unserer Musik und Kultur auf das Türkische degeneriert...

Kurz gesagt: Die kolonialistischen Herrschermächte begnügten sich nicht mit der Zerstörung unserer ganzen nationalen Werte, sondern eignen sich gleichzeitig manche unserer Werte durch Raub an. Dies ist eine der größten Katastrophen, die einem Volk in seiner Geschichte zustoßen kann, weil die Kultur die Lebensader und das geistige Lebensgebiet eines Volkes ist.

Trotz dieser Katastrophen, die das kurdische Volk erleben mußte, kämpft es heute mit ganzer Kraft. Es marschiert auf seinem eigenen Boden in die Freiheit und Unabhängigkeit. Dieser Kampf ist ein erneutes Lebendigwerden und eine neue gesellschaftliche Existenz.

Es ist bekannt, daß ein Volk, das sich seiner nationalen, kulturellen Werte, Sprache und Kunst nicht annimmt, seinen ehrenhaften und freien Platz zwischen den freien Völkern der Welt nicht einnehmen kann. Ansonsten verdient es, von der ganzen freien Familie der Welt verwünscht zu werden.

Wir als patriotische Demokraten aus Kurdistan, die das Wissen und Verantwortung tragen, veranstalten die kurdische Woche, um die kulturelle Ausbeutung zu stoppen, der Zerstörung und Ausraubung unserer nationalen kulturellen Werte entgegenzutreten und um uns der gesellschaftlichen Kultur, der geistigen Werte anzunehmen und sie auf internationaler Ebene vorzustellen.

Als Kurdischer Arbeiter- und Kulturverein glauben wir mit dieser kurdischen Kulturwoche, bei der wir Kurdistans Kultur, Kunst und Literatur ausstellen und vorstellen, eine wichtige Aufgabe zu erfüllen...

Geschichte der Kurden

Die Referate beinhalteten die Herkunft der Kurden, Informationen über das Land Kurdistan, die ältere und die jüngste Ge-

schichte Kurdistans. Das Land Kurdistan wurde seit Menschengedenken ständig von Kriegen und Invasionen betroffen. Ständig versuchten die herrschenden Mächte, das kurdische Volk zu vernichten und es aus der Geschichte zu löschen. Die weitere Entwicklung des kurdischen Volkes wurde ständig unterdrückt. Alle Gesellschaftsformen, die zum Fortschritt beitrugen oder die nationale Identität bewahren, wurden vernichtet. Es wurden nur die Gesellschaftsformen übriggelassen, die das Gegenteil waren. Die Existenz des kurdischen Volkes wurde verleugnet und seine Identität geraubt. Auf das kurdische Volk wurde eine Unterdrückung ausgeübt, der man noch nicht begegnet ist, es wurden unzählige Massaker durchgeführt. Doch das kurdische Volk leistete Widerstand gegen die Kolonialmächte, es versuchte immer, seine Identität aufrecht zu erhalten. Es gab viele klassische Volksaufstände, wie z.B. Agri, Derisim, Kocgiri, Zilan u.v.a. Doch diese Aufstände wurden immer blutig niedergeschlagen und das kurdische Volk massakriert. Die Gefängnisse wurden wie heute mit kurdischen Menschen überfüllt. Bis vor kurzem waren das Land Kurdistan und das kurdische Volk noch unbekannt, doch jetzt weiß man von der Existenz eines kurdischen Volkes und dessen Leidensweg.

Das Thema Menschenrechte wurde sehr umfangreich vorgelesen, dazu wurde ein Bericht aus der Türkei, der vom Menschenrechtsvereinsvorsitzenden Hatip Dicle in Diyarbakir zu der kurdischen Kulturwoche gesandt wurde, vorgelesen. In Kurdistan wird Gewalt angewendet, Menschen werden ohne jegliche Verhandlung ermordet, unmenschliche Methoden werden angewandt, Menschen werden deportiert, ganze Dörfer werden dem Erdboden gleichgemacht, Wälder werden abgebrannt, Menschen sind dem Hunger und zahlreichen Krankheiten ausgeliefert, sie leben in schwarzen Zelten und kämpfen ums Überleben. Militärische Stützpunkte wurden errichtet. Kriegssübungen werden durchgeführt und kurdische Dörfer bombardiert. In Kurdistan ist zur Zeit das Wichtigste das Recht auf Leben oder Nichtleben.

Menschenrechte in Kurdistan

Unter dem Thema Menschenrechte wurde auch das Gefängnis in Diyarbakir behandelt, vor allem die Lage nach dem Putsch am 12. September 1980. Die Foltermethoden wurden sehr ausführlich beschrieben, z.B. wurden 50 Menschen in einen Raum von 2x2 Meter eingezwungen, Menschen wurden in Toiletten und Abflutkanäle geworfen, sie wurden gezwungen, die Spucke der Wärter vom Boden zu lecken, sie wurden Hurensöhne genannt und mußten mit „Jawohl, Sir“ antworten, sie wurden vergewaltigt und den Soldaten für diesen Zweck angeboten. Sie wurden gezwungen, zu gestehen und sich als Agenten bereit zu erklären. Doch die Gefangenen haben bis in den Tod Widerstand geleistet. Viel Blut wurde vergossen, viele sind gefallen, manche haben sich erhängt, andere sich verbrannt. Sie haben endlose Hungerstreiks durchgeführt. Bis jetzt sind 50 Gefangene in Diyarbakir gefoltert. Aber um das Gefängnis in Diyarbakir zu verstehen, muß man es selbst erleben. Auch die aktuelle Lage in diesem Gefängnis wurde zur Sprache gebracht. Um die Rechte der Gefangenen zu vernichten und ihren Widerstand zu brechen, werden Deportationen durchgeführt, und nochmals gab es Tote und Widerstand. In dieser Etappe werden

die Unterdrückungsmaßnahmen noch verstärkt weitergeführt. Das Volk leistet mit Intifada- und Todesfasten Widerstand. Die Todesstrafen werden neu behandelt. Sie sollen vollstreckt werden.

Auch wenn die Türkei sich als demokratisch bezeichnet, ist die nicht der Fall. Doch die Weltöffentlichkeit schweigt. Die Existenz des kurdischen Volkes wird nicht nur von den Kolonialmächten verleugnet, sondern auch von der Weltöffentlichkeit vor allem in Europa. Auch beim Massaker gegen das kurdische Volk in Halabja wurde geschwiegen. Der Referent sagte noch eins dazu: Sie kämpfen gegen das Waldsterben und gegen die Naturzerstörung. Es wird nicht verlangt, das kurdische Volk unbedingt zu unterstützen, uns wird es reichen, wenn sie sich für unsere Wälder interessieren, die abgebrannt werden, in Kurdistan sind die Wälder auch grün. Doch das ist auch nicht der Fall. Die Referenten haben die Öffentlichkeit dazu aufgerufen, das kurdische Volk zu unterstützen.

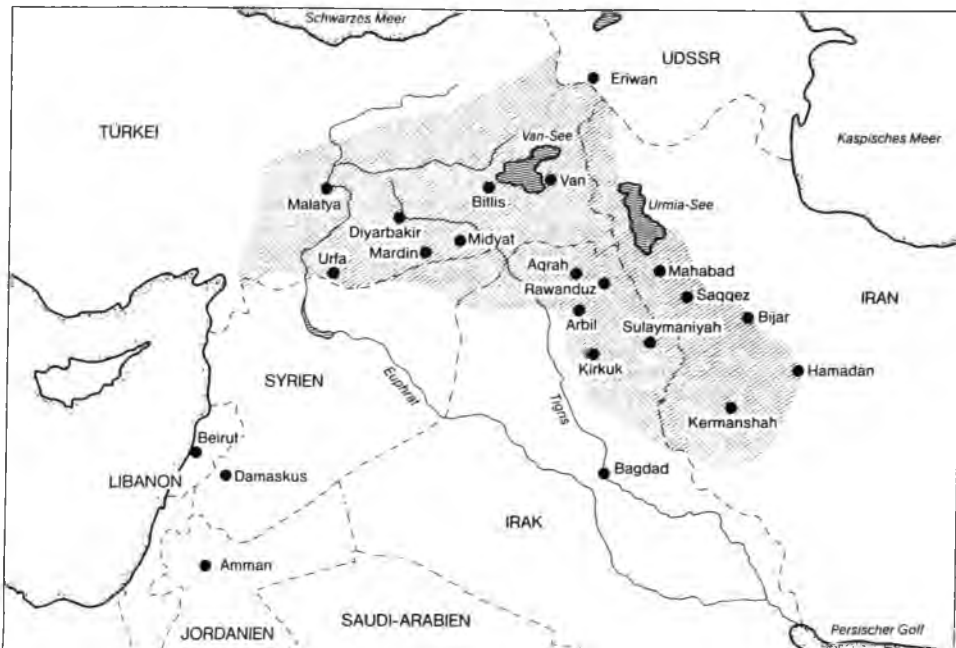
Sprache, Literatur Kunst und Kultur

Auch über Sprache, Literatur, Kunst und Kultur wurde in dieser Woche sehr ausführlich berichtet.

Die kurdische Sprache ist eine indogermanische Sprache. Sie wird in vier Dialekte aufgeteilt. Diese Dialekte sind: Kurmanci, Sorani, Zazaki und Fehli. Zwischen diesen Dialekten gibt es große Unterschiede, weil die kurdische Sprache früher sehr lange Zeit nicht geschrieben und gelesen wurde. Die kurdische Sprache wurde in ganz Kurdistan verboten, es wurde Assimilationspolitik durchgeführt, die Sprache und die Entwicklung der Sprache wurde ständig unterdrückt genauso wie die Kultur, Kunst und Literatur. Über die kurdische Literatur wußte man bis jetzt sehr wenig. In dem Referat wurde dargelegt, daß Kurdistan doch eine beachtliche Literatur hat. Es wurden die literarischen Tätigkeiten vom 11. Jahrhundert bis zum heutigen Tag erwähnt und kurdische Gedichte vorgelesen, auch Geschichten und Legenden, Heldentaten und Romane wurden vorgetragen. Auch die übrige kurdische Kultur, die genauso verboten ist, wurde angesprochen. Ausführlich wurde das Thema Musik behandelt. Die kurdischen Volkslieder, die eine Aufgabe haben zur Nachrichtenübermittlung und als ein Geschichtsbuch fungieren, haben einen sehr wertvollen Platz in der kurdischen Kultur. Denn die Geschichte der Kurden wird durch diese Lieder an die Generationen weitergegeben. Doch die kurdische Musik wurde auch assimiliert und geraubt, damit haben die Kolonialherrscher auf nationaler und internationaler Ebene Preise einkassiert. Sie eigneten sich die kurdische Musik an und gaben diese als ihre Musik aus.

Kulturveranstaltung zum Abschluß

Die kurdische Kulturwoche endete mit einer gelungenen Kulturveranstaltung. Es wurden sehr reichhaltige kulturelle Beiträge vorgeführt; Sänger und Sängerinnen, Musikgruppen und Folkloregruppen haben diese Schlußveranstaltung sehr vielfältig gestaltet. Es kamen viele Grußbotschaften, darunter befand sich die Grußbotschaft von Hatip Dicle, Dr. Ismail Beşikçi. Außerdem wurde ein Theatertext vorgeführt, in dem man die aktuelle Situation in Kurdistan darzustellen versucht hat. Ein Tätigkeitsbericht des kurdischen Arbeiter- und Kulturvereins wurde vorgelesen.



Kurdische Siedlungsgebiete

Geschichte Kurdistans und des kurdischen Volkes

Kurdistan umfaßt ein Gebiet von ca. 550.000 qkm, in dem das kurdische Volk, rund 20 Millionen Menschen, seit Jahrtausenden lebt. Dieses Gebiet hat strategische Bedeutung für den Handel und Verkehr zwischen den drei Kontinenten Europa, Afrika und Asien.

Der Ursprung der Kurden geht zurück auf indo-europäische Stämme, die als Nomadenstämme lebten. Die Meder, von denen die Kurden abstammen, siedelten um 1000 v. Chr. zwischen dem Vansee und Urmijee-See. Bis ins 7. Jh. v. Chr. dauerten die Kämpfe zwischen dem assyrischen Reich und den Medern. 612 v. Chr. eroberten die Meder die assyrische Hauptstadt Ninive. Die Meder errichteten ein Reich, das das heutige Kurdistan umfaßte. Das war die Grundlage für die Bildung der Nation, der kulturellen, sprachlichen und territorialen Einheit.

In der Folgezeit brachen in das Mederreich nacheinander die Perser, Griechen, Römer und die arabischen Reiche ein, konnten aber nie das gesamte Gebiet unterwerfen und besetzen.

Erst nach dem Niedergang der arabischen Herrschaft in den Jahren 900 bis 1100 n. Chr. gelang die erneute Staatsbildung und Entwicklung der sprachlichen und kulturellen Einheit. Es kommt zur Bildung von vier großen feudalen kurdischen Fürstenstaaten.

Als die ersten Türken, die Seldschuken, nach Kleinasien einfielen, lebten in dieser Region schon fast 2000 Jahre Kurden. Drei der kurdischen Staaten wurden von den Seldschuken besetzt. Nach dem Zerfall des Seldschukenreiches konnten sich die kurdischen Fürstentümer und Emirate vom 9. bis 16. Jahrhundert türkischer Angriffe erwehren. 1514 schlossen sich die meisten Fürsten Nord- und Westkurdistans einer Allianz mit dem Osmanischen Reich gegen Persien an. In ganz Kurdistan gab es seinerzeit mehr als 40 Fürstentümer mit eigenen Institutionen,

Traditionen und Armeen. Sie standen den anderen entwickelten Reichen des Orients in Bezug auf Architektur, Medizin, Bildung und Kultur, Handel und Gewerbe in nichts nach.

Mit dem Frieden von 1639 zwischen dem Osmanischen und dem Persischen Reich verloren die kurdischen Fürstentümer ihre Bedeutung als Bündnispartner und Pufferstaaten. In dem Abkommen wurde Kurdistan unter dem Osmanischen und Persischen Reich aufgeteilt. Das letzte kurdische Fürstentum Bothan wurde 1847 niedergeworfen. Das Osmanische Reich war nur an kurdischen Soldaten und an der Steuereintreibung interessiert. In den alten Hauptstädten wie Bitlis, Van, Diyarbakir, Silvan, Jazireh usw. wurden die kurdischen kulturellen Zentren beseitigt.

In Hunderten von Aufständen wehrte sich das kurdische Volk gegen die Besatzung. Allein in den Jahren von 1806 bis 1913 fanden zwölf große kurdische Aufstände unter Führung kurdischer Fürsten statt.

Nach der Niederlage des Deutschen Reiches im Ersten Weltkrieg zerbrach auch das osmanische Imperium. Mit dem Lausanner Abkommen von 1923 und dem Brüsseler Abkommen von 1926 wurde Kurdistan von Frankreich, England und der jungen türkischen Republik in vier Teile zerschnitten. Der osmanische Teil Kurdistans wurde aufgeteilt auf die Türkische Republik, Irak (damals englische Kolonie) und Syrien (damals französische Kolonie).

Seit dieser Zeit unterdrücken die Kolonialregierungen mit den unterschiedlichsten Methoden die Versuche des kurdischen Volkes, seine kulturelle Identität und nationale Befreiung zu erlangen. In Nordwest-Kurdistan, dem von der Türkei kolonialisierten Kurdistan, sind die kurdische Sprache in Wort und Schrift, traditionelle Tänze und Bräuche, kurdische Parteien

usw. verboten. Allein die Türkei schlug zwischen 1921 und 1938 20 Aufstände der Kurden blutig nieder und massakrierte Hunderttausende kurdischer Menschen.

1934 beschloß das türkische Parlament das „Ansiedlungsgesetz“, das die gesetzliche Grundlage für Zwangsdeportationen bis heute bildet. Danach wurden Hunderttausende kurdischer Menschen in die Westtürkei zwangsdeportiert. Die Massaker und Deportationen in Kurdistan nach der Gründung der Türkischen Republik gehören zu den größten Völkermorden des 20. Jahrhunderts — und das gilt bis heute. Nordwest-Kurdistan wurde unter Militärrecht gestellt. Über das ganze Land wurde bis 1940 ein dichtes Netz von Militärgarnisonen und Gendarmeriestationen gezogen.

Die Zeit von 1940 bis 1970 war für das kurdische Volk in Nordwest-Kurdistan eine Zeit der schrittweisen Vernichtung der eigenen Identität. Ab 1940 wurden die reichen Bodenschätze Kurdistans ausgebeutet und die Produkte in türkischen Firmen verarbeitet. Diese Zeit in Nordwest-Kurdistan war eine Zeit des Stillschweigens, der militärischen Besetzung, der wirtschaftlichen Ausbeutung, der Entfremdung von der eigenen Identität und der Türkisierung. In den anderen besetzten Teilen Kurdistans gab es Versuche, die kurdische Realität aufrecht zu erhalten und große Widerstandsbewegungen.

In Nordwest-Kurdistan entstanden Ende der sechziger, Anfang der siebziger Jahre Gruppen, die erneut die Unabhängigkeit Kurdistans und die Beseitigung des Kolonialismus zu ihrem Ziel erklärten. Ab 1975 in festeren Strukturen arbeitend, fand diese junge Bewegung für die nationale Unabhängigkeit seinen konkreten Ausdruck in dem „Manifest“ von 1977. Im November 1978 wurde die Gründung der PKK (Partiya Kerkeren Kurdistan) bekanntgegeben.